

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

**Gebührengerechtigkeit beim Elternbeitrag kommunaler
Kinderbetreuungseinrichtungen in Baden-Württemberg**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades eines
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Holger Braun

Studienjahr 2011/2012

Erstgutachter: Prof. Walter Buttler
Zweitgutachterin: Diplom-Verwaltungswirtin (FH) Sabine Rotermund

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis.....	V
Anlagenverzeichnis	VI
1. Einführung.....	1
2. Formen der Kostenbeteiligung	4
2.1 Kostenbeiträge.....	4
2.2 Privatrechtliche Nutzungsentgelte	5
2.3 Öffentlich - rechtliche Gebühren	5
2.4 Abgrenzung der Beteiligungsformen.....	6
3. Regelungen bei der Gebührenbemessung.....	7
3.1 Kostenüberschreitungverbot	7
3.2 Kostendeckungsgebot	10
3.2.1 Standpunkt der kommunalen Spitzenverbände.....	12
3.2.2 Politische Diskussion über die Beitragsfreiheit.....	12
3.3 Äquivalenzprinzip.....	14
4. Betriebsformen der Kindertageseinrichtungen	15
5. Besonderheiten bei der Kleinkindbetreuung.....	17
5.1 Bevorstehende Veränderungen	17
5.2 Angebote der Kommunen	19
6. Die unterschiedlichen Gebührenmaßstäbe	20
6.1 Berücksichtigung der Kinderanzahl	21
6.2 Staffelung nach dem Einkommen	23
6.2.1 Anwendung bei den Großen Kreisstädten.....	25
6.2.2 Anwendung bei den Stadtkreisen.....	26
6.3 Festsetzung pauschalierter Elternbeiträge.....	28
6.3.1 Besonderheiten bei den Großen Kreisstädten	29
6.3.2 Besonderheiten bei den Stadtkreisen.....	31

6.4 Gewährung zusätzlicher Vergünstigungen	32
6.4.1 Familienpass der Kommunen.....	34
6.4.2 Übernahme der Elternbeiträge durch den Jugendhilfeträger....	35
6.4.3 Leistungen für Bildung und Teilhabe	36
6.4.4 Steuerliche Berücksichtigung	38
7. Verfassungsrechtliche Einordnung.....	40
8. Schlussfazit	42
Literaturverzeichnis	44
Erklärung des Verfassers	46

Abkürzungsverzeichnis

Art.	Artikel
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BaWü	Baden-Württemberg
(Service-) Bw	Baden-Württemberg
BWGZ	Die Gemeindezeitung des Gemeindetages Baden-Württemberg
CDU	Christlich Demokratische Union
EStG	Einkommenssteuergesetz
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung des Innenministeriums BaWü über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden i.d.F. vom 11. Dezember 2009
GemO	Gemeindeordnung Baden-Württemberg
GG	Grundgesetz
Hrsg.	Herausgeber
i.d.F.	in der Fassung vom
i.H.v.	in Höhe von
KAG	Kommunalabgabengesetz
KiTaG	Kindertagesbetreuungsgesetz für Baden-Württemberg
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz, Sozialgesetzbuch Achtes Buch
Lfg.	Lieferung
LKJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg
LVG	Landesverwaltungsgesetz für Baden-Württemberg
o.V.	ohne Verfasser
RdNr.	Randnummer
S.	Seite
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch
SGB VIII	Sozialgesetzbuch Achtes Buch, Kinder- und Jugendhilfegesetz
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
u.a.	und andere
Vgl.	vergleiche
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Erhebung pauschalierter Elternbeiträge der Großen Kreisstädte bei 12 Monatsbeträgen und einem Kind30

Abbildung 2: Erhebung pauschalierter Elternbeiträge der Großen Kreisstädte bei 11 Monatsbeträgen und einem Kind30

Abbildung 3: Erhebung pauschalierter Elternbeiträge der Stadtkreise bei 12 Monatsbeträgen und einem Kind.....31

Abbildung 4: Erhebung pauschalierter Elternbeiträge der Stadtkreise bei 11 Monatsbeträgen und einem Kind.....32

Anlagenverzeichnis

Hinweis: Alle Anlagen sind auf der beigefügten CD abrufbar.

Anlage 1: Elektronische Anfrage und Mitteilungen der Stadt Balingen vom Dezember 2010

Anlage 2: Eigene Übersichtslisten der ausgewerteten städtischen Regelungen und Auszug Umfrage Städtetag für das Kindergartenjahr 2010/2011

Anlage 3: Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg nach Trägergruppen am 01. März 2010

Anlage 4: Auszug Service-Bw – Kreisangehörige Gemeinden als örtliche Träger der Jugendhilfe

Anlage 5: Verzeichnis der Großen Kreisstädte und Nachweis über die Anzahl der Gemeinden in Baden-Württemberg

Anlage 6: Mitteilung Städtetag über die Fortschreibung der Landesempfehlung vom 24. März 2009

Anlage 7: Übersicht der Elternbeiträge für die Kleinkindbetreuung der unter 3-Jährigen bei der Stadt Heilbronn

Anlage 8: Mitteilung Städtetag Baden-Württemberg und Pressemitteilung Deutscher Städtetag vom Januar 2006

Anlage 9: Auszug Wahlprogramm (Regierungsprogramm) CDU BaWü vom 29. Januar 2011

Anlage 10: Auszug Wahlprogramm (Regierungsprogramm) FDP BaWü vom 05. Januar 2011

Anlage 11: Auszug Regierungsprogramm SPD BaWü vom 22. Januar 2011

Anlage 12: Auszug Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen BaWü vom 05. Dezember 2010

Anlage 13: Auszug aus dem Koalitionsvertrag der Landesregierung zwischen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 09. Mai 2011

Anlage 14: Satzung der Stadt Ulm über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die städtischen Tageseinrichtungen

Anlage 15: Kinder in Kindertageseinrichtungen und Betreuungsquote am 01. März 2010

Anlage 16: Studie Kindergartenmonitor 2009/2010 - Auszüge aus dem Bericht und aus der Zusammenfassung der Ergebnisse

Anlage 17: Mitteilung Gemeindetag über die Fortschreibung der Landesempfehlung vom 05. April 2011

1. Einführung

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit verbrachte einen praktischen Ausbildungsabschnitt bei einer Gemeinde im Bundesland Hessen. Bei einem Gespräch mit dem Bürgermeister wurde dem Autor ein Zeitungsartikel vorgelegt. Dieser berichtete darüber, dass in Rheinland-Pfalz auf die Erhebung von Kindergartengebühren verzichtet wird. Anschließend trat die Frage auf, welche Regelungen in Baden-Württemberg bestehen. Als betroffener Familienvater konnte lediglich Auskunft über die Höhe des monatlich zu entrichtenden Elternbeitrags erteilt werden. Bei einer Internetrecherche wurde eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln mit dem Titel -Kindergarten-Monitor 2009/2010- ausfindig gemacht. Diese Gesellschaft untersucht in unregelmäßigen Abständen die Kinderbetreuungskosten der 100 größten Deutschen Städte und es werden erhebliche Unterschiede aufgezeigt. Das besondere Interesse für eine detaillierte Betrachtung war jetzt endgültig geweckt.

Auch in Baden-Württemberg gibt es verschiedene Regelungen und viele zu beachtenden Rechtsquellen. Gebührenrechtliche Landesvorschriften für die Erhebung der Betreuungskosten sind einzuhalten. Außerdem muss die Umsetzung der Bundesgesetze gewährleistet sein. Bei Betrachtung der unterschiedlichen Gebührensätze drängt sich die Frage auf, ob diese gerechtfertigt sind. Jeder Einzelne definiert Gerechtigkeit anders und die Empfindungen sind unterschiedlich. Ein einerseits angemessener Elternbeitrag kann andererseits als überteuert angesehen werden. Diese persönlichen Auffassungen kann die vorliegende Bachelorarbeit nicht umfassend ausräumen. Vielmehr besteht das Hauptziel darin, die maßgeblichen Gesetzesgrundlagen zu erläutern und die Rechtmäßigkeit der unterschiedlichen Erhebungsformen zu belegen.

Für die eigenen Beobachtungen der Angebotsformen wurden die im Internet vorzufindenden Gebühren- und Entgeltordnungen des Kindergartenjahres 2010/2011 herangezogen. Bei Nichtveröffentlichung wurden die benötigten Informationen durch elektronische Anfragen beschafft.¹

Als Grundlage für die Auswertungen und Zahlenbeispiele dienen die selbst erstellten Übersichtslisten und ein tabellarischer Auszug aus einer Umfrage des Städtetages Baden-Württemberg.²

Eine Eingrenzung des Themas erfolgt in der Form, dass sich die Beobachtungen weitgehend auf die Gebühren für die 3 bis 6 jährigen Kinder im Regelkindergarten beschränken. Die Angebote der Schulen und Kinderhorte bleiben außer Betracht. Bei der Betreuung der Kinder unter 3 Jahren werden die angekündigten Veränderungen erläutert.

Die Mitarbeit beim Amt für Bildung, Kultur und Sport der Großen Kreisstadt Sinsheim hat gezeigt, dass es sich bei der Festlegung der Betreuungskosten um eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe handelt. Sollte der Gemeinderat als örtlicher Entscheidungsträger eine Überarbeitung der Vorschriften beabsichtigen, dann kann sich die Verwaltung mit den vorliegenden Ausführungen schnell einen Überblick verschaffen.

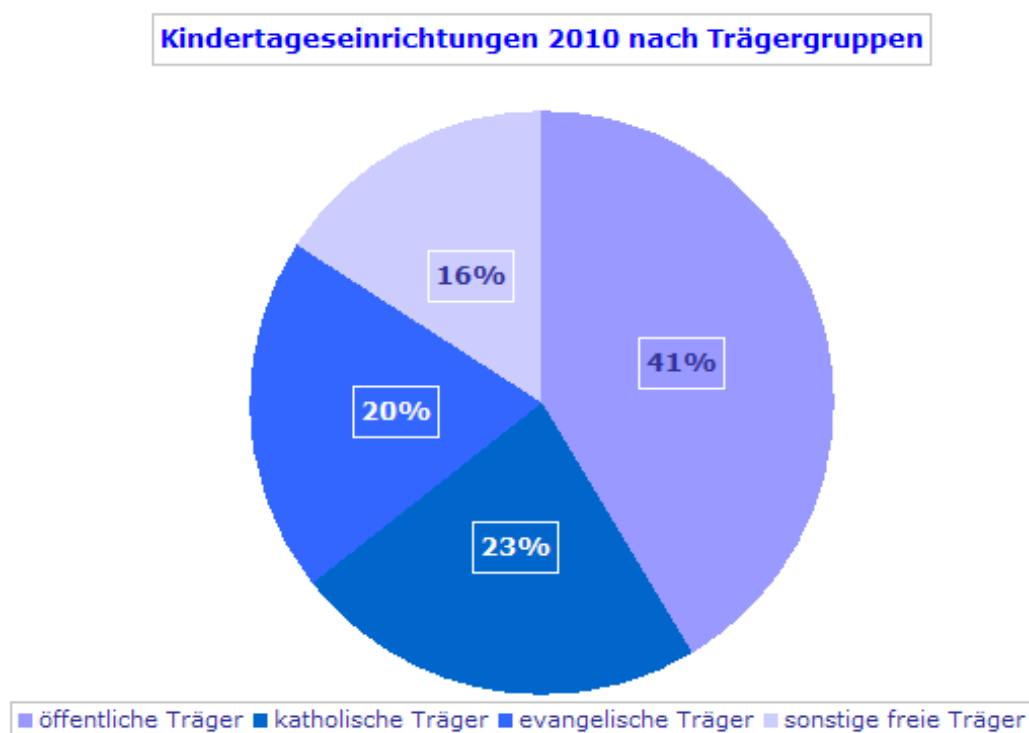
Die allgemeinen Feststellungen und Tendenzen sollen keinesfalls den Charakter eines Preisvergleichs haben. Deshalb werden bei Auswertungen zu den Monatsbeträgen die Kommunen ausdrücklich nicht namentlich genannt. Es wird dargestellt, welche Erhebungsmöglichkeiten bestehen und in welcher Form andere Gemeinden die Vorgaben umsetzen. Die Feststellungen gelten nur für Kindertageseinrichtungen, die von öffentlichen Trägern selbst betrieben werden. Spezielle Vereinbarungen mit kirchlichen und anderen freien Anbietern bleiben unberücksichtigt. Es gilt aber anzumerken, dass die Gemeinden oftmals erhebliche Investitionszuschüsse und Betriebskostenzuschüsse an andere Träger von Tageseinrichtungen leisten.

¹ Vgl. Anlage 1, Elektronische Anfrage und Mitteilungen Stadt Balingen, Dezember 2010.

² Vgl. Anlage 2, Eigene Übersichtslisten der ausgewerteten städtischen Regelungen und Auszug Umfrage Städtetag, Kindergartenjahr 2010/2011.

Die nachfolgende Abbildung zeigt, dass 41 % der Einrichtungen in Baden-Württemberg unter öffentlicher Trägerschaft stehen. Von den insgesamt 8.153 Tageseinrichtungen werden 3.385 von den Städten und Gemeinden betrieben.³

Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg am 01. März 2010



© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg³

Zu den öffentlichen Trägern der Kindertageseinrichtungen gehören die Stadtkreise und die kreisangehörigen Gemeinden (Große Kreisstädte, Städte und Gemeinden). Ausschließlich diese Gebietskörperschaften werden nachfolgend als Kommunen bezeichnet.

³ Vgl. Anlage 3, URL: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/Jugendhilfe/KJH_11.asp [14.06.2011].

2. Formen der Kostenbeteiligung

Zunächst sollen die unterschiedlichen Formen der Kostenbeteiligung erläutert werden, da in den Gesetzen und bei der praktischen Umsetzung auf kommunaler Ebene eine Vielzahl von Begriffen verwendet wird.

2.1 Kostenbeiträge

§ 90 Abs. 1 Nr. 3 KJHG (SGB VIII) dient als Grundlage für die Erhebung von Kostenbeiträgen bei einer Förderung in Tageseinrichtungen. Diese können sowohl privatrechtlich als auch öffentlich-rechtlich ausgestaltet werden.⁴ Allerdings ermächtigt die genannte Vorschrift ausschließlich die örtlichen Träger der Jugendhilfe zur Erhebung entsprechender Kostenbeteiligungen.⁵ In Baden-Württemberg werden diese Aufgaben hauptsächlich von den Landkreisen und den Stadtkreisen wahrgenommen. In Ausnahmefällen können für diese Funktion nach § 1 Abs. 1 LKJHG kreisangehörige Kommunen bestimmt werden. Nach dieser Vorschrift wurde den Städten Konstanz, Rastatt, Villingen-Schwenningen und Weinheim die Zuständigkeit als örtlicher Träger der Jugendhilfe verliehen.⁶ Neben den Jugendhilfeträgern sollen die Gemeinden in Baden-Württemberg nach § 2 a Abs. 1 KiTaG die Umsetzung des Förderauftrages in Tageseinrichtungen sichern und weiterentwickeln.

Im Hinblick auf die Kostenbeiträge ist anzumerken, dass es sich nicht um eine Beitragserhebung in Form eines Anschluss- oder Erschließungsbeitrags nach den §§ 20 ff. KAG handelt. Vielmehr wird die fällige Gebühr als Gegenleistung für die tatsächliche Inanspruchnahme der Kindertageseinrichtung verlangt.⁷

⁴ Vgl. Stähr, 2009, S. 22, RdNr. 16.

⁵ Vgl. Stähr, 2009, S. 3, RdNr. 2.

⁶ Vgl. Anlage 4, Auszug Service-Bw, URL: <http://www.service-bw.de/zfinder-bw-web/processes.do;jsessionid=4DFDC7E1716D814AE06591EA9BDA9576?vtid=93170&vtmid=0&vbid=93178&vbmld=0&letter=K&action=authorities> [14.06.2011].

⁷ Vgl. Stähr, 2009, S. 6, RdNr. 5.

§ 19 KAG berechtigt alle Kommunen, für die Nutzung von Kindertagesstätten entsprechende Elternbeiträge zu verlangen. Da der Landesgesetzgeber nach § 13 Abs. 2 KAG anstelle von Benutzungsgebühren ausdrücklich die Erhebung von privatrechtlichen Entgelten zulässt, ergibt sich daraus für die Kommunen ein Wahlrecht.

2.2 Privatrechtliche Nutzungsentgelte

Die zuvor angeführte Möglichkeit einer Erhebung von privatrechtlichen Nutzungsentgelten erstreckt sich im Wesentlichen darauf, die Art des Benutzungsverhältnisses auszugestalten. Jedoch darf diese Form nicht dazu führen, dass Kinder bestimmter Personengruppen vom Besuch einer Betreuungsstätte ausgeschlossen werden. Die Grundlage für das Betreuungsverhältnis ist ein privatrechtlicher Dienstvertrag nach den §§ 611 ff. BGB. Aufkommende Streitigkeiten und finanzielle Forderungen sind ausschließlich bei den Zivilgerichten einzuklagen.⁸ Allerdings bleibt die Entscheidung über die Höhe der festzusetzenden Nutzungsentgelte bei kommunalen Trägern weiterhin dem Gemeinderat vorbehalten. Ein entsprechender Beschluss wäre hierfür ausreichend. Die Anpassung kann im Vergleich zu öffentlich-rechtlichen Gebühren ohne Änderung der Satzung erfolgen.

2.3 Öffentlich - rechtliche Gebühren

§ 6 KiTaG nennt zum einen Bemessungsgrundlagen für die Elternbeiträge und weist zum anderen auf die besonderen Regelungen für kommunale Träger nach dem Kommunalabgabengesetz hin. Bei der Erhebung von Benutzungsgebühren nach § 19 KAG sind die Bestimmungen für öffentliche Einrichtungen der §§ 13 und 14 KAG einzuhalten. Basierend auf § 4 GemO und den §§ 2 und 3 KAG ist eine Satzung durch den Gemeinderat

⁸ Vgl. Schmidt, 2009, S. 23.

zu erlassen, in der die Zulassungsvoraussetzungen sowie Art und Umfang der Nutzung festgelegt werden.⁹ Bei dieser Form wird bei Unstimmigkeiten der Verwaltungsrechtsweg eröffnet und die Kommune schafft sich durch den Gebührenbescheid selbst einen vollstreckbaren Titel. Da ein Widerspruch bzw. die Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung nach § 80 Abs. 2 Nr. 1 VwGO haben, bleibt die Gebühr bei Einlegung eines Rechtsbehelfs weiterhin zur Zahlung fällig und kann im Wege der Zwangsvollstreckung beigetrieben werden.¹⁰

2.4 Abgrenzung der Beteiligungsformen

Bei der Vielfalt von Begrifflichkeiten in der praktischen Anwendung ist die Abgrenzung zwischen privatrechtlichen Nutzungsentgelten und öffentlich-rechtlichen Gebühren für die Zuordnung wichtig. In Baden-Württemberg gibt es 91 Große Kreisstädte.¹¹

Bei einer Auswertung wurde festgestellt, dass davon 50 Kommunen eine privatrechtliche und 38 Städte die öffentlich-rechtliche Ausgestaltung bevorzugen. Anzumerken ist dazu, dass es bei 3 Städten keine Kindertageseinrichtungen in eigener Trägerschaft gibt. Von den 9 Stadtkreisen in Baden-Württemberg (§ 12 LVG) favorisieren 6 die privatrechtliche Erhebungsform.

Die leichte Tendenz zu privatrechtlichen Regelungen ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass nicht bei jeder beabsichtigten Änderung eine neue Satzung erlassen werden muss. Die praktische Anwendung gestaltet sich im Allgemeinen etwas flexibler.

⁹ Vgl. Schmidt, 2009, S. 23.

¹⁰ Vgl. Schmidt, 2009, S. 24.

¹¹ Vgl. Anlage 5, Verzeichnis Große Kreisstädte und Nachweis Anzahl der Gemeinden, URL: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Profil/GrafikenImages/Gemeindetabellen/GSGK1-5_G09.pdf#search=Gro%C3%9Fe+Kreisst%C3%A4dte; <http://www.gemeindetag-bw.de/php/index.php?d=0&action=vorstellung&id=1> [06.07.2011].

Gebühren und privatrechtliche Entgelte nach § 19 KAG werden einheitlich als Elternbeiträge im Sinne des § 6 KiTaG bezeichnet.¹²

3. Regelungen bei der Gebührenbemessung

Durch die Rechtsprechung wurde in den letzten Jahren das „Verwaltungsprivatrecht“ entwickelt, welches auch bei privatrechtlichen Regelungen die Einhaltung der Grundrechte, des Gleichheitsgrundsatzes, des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und die Beachtung der nachfolgend aufgeführten gebührenrechtlichen Regelungen vorschreibt.¹³

Falls anstelle von öffentlich-rechtlichen Benutzungsgebühren privatrechtliche Entgelte erhoben werden, dann finden die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes ebenfalls Anwendung.

3.1 Kostenüberschreitungsverbot

Der Kostendeckungsgrundsatz wird unter anderem durch das Kostenüberschreitungsverbot gemäß § 14 Abs. 1 KAG geprägt. Dieses besagt, dass das Gebührenaufkommen die Kosten der kommunalen Einrichtung decken, jedoch nicht übersteigen darf.¹⁴ Die angeführte Rechtsnorm fordert bei der Gebührenbemessung einen Kostenansatz nach den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Der betriebswirtschaftliche Kostenbegriff umfasst die Grundkosten, zu denen insbesondere die laufenden Betriebs- und Unterhaltungskosten zählen. Außerdem ist der Ansatz von Zusatzkosten vorgesehen. Hierzu gehören insbesondere die sogenannten kalkulatorischen Kosten in Form von Abschreibungen und Zinsen.¹⁵

¹² Vgl. Gössl, 2010, Kommentar § 19 KAG, S.1.

¹³ Vgl. Waibel, 2006, S. 70, RdNr. 125.

¹⁴ Vgl. Stapelfeldt, 2008, S. 207.

¹⁵ Vgl. Gössl, 2008, Kommentar § 14 KAG, S. 22.

Im kameral geführten Verwaltungshaushalt können ermittelte Abschreibungen als kalkulatorische Ausgaben und im Gegenzug als kalkulatorische Einnahmen verbucht werden. Auf diese Art und Weise wird der Ressourcenverbrauch für eine sachgerechte Gebührenberechnung im Haushalt dokumentiert. Allerdings hat diese Methode keine Auswirkungen auf das Ergebnis des Verwaltungshaushalts bzw. auf die Zuführungsrate. Die Buchungspositionen neutralisieren sich. Aus diesem Grund wird bisher oftmals auf die Berücksichtigung von Abschreibungen verzichtet. Nach den Vorgaben des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts sind alle im maßgeblichen § 46 GemHVO genannten Abschreibungen buchmäßig zu erfassen. Diese wirken als Aufwand und mindern den Erfolg des Ergebnishaushalts. Der Berücksichtigung von Abschreibungen bei der Gebührenkalkulation kommt daher eine erhöhte Priorität zu. Ansonsten wird das Defizit des Ergebnishaushalts möglicherweise vergrößert und der Haushaltsausgleich erschwert.

§ 14 Abs. 2 KAG erläutert den zu berücksichtigenden Zeitraum der Gebührenbemessung und führt in Abs. 3 an, welche Kostenarten noch ansatzfähig sein können. Außerdem kann die Tagesstätte nach § 13 Abs. 1 KAG als öffentliche Einrichtung geführt werden.

Auf die Sonderregelung des § 14 Abs. 1 Satz 2 KAG, welche bei Versorgungseinrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen die angemessene Erwirtschaftung von Erträgen für den Haushalt zulässt, braucht nicht näher eingegangen zu werden. Durch die Elternbeiträge wird in der Regel keine Kostendeckung der Kindertagesstätten zu erreichen sein. Trotzdem hat die Verwaltung, dem für die Festsetzung der Elternbeiträge zuständigen Gremium eine detaillierte Kostenkalkulation vorzulegen. Diese dient als Berechnungsgrundlage für die Höhe der festzusetzenden Gebühren, sodass der beschlossene Kostendeckungsgrad der Einrichtung eingehalten wird.

In diesem Zusammenhang muss natürlich die Entwicklung der Kinderzahlen dauernd beobachtet werden. Die notwendige Gegenüberstellung der Kosten zu den voraussichtlichen Einnahmen erfolgt bspw. durch die Fortschreibung einer Kindergartenbedarfsplanung. Damit kann die Verwaltung bei absehbaren Veränderungen die örtlichen Entscheidungsträger jederzeit informieren.

Die Kirchenleitungen, die Fachverbände sowie der Gemeinde- und Städtetag streben in Baden-Württemberg an, rund 20 % der Betriebsausgaben mit Elternbeiträgen abzudecken.¹⁶ Der angeführte Prozentsatz wird von den unterschiedlichen Trägerverbänden seit Jahren als Obergrenze akzeptiert und als angemessen erachtet. Nach telefonischer Auskunft des Gemeindetages vom 06. Juli 2011 liegt der Kostendeckungsgrad allerdings bei vielen Kommunen deutlich darunter, da die Betriebskosten ständig weiter ansteigen. Die Mehrkosten werden aufgrund der besonderen Verantwortung für die frühkindliche Bildung und aus kommunalpolitischen Gründen nur teilweise an die Eltern weitergegeben.

Ergänzend soll eine weitere Rechtsauffassung dargestellt werden, weshalb das Kostenüberschreitungsverbot bei der Berechnung der Elternbeiträge keine prägende Rolle einnimmt. Für die örtlichen Träger der Jugendhilfe wird § 90 KJHG (SGB VIII) als eigenständige Norm angesehen, die gegenüber dem Kommunalabgabengesetz vorrangig ist. Die für öffentliche Einrichtungen geltenden gebührenrechtlichen Prinzipien sind demnach nicht anwendbar, weil mit Elternbeiträgen nur ein Bruchteil des Gesamtaufwands abgedeckt wird. Abgesehen davon widerspricht eine kostendeckende Bemessung der Elternbeiträge der höher zu bewertenden jugendpolitischen Gesamtverantwortung.¹⁷ Die Frage nach der treffenderen Rechtsauffassung bedarf keiner abschließenden Erläuterung.

¹⁶ Vgl. Anlage 6, Mitteilung Städtetag, Fortschreibung der Landesempfehlung, 2009, S. 2.

¹⁷ Vgl. Stähr, 2009, S. 12, RdNr. 9.

Es gilt vielmehr festzustellen, dass bei kommunalen Kindertageseinrichtungen und den enormen Kosten, die Frage nach der Einhaltung des Überschreitungsverbots regelmäßig vernachlässigt werden kann.

Für die öffentliche Hand entstehen finanzielle Verpflichtungen, die nur teilweise mit Elternbeiträgen abzudecken sind. Trotzdem haben die kommunalen Entscheidungsträger genauestens zu erörtern, ob beim Kostendeckungsgrad den angesprochenen Ausführungen des Gemeindetages gefolgt wird oder abweichende Regelungen Anwendung finden sollen.

3.2 Kostendeckungsgebot

Als weitere Ausprägung des Kostendeckungsgrundsatzes findet das Kostendeckungsgebot Anwendung. Die Kommunen sind verpflichtet, die ihnen gesetzlich zustehenden Einnahmequellen auszuschöpfen.¹⁸ Diese Regelung folgt einerseits § 78 GemO in der zum 01. Januar 2009 in Kraft getretenen Fassung über die kommunale Doppik. Hierin sind die Grundsätze bei der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen festgeschrieben. Andererseits gelten für Gemeinden, welche die neuen Bestimmungen für die Haushaltswirtschaft noch nicht anwenden, die Vorgaben des ursprünglichen § 78 GemO (Anhang zur GemO) noch bis zum 31. Dezember 2015. Der Gesetzgeber spricht an dieser Stelle von den Grundsätzen der Einnahmebeschaffung. Beide Ausführungen fordern im Prinzip eine gleich lautende Rangfolge.

Diese besagt, dass sonstige Erträge/Einzahlungen bzw. Einnahmen, den vertretbaren und gebotenen Entgelten vorgehen. Erst danach ist die Veranlagung von Steuern vorgesehen. Nur bei Ausschöpfung der vorherigen Stufe darf auf nachgeordnete Abgabearten zurückgegriffen werden. Die Einschränkung „vertretbar“ bezieht sich insbesondere auf die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Abgabepflichtigen.

¹⁸ Vgl. Stapelfeldt, 2008, S. 11, 12.

Dagegen ist mit „geboten“ das wirtschaftliche Interesse der Gemeinden und die Erreichung eines möglichst hohen Kostendeckungsgrades angesprochen.

Im Zusammenhang mit den Elternbeiträgen ist festzustellen, dass zur Erfüllung des Kostendeckungsgebots grundsätzlich nicht auf eine Erhebung verzichtet werden kann. Sofern Kommunen die zur Verfügung stehenden Einnahmequellen nicht ausschöpfen, müssen sie mit der Kürzung oder Streichung von staatlichen Zuweisungen rechnen.¹⁹

Ergänzend dazu widerspricht die generelle Befreiung von Abgaben dem Verursacherprinzip. Dieses besagt, dass in erster Linie die durch eine Nutzung der Einrichtung bevorzugten Familien für die Kosten aufzukommen haben. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Kindertagesstätten in zu hohem Maße durch allgemeine Steuermittel finanziert werden.²⁰

Die Stadt Heilbronn verzichtet seit dem 01. Januar 2008 als erste Großstadt auf die Erhebung von Elternbeiträgen.²¹ Zuerst galt diese Regelung auch für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren. Bei allen Angebotsformen wurde lediglich eine Verpflegungspauschale berechnet.

Aufgrund der erheblichen Belastungen für den städtischen Haushalt werden seit dem 01. März 2010 privatrechtliche Nutzungsentgelte für die Aufnahme der unter 3-jährigen Kinder verlangt.

Allerdings sind die erhobenen Beträge im Vergleich zu anderen Städten deutlich geringer.²² Der Regelkindergarten für Kinder von 3 – 6 Jahren ist in Heilbronn weiterhin kostenfrei.

¹⁹ Vgl. Stapelfeldt, 2008, S. 12.

²⁰ Vgl. Stapelfeldt, 2008, S. 198.

²¹ Vgl. Springer, 2009, S. 8.

²² Vgl. Anlage 7, Übersicht Elternbeiträge Kleinkindbetreuung, Stadt Heilbronn, 2010.

3.2.1 Standpunkt der kommunalen Spitzenverbände

Der Gemeindetag Baden-Württemberg vertritt die Auffassung, dass angesichts der schwierigen Finanzsituation nicht auf die Elternbeiträge verzichtet werden kann.²³ Bereits im Jahr 2006 hatte die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen die Absenkung bzw. den Verzicht der Elternbeiträge gefordert. Der Städtetag Baden-Württemberg widersprach schon zu diesem Zeitpunkt einer Abschaffung. Auch der Deutsche Städtetag hat die Bundespolitik darauf hingewiesen, dass die Gebührenfreiheit nur bei Einhaltung des Konnexitätsprinzips von Bund und Ländern zu erreichen sein wird.²⁴ Die aufgezeigten Anmerkungen wirken auf den ersten Blick nicht mehr ganz aktuell. Allerdings belegen sie eindrucksvoll, wie lange die Beitragsfreiheit schon in der politischen Diskussion steht.

Während der Koalitionsverhandlungen der grün-roten Landesregierung hat der Landesvorstand des Gemeindetages Baden-Württemberg die kommunalen Erwartungen und Forderungen formuliert. Es wurde mitgeteilt, dass zusätzliche finanzielle Beteiligungen des Landes bzw. des Bundes erforderlich sind. Weitere Belastungen für die Gemeinden ohne Einhaltung des Konnexitätsprinzips werden nicht akzeptiert.²⁵

3.2.2 Politische Diskussion über die Beitragsfreiheit

Gerade nach der zurückliegenden Landtagswahl in Baden-Württemberg soll die andauernde politische Debatte über eine generelle Kostenbefreiung dargestellt werden. Dem Landesparlament gehören weiterhin 4 Parteien an. Die Wahlprogramme (Regierungsprogramme) beinhalteten unterschiedliche Ziele für die Kinderbetreuung in Baden-Württemberg.

²³ Vgl. o.V. Gemeindetag Baden-Württemberg, BWGZ 1/2010 – S. 13.

²⁴ Vgl. Anlage 8, Mitteilung Städtetag Baden-Württemberg und Pressemitteilung Deutscher Städtetag, Januar 2006.

²⁵ Vgl. o.V. Gemeindetag Baden-Württemberg, BWGZ 8/2011 – S. 306.

Die CDU sprach sich dafür aus, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei und verpflichtend gestalten zu wollen. Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und der Kostenersatz des Landes wurden zugesichert.²⁶ Ein Gutscheinmodell für Familien hatte die FDP festgeschrieben, da diese Lösung sinnvoller erscheint als ein verbindliches Pflichtjahr.²⁷

Der Parteivorsitzende der SPD sicherte die Einführung des beitragsfreien Kindergartens bis zum Jahr 2016 zu und betonte die besondere Kostenverantwortung des Landes.²⁸ Von der Partei - Bündnis 90/Die Grünen - wurde eine einkommensabhängige Erhebung der Elternbeiträge befürwortet.²⁹ Bei einem Schlagabtausch der Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten standen sich am 16. März 2011 im Südwestfernsehen der damalige Ministerpräsident Stefan Mappus und der Vorsitzende der SPD Nils Schmid gegenüber. Die Wahlprogramme wurden vorgestellt und rege diskutiert. Es kam zur Sprache, dass die von der SPD geforderte Beitragsfreiheit Mehrkosten von jährlich 300 Millionen € mit sich bringt. Nach Ansicht der CDU gibt es keinerlei Einsparpotential zur Schließung dieser Finanzierungslücke und Stefan Mappus erklärte, dass es schon jetzt Staffelungen und Ermäßigungen der Kommunen gibt.

Bekanntlich bekam bei der Landtagswahl eine grün-rote Landesregierung das Vertrauen der Wähler ausgesprochen.

Am 06. April 2011 wurde in der Landesschau Baden-Württemberg berichtet, dass bei den Koalitionsverhandlungen unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Kinderbetreuungskosten bestehen. Letztendlich konnte sich die SPD mit der Forderung nach einem beitragsfreien Kindergarten nicht durchsetzen und Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) wurde am 12. Mai 2011 zum Ministerpräsidenten gewählt.

²⁶ Vgl. Anlage 9, Auszug Wahlprogramm CDU BaWü, 2011, S. 14.

²⁷ Vgl. Anlage 10, Auszug Wahlprogramm FDP BaWü, 2011, S. 35.

²⁸ Vgl. Anlage 11, Auszug Regierungsprogramm SPD BaWü, 2011, S. 14.

²⁹ Vgl. Anlage 12, Auszug Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen BaWü, 2010, S. 95.

Im Koalitionsvertrag wurde der frühkindlichen Bildung und der qualitativ hochwertigen Betreuung eine wichtige Priorität eingeräumt. Mit den kommunalen Spitzenverbänden, wie Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag sollen Vereinbarungen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung geschlossen werden. Es wird angestrebt, dass die Elternbeiträge zukünftig bei allen Kommunen sozial gestaffelt werden. Die Gebührenfreiheit und der quantitative Ausbau gelten als wichtig, wobei aufgrund von Finanzierungslücken zuerst die qualitative Verbesserung vorangetrieben wird.³⁰

Ob die vorangestellten Ausführungen des Koalitionsvertrages kurzfristig zu Gesetzesänderungen führen, ist momentan nicht absehbar. Die im weiteren Verlauf beschriebenen Regelungen werden in der nächsten Zeit fortbestehen. Eine landeseinheitliche Vorgabe über die generelle Kostenbefreiung ist vorerst nicht zu erwarten.

3.3 Äquivalenzprinzip

Während es beim Kostendeckungsgrundsatz auf das Verhältnis der Gesamtkosten zum Gesamtaufkommen der Gebühren ankommt, so ist beim Äquivalenzprinzip das Verhältnis zwischen der einzelnen Leistung und der Gegenleistung zu bewerten.³¹

Im Zusammenhang mit den Elternbeiträgen hat dies zur Folge, dass zwischen Gebühr und der Inanspruchnahme der Einrichtung ein angemessenes Verhältnis vorliegen muss. Gerade deshalb wird das Äquivalenzprinzip als gebührenrechtliche Ausprägung des allgemeinen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und des Gleichbehandlungsgrundsatzes nach Art. 3 Abs. 1 GG bezeichnet.³²

³⁰ Vgl. Anlage 13, Auszug Koalitionsvertrag Bündnis 90/Die Grünen - SPD, 2011, S. 4-5.

³¹ Vgl. Stapelfeldt, 2008, S. 206.

³² Vgl. Stapelfeldt, 2008, S. 51.

Die beiden Leitsätze sind eng miteinander verknüpft, weil nur eine leistungsgerechte Gebühr zu einer gleichmäßigen Belastung der Gebührenschuldner führt. Das Äquivalenzprinzip bewertet bei den Elternbeiträgen die Beziehung zwischen den Eltern und der jeweiligen Kommune. Der Gleichheitsgrundsatz bezieht sich auf das Verhältnis der Abgabepflichtigen untereinander.

Eine soziale Staffelung widerspricht grundsätzlich nicht dem Äquivalenzprinzip, sofern die Einnahmen die öffentlichen Aufwendungen nicht deutlich übersteigen.³³ Gerade eine unterschiedliche Betreuungszeit und soziale Kriterien rechtfertigen unterschiedliche Erhebungssätze.

4. Betriebsformen der Kindertageseinrichtungen

Das Kindertagesbetreuungsgesetz Baden-Württemberg (KiTaG) beinhaltet weitere Regelungen für die frühkindliche Bildung und Erziehung.

§ 1 Abs. 1 KiTaG erläutert den Begriff der Tageseinrichtungen. Dazu zählen Kindergärten, Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen und die Einrichtungen für die Kleinkindbetreuung (Kinderkrippen).

§ 1 Abs. 2 ff. KiTaG bestimmt außerdem, welchen Institutionen die Möglichkeit eingeräumt wird, entsprechende Einrichtungen zu betreiben. Kindergärten dienen gemäß § 1 Abs. 2 KiTaG der Förderung von Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt. Die Altersspanne bei Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen nach § 1 Abs. 3 KiTaG beginnt schon bei den unter 3-Jährigen. Zudem werden Kinder vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt betreut. Der ergänzende Besuch im schulpflichtigen Alter ist ebenfalls möglich, soweit sich die altersgemischte Gruppe nicht bei einer schulischen Einrichtung befindet. Der Bestimmung des § 1 Abs. 3 KiTaG folgend, können Kinder in den Schulferien, bei Unterrichtsausfällen und stundenweise die Kindertageseinrichtung besuchen.

³³ Vgl. Gössl, 2007, Kommentar § 2 KAG, S. 13.

Außerdem legt § 3 Abs. 1 KiTaG fest, dass die Gemeinden zur Förderung von Kindern in Tagesstätten herangezogen werden und fordert ein altersgerechtes Angebot. Dieses soll natürlich dem tatsächlichen Bedarf der Gemeinde entsprechen.

§ 1 Abs. 5 KiTaG zeigt mögliche **Betriebsformen** für die Einrichtungen auf:

- Vor- oder nachmittags geöffnete Gruppen
(Halbtagesgruppen)
- Vor- und nachmittags jeweils mehrere Stunden geöffnete Gruppen (Regelgruppen)
- Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten
- Gruppen mit durchgängig ganztägiger Betreuung

Bei der Auswertung der verschiedenen Betreuungsmodelle wurde festgestellt, dass Halbtagesgruppen bei den Großen Kreisstädten und Stadtkreisen in Baden-Württemberg nur vereinzelt vorzufinden sind. Gerade im Hinblick auf die viel zitierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wird dieses Angebot eher seltener nachgefragt. Lediglich als eine Art Eingewöhnungsphase oder bei Erwerbstätigkeit von nur einem Elternteil, kann die Halbtagesbetreuung weiterhin interessant bleiben.

Als Anhalt der gängigen Betriebsformen dienen folgende Zeitansätze:

- | | |
|-------------------------------|--|
| ❖ Regelgruppen: | Betreuungszeit von bis zu 6 Stunden mit Unterbrechung (Mittagspause) |
| ❖ Verlängerte Öffnungszeiten: | Durchgehende Betreuungszeit von 6 bis 9 Stunden |
| ❖ Ganztagesbetreuung: | Durchgehende Betreuungszeit von mehr als 9 Stunden |

Der Verfasser weist ausdrücklich darauf hin, dass dieses Zeitmodell keinen verbindlichen Charakter besitzt. Es werden lediglich die bei den eigenen Beobachtungen vorgefundenen Betreuungsbausteine dargestellt. Gerade bei den verlängerten Öffnungszeiten sind des Öfteren unterschiedliche Zeiteinheiten feststellbar.

Normalerweise ist davon auszugehen, dass bereits bei einer durchgängigen Betreuung von mehr als 7 Stunden ein Ganztagesplatz vorliegt.³⁴ Bei Auswertungen einzelner Betriebsformen ist es immer besonders wichtig, die maßgebliche Stundenanzahl mitzubetrachten. An dieser Stelle wird erstmals deutlich, wie die unterschiedlichen Zeitmodelle eine Vergleichbarkeit der Elternbeiträge erschweren.

5. Besonderheiten bei der Kleinkindbetreuung

Das Hauptaugenmerk der Beobachtungen soll auf den Regelkindergarten für Heranwachsende im Alter von 3 – 6 Jahren gerichtet werden. Für dessen Besuch besteht bereits heute ein Rechtsanspruch nach § 24 KJHG (SGB VIII). Allerdings ist wegen der großen Bedeutung und den anstehenden Veränderungen zwingend auf die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren einzugehen.

5.1 Bevorstehende Veränderungen

§ 1 Abs. 3 KiTaG sieht bei Tageseinrichtungen einerseits altersgemischte Gruppen und Kleinkindgruppen vor. Andererseits ermöglicht § 1 Abs. 6 KiTaG die Betreuung der unter 3-Jährigen in speziell eingerichteten Kinderkrippen. Die sich dabei aufdrängende pädagogische Frage, welche Betreuungsform für die Entwicklung sinnvoller erscheint, soll nicht erörtert werden.

³⁴ Vgl. Dürr, BWGZ 3/2011, S. 106.

Vielmehr verpflichtet § 24 a KJHG (SGB VIII) zum stufenweisen Ausbau der Kleinkindbetreuung. Ab dem 01. August 2013 gilt die neue Fassung des § 24 KJHG (SGB VIII). Für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag besteht dann ein Rechtsanspruch auf ein altersgerechtes Platzangebot. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, dass bis zum Jahr 2013 für 35 % der unter 3-Jährigen eine Aufnahmemöglichkeit in einer Einrichtung oder ein Platz zur Kindertagespflege vorhanden ist. Abweichend davon wurde für Baden-Württemberg ein landesweiter Anteil von 34 % beschlossen. Mit den bereitgestellten Finanzmitteln des Bundes i.H.v. 4 Milliarden € wird voraussichtlich nur ein Bruchteil des Bedarfs für den zusätzlichen Ausbau abgedeckt werden können.³⁵

Die Länder sind für die Verteilung der gemäß Art. 3 Kinderförderungsgesetz vom 10. Dezember 2008 veranschlagten Bundesmittel verantwortlich. Diese werden auf Grundlage des § 29 c Finanzausgleichsgesetz weitergegeben. Die Diskussion über die Notwendigkeit einer unmittelbaren Unterstützung aus den Landeshaushalten hält auch in Baden-Württemberg an.

Es gilt festzustellen, dass durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung und dem sich anschließenden Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr, enorme finanzielle Verpflichtungen erwachsen sind.

Für kommunale Träger der Einrichtungen fordert der Landesgesetzgeber in § 3 Abs. 2 KiTaG ein bedarfsgerechtes und sehr kostenintensives Angebot. Die Hauptfinanzierungslast haben die Kommunen selbst zu schultern. Ohne eine verbesserte Kostenbeteiligung des Staates wird der Ausbau für die Gemeinden nicht zu bewältigen sein.³⁶

³⁵ Vgl. Dürr, BWGZ 12/2009, S. 572-573.

³⁶ Vgl. o.V. Gemeindetag Baden-Württemberg, BWGZ 8/2011 – S. 306.

5.2 Angebote der Kommunen

Das vorhandene Angebot im Rahmen der Kleinkindbetreuung ist näher zu betrachten. Wie schon angedeutet kann diese in altersgemischten Gruppen und Kleinkindgruppen oder mit bedarfsgerechten Krippenplätzen erfolgen. Trotz der gesetzlich festgelegten Gebührenmaßstäbe und den möglichen Ermäßigungen sind erhebliche Unterschiede zu beobachten.

Ein Aufnahmekriterium ist das jeweilige Lebensalter des Kindes. Derzeit unternehmen die Kommunen erhebliche Anstrengungen, um den ab 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag sicherzustellen. Dementsprechend nehmen viele kommunale Betreuungseinrichtungen bereits heute Kinder in diesem Alter auf. Zusätzlich wird von öffentlichen Trägern die Aufnahme vor Vollendung des ersten Lebensjahres und ab 2 Jahren angeboten. Einzelne Gemeinden konzentrieren sich noch vollständig auf den Regelkindergarten von 3 – 6 Jahren. Vielerorts leisten die privaten und kirchlich organisierten Einrichtungen einen wesentlichen Beitrag für die Versorgung der Allerkleinsten. Für die Kleinkindbetreuung werden von den Kommunen fast ausnahmslos Zuschläge erhoben, die sehr unterschiedlich ausfallen. Diese Aufschläge reichen vereinzelt bis zum 2 ½ -fachen der vergleichbaren Gebühr des Regelkindergartens. Insbesondere die Stadtkreise bieten ein breitgefächertes Angebot für Kleinkinder unter 3 Jahren an und die erhöhten Elternbeiträge fallen etwas geringer aus. Hierfür sorgt die besondere Verpflichtung als örtlicher Träger der Jugendhilfe. Zweifelsohne fordert die intensive Betreuung von Kleinkindern einen höheren Personalaufwand.

Bei Aufnahme eines unter 3-Jährigen in altersgemischten Gruppen muss nach der jeweiligen Betriebserlaubnis der Einrichtung ein anderer Betreuungsplatz frei bleiben. Nach der Landesempfehlung erachten die Vertreter der unterschiedlichen Trägergruppen einen Zuschlag von 100 % als gerechtfertigt.³⁷

³⁷ Vgl. Anlage 6, Mitteilung Städtetag, Fortschreibung der Landesempfehlung, 2009, S. 3.

Der Höchstbetrag für die Ganztagesbetreuung eines Kindes liegt bei über 400 € monatlich. Es muss die Frage erlaubt sein, welche Eltern sich diese Betreuungsart überhaupt leisten können. Auch die Berücksichtigung der Kinderanzahl und zusätzliche Vergünstigungen helfen einkommensschwachen Familien hier nur bedingt weiter. Derzeit hängt die Entscheidung für eine Betreuung von Kleinkindern unter 3 Jahren maßgeblich von den finanziellen Verhältnissen der Eltern ab.

Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass die Gebührensätze für Angebote in diesem Bereich absinken, sodass alle Familien einen entsprechenden Nutzen haben.

6. Die unterschiedlichen Gebührenmaßstäbe

Der Bundesgesetzgeber ermöglicht die Staffelung der Kostenbeiträge und nennt als weitere Gebührenmaßstäbe das Einkommen, die tägliche Betreuungszeit sowie die Anzahl der kindergeldberechtigten Familienangehörigen. § 90 Abs. 1 Satz 2 KJHG (SGB VIII) lässt jedoch ausdrücklich Raum für den Erlass von landesspezifischen Regelungen. Die folgenden Beobachtungen und Auswertungen beschreiben Besonderheiten des Regelkindergartens für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Die Stadt Heilbronn erhebt bekanntermaßen für diesen Betreuungszeitraum keine Elternbeiträge. Daher bedarf diese besondere Regelung zur finanziellen Entlastung der Familien im weiteren Verlauf keiner vergleichenden Betrachtung. Es werden ausschließlich Besonderheiten der verbleibenden 8 Stadtkreise und der 91 Großen Kreisstädte in Baden-Württemberg aufgezeigt.

Für die Inanspruchnahme von Verpflegung werden überwiegend pauschale Entschädigungen verlangt, die zusätzlich zu den Elternbeiträgen entrichtet werden. Jedoch bestehen im Bereich der Ganztagesbetreuung auch städtische Regelungen, bei denen der fällige Betrag für das Essen bereits in die Elternbeiträge eingerechnet wurde. Demnach fallen hier die zu zahlenden Monatsbeträge von vorneherein etwas höher aus.

Zur Sicherstellung einer Vergleichbarkeit der Ganztagesgruppen ist hier ein Abzug der ausgewiesenen Essenspauschale erforderlich.³⁸

Bei allen vergleichenden Betrachtungen ist außerdem zu unterscheiden, ob der fällige Betrag für 11 oder 12 Monate erhoben wird. Bei einer Aufteilung in 11 Teilbeträge bleibt der August aufgrund der Ferien gebührenfrei. Die Festsetzung von 12 Monatsraten sorgt dafür, dass die Elternbeiträge regelmäßig etwas niedriger ausfallen.

6.1 Berücksichtigung der Kinderanzahl

In Baden-Württemberg wird die zuvor zitierte Norm durch § 6 KiTaG ergänzt. Für kommunale Träger sind die Ausführungen des § 19 KAG maßgebend. Die wirtschaftliche Belastung sowie die Anzahl der Kinder müssen berücksichtigt werden. Bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2009/2010 fanden in Baden-Württemberg zwei unterschiedliche Gebührenmaßstäbe Anwendung. Das "Badische Modell" ließ Ermäßigungen nur zu, wenn mehrere Kinder gleichzeitig Betreuungseinrichtungen besuchen. Beim "Württembergischen Modell" werden alle Kinder unter 18 Jahren in die Berechnung miteinbezogen.³⁹

Beide Sozialstaffelungen reduzieren den Elternbeitrag nach Vorgabe der örtlichen Entscheidungsträger ab dem zweiten Kind. Die Regelung sieht für weitere Kinder nochmals Abschläge vor und kann bis zum vollständigen Erlass der Betreuungskosten führen.

Auf den entscheidenden Unterschied, dass bei der Badischen Vorgabe die Geschwisterkinder gleichzeitig bei einer Betreuungsstätte angemeldet sein müssen, wird nochmals hingewiesen. Im Württembergischen Landesteil werden Ermäßigungen immer dann gewährt, wenn mehrere Kinder unter 18 Jahren im Haushalt leben.

³⁸ Vgl. Anlage 2, Eigene Übersichtslisten der ausgewerteten städtischen Regelungen und Auszug Umfrage Städtetag, Kindergartenjahr 2010/2011.

³⁹ Vgl. Anlage 6, Mitteilung Städtetag, Fortschreibung der Landesempfehlung, 2009, S. 1.

Im I. Quartal 2009 einigten sich die Vertreter des Gemeindetages, Städtetages, der Kirchenleitungen sowie der Fachverbände darauf, zukünftig einheitlich die Anzahl der unter 18-jährigen Familienmitglieder zu berücksichtigen.⁴⁰

Aufgrund der Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG, bleibt die jeweilige Gemeinde bei eigenen Einrichtungen trotzdem für die Erhebung verantwortlich. Bei Modellrechnungen wurde schnell deutlich, dass die Veränderung und Berücksichtigung aller Kinder unter 18 Jahren zu enormen Einnahmeausfällen führt. Diese Regelung sorgt dafür, dass deutlich mehr Familien von einer Ermäßigung profitieren. Um dieses Defizit zu kompensieren, wären überproportionale Erhöhungen notwendig geworden. Davon nehmen viele Gemeinden bisher noch Abstand.

Der beschriebenen Situation folgend, gewähren weiterhin 4 Stadtkreise und 22 große Kreisstädte nur Ermäßigungen, sobald mindestens zwei Kinder gleichzeitig eine Tagesstätte besuchen. Hingegen dehnten 10 Große Kreisstädte das Modell aus Württemberg noch weiter aus. Die Berücksichtigung innerhalb der Familie endet dabei nicht mit dem vollendeten 18. Lebensjahr, sondern mit der Einstellung der Kindergeldzahlung. Bei dieser Vorgabe wäre es denkbar, dass ein 5-Jähriger eine Einrichtung besucht und die Eltern, bei gleichzeitigem Kindergeldanspruch eines 20-jährigen Familienmitglieds, dafür eine Geschwisterkinderermäßigung erhalten. Aufgrund des regelmäßig hohen Altersunterschiedes ist aber anzumerken, dass diese Fälle wohl eher selten vorkommen.

Bei 4 Stadtkreisen und 55 Großen Kreisstädten endet die Berücksichtigung von weiteren Kindern bei der Gebührenermäßigung mit der Volljährigkeit. Die Stadt Reutlingen hat die aufgezeigte Problematik derart gelöst, dass es bei Regelgruppen einerseits einen ermäßigten Tarif für Familien mit mehreren Kindern unter 18 Jahren gibt. Andererseits zahlen Eltern von Geschwisterkindern, die gleichzeitig die Einrichtung besuchen, einen nochmals reduzierten Kostenbeitrag.

⁴⁰ Vgl. Anlage 6, Mitteilung Städtetag, Fortschreibung der Landesempfehlung, 2009, S. 1.

Die Ausführungen verdeutlichen, dass unterschiedliche Regelungen innerhalb des Bundeslandes zu mehr- oder mindergroßen finanziellen Belastungen der Familien führen. Ein Beispiel aus der Heimatgemeinde des Verfassers soll die teilweise festzustellenden Unausgewogenheiten unterstreichen.

Nach der Umstellung auf das "Württembergische Modell" stieg der Monatsbeitrag einer alleinerziehenden und erwerbstätigen Mutter für ihr einziges Kind moderat an. Bei einer Familie mit zwei berufstätigen Elternteilen und zwei unter 18-jährigen Kindern besucht nur eines den Kindergarten. Hier reduzierte sich der monatliche Elternbeitrag. Natürlich sollen nach dem Willen der Gesetzgeber kinderreiche Familien besonders gefördert werden. Der geschilderte Sachverhalt mag dem Einzelnen aber dennoch als fragwürdig erscheinen. Die bei 3 Großen Kreisstädten vorhandenen Tarife für Alleinerziehende können hier Abhilfe schaffen. Daneben profitieren die Familien mit hohen Einkünften und mehreren Abkömmlingen ebenfalls von den Ermäßigungen nach der Kinderanzahl. Diese Tatsache trifft teilweise auf Unverständnis und trägt nicht gerade zu einer sozialen Ausgewogenheit bei. Bei Geringverdienenden greifen unter Umständen aber auch zusätzliche Ermäßigungen.⁴¹ Momentan ist nicht absehbar, wie sich die weitere Umstellung bei der Berücksichtigung der Kinderanzahl entwickelt. Nach Schilderung der Beobachtungen ist eher davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Modelle noch eine gewisse Zeit erhalten bleiben.

6.2 Staffelung nach dem Einkommen

Als weiteres Kriterium für die Berechnung der Elternbeiträge kann das Einkommen der Familie herangezogen werden. Diese Möglichkeit wird einerseits in § 90 Abs. 1 Satz 3 KJHG (SGB VIII) eingeräumt.

⁴¹ Siehe dazu 6.4, Gewährung zusätzlicher Vergünstigungen.

Andererseits wird diese Erhebungsform der landesrechtlichen Forderung nach Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belastbarkeit gerecht.

Spätestens mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. März 1998 wurden die rechtlichen Bedenken abschließend ausgeräumt. In diesem Zusammenhang wurde bestätigt, dass die Staffelung der Elternbeiträge grundsätzlich nach dem Familieneinkommen erfolgen kann. Mit der im KJHG (SGB VIII) angeführten Rechtsnorm wollte der Bundesgesetzgeber Meinungsverschiedenheiten beseitigen und den Ländern die detaillierte Ausgestaltung überlassen. Abgesehen davon haben Gemeinden die Möglichkeit, nach pflichtgemäßem Ermessen eigene Regelungen zu schaffen. Verstöße gegen die Grundrechte der Art. 3 Abs. 1 GG (Gleichheitsgrundsatz) und Art. 6 Abs. 1 GG (Schutz der Familie) sind bei der Berücksichtigung des Einkommens nicht erkennbar. Gerade Familien mit geringeren Einkünften erfahren eine finanzielle und sozial ausgewogene Entlastung. Die Erhebungsform ist immer dann zulässig, wenn die höchstmöglich anzusetzenden Elternbeiträge die entstandenen Kosten der Einrichtung in der Summe nicht decken können. Außerdem braucht sich der örtlich zuständige Entscheidungsträger nicht an steuerrechtlichen Vorschriften bezüglich des maßgeblichen Einkommens zu orientieren.⁴²

Gerade deshalb ist festzustellen, dass monatliche und jährliche Bruttobeträge, aber auch Nettoeinkommen als Berechnungsgrundlage dienen. Die festzuschreibenden Kriterien lassen unterschiedliche Abschläge bei den Einkünften zu.

Die Kommunen ziehen vereinzelt die steuerrechtlichen Kinderfreibeträge vom maßgeblichen Betrag ab und es bleibt Raum für die Festlegung von weiteren Absetzungen. Nach Schilderung der Rechtslage ist die Einkommensstaffelung ein sicherlich positiv zu bewertender Gebührenmaßstab für die Erhebung der Elternbeiträge. Allerdings darf nicht unterschätzt werden, dass der Bearbeitungsaufwand im Vergleich zu einheitlichen Pauschalbeträgen deutlich höher ist. Zur korrekten

⁴² Vgl. BVerfGE 97, 332, RdNr. 35 ff.

Bearbeitung sind umfassende Überprüfungen der Einkommensverhältnisse erforderlich und die Verwaltung hat begründende Unterlagen anzufordern. Eine stichprobenartige Kontrolle reicht nicht aus.

Die Umsetzung der Kinderermäßigungen erfolgt mehrheitlich nach genau bezifferten Beträgen. Allerdings setzen einige Kommunen die Reduzierung nach der Anzahl der Nachkömmlinge in der Form um, dass die betroffenen Familien einer niedrigeren Einkommensstufe zugeordnet werden. Dadurch zahlen die Abgabepflichtigen geringere Beträge. Im Anschluss wird beispielhaft aufgezeigt, wie die erläuterte Regelung in Baden-Württemberg angewendet wird und welche Unterschiede bestehen.

6.2.1 Anwendung bei den Großen Kreisstädten

Die Berücksichtigung der Familieneinkünfte erfolgt bei den Großen Kreisstädten nach 3 unterschiedlichen Methoden.

6 Kommunen erheben die Elternbeiträge grundsätzlich nach dem jeweiligen Betreuungsmodell und der maßgeblichen Stundenanzahl. Im ersten Schritt zahlen die Eltern dafür pauschalisierte monatliche Beträge.⁴³ Danach ist bei einem Einkommen unter den definierten Grenzbeträgen eine entsprechende Reduzierung vorgesehen.

Bei der Ganztagesbetreuung legen 10 Städte ausschließlich die finanziellen Verhältnisse zu Grunde. Die übrigen Angebotsformen werden in Aalen, Ditzingen, Ellwangen, Esslingen, Oberkirch, Rottweil, Tuttlingen, Vaihingen, Waldkirch und Winnenden nach pauschalen Beträgen und unabhängig vom Einkommen erhoben. Die Anzahl der Einkommensgruppen ist sehr unterschiedlich und reicht von 4 bis 17 Stufen. Diese beginnen bei vergleichender Betrachtung mit einem monatlichen Nettoverdienst von bis zu 1.000 € und enden mit einem höchstmöglichen Bruttoeinkommen von 60.000 € im Jahr. Für die Eltern liegen die Höchstbeträge der Ganztagesbetreuung bei 11 Monatsbeträgen, einem Kind und nach der jeweiligen Einkommensgruppe zwischen 95 und 412 €.

⁴³ Siehe dazu 6.3, Festsetzung pauschalierter Elternbeiträge.

Bei 12 Teilzahlungen im Jahr reicht der Spitzensatz einer anderen Stadt von 200 bis 500 €.

10 Kommunen der maßgeblichen Städtegruppe stützen die Erhebung der Elternbeiträge ausschließlich auf die Einkommensverhältnisse der Familie. Namentlich sind dies Calw, Geislingen, Metzingen, Mühlacker, Nürtingen, Ostfildern, Reutlingen, Rheinfelden, Tübingen und Waiblingen. Bei der privatrechtlichen Entgeltregelung der Stadt Eppingen wird deutlich, dass es trotz einheitlicher städtischer Trägerschaft verschiedene Vorgaben gibt. Bei Einrichtungen in verschiedenen Stadtteilen wird einerseits das Einkommen als Gebührenmaßstab herangezogen und andererseits haben die Erziehungsberechtigten pauschalierte Monatsbeträge ohne Berücksichtigung der Einkünfte zu bezahlen. Außerdem fällt auf, dass 10 Städte die fälligen Elternbeiträge für 12 Monate erheben und die gleiche Anzahl den Bruttoverdienst zu Grunde legt. Die Zahl der festgelegten Einkommensstufen reicht hier von 4 bis 12. Als niedrigster Wert ist ein Nettoverdienst von bis zu 1.400 € im Monat feststellbar und der Höchstbetrag liegt bei einem Bruttoeinkommen von 70.000 € im Jahr. Bei der Gegenüberstellung der Elternbeiträge für ein Kind ist anzumerken, dass diese für Regelgruppen zwischen 35 und 250 € liegen.

Die Ganztagesbetreuung kostet nach der maßgeblichen Einkommensgruppe zwischen 29 und 365 €. Des Weiteren sind lediglich bei 6 Städten Regelungen für verlängerte Öffnungszeiten vorhanden. Da mittlerweile oftmals der Zukauf einzelner Betreuungsstunden oder von ganzen Tagen möglich ist, können Eltern auf diesem Weg trotzdem die notwendige Betreuungszeit für ihre Kinder erreichen.

6.2.2 Anwendung bei den Stadtkreisen

Bei den Städten Heidelberg, Pforzheim und Ulm folgt die Erhebung vollständig den regelmäßigen Einkünften der Familie. Heidelberg arbeitet mit dem monatlichen Bruttoeinkommen, wobei es in Pforzheim und Ulm

auf die entsprechenden Nettoeinkünfte ankommt. Gerade bei der Stadt Ulm wurde ein sehr spezielles Verfahren entworfen.

Einem sechsstufigen Modell nach der Anzahl der Betreuungsstunden werden festgeschriebene Prozentsätze zugeordnet. Diese werden mit den Nettoeinkünften multipliziert. Daraus ergibt sich der monatliche Elternbeitrag. Der Höchstbetrag des anrechenbaren Einkommens liegt für das Jahr 2011 bei 3.515 € im Monat und wird jährlich um 2 % angehoben. Ab einem darüber liegenden Verdienst wird nur diese maximale Einkommenshöhe zu Grunde gelegt. Anhand der maßgeblichen Gebührentabelle soll die interessante Berechnungsmethode der Stadt Ulm erläutert werden.

Auszug aus der Satzung der Stadt Ulm über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die städtischen Tageseinrichtungen

Gebührentabelle				
Kinderzahl/ Betreuungsbaustein		1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
Stufe 1	bis 28 Std.	2,75%	1,75%	0,75%
Stufe 2	über 28 bis 33 Std.	3,75%	2,75%	1,75%
Stufe 3	über 33 bis 38 Std.	5,25%	4,25%	3,25%
Stufe 4	über 38 bis 43 Std.	6,35%	5,35%	4,35%
Stufe 5	über 43 bis 48 Std.	7,45%	6,45%	5,45%
Stufe 6	über 48 Std.	8,55%	7,55%	6,55%

Quelle: Stadtrecht der Stadt Ulm⁴⁴

Berechnungsbeispiel für die Erhebung der Elternbeiträge:

monatliches Nettoeinkommen	bei einem Kind und bis zu 28 Stunden	Monatlicher Elternbeitrag
2.000 €	2,75 %	55 €

⁴⁴ Vgl. Anlage 14, Satzung der Stadt Ulm,
URL: <http://www.ulm.de/sixcms/media.php/29/I-US-4-5.pdf> [26.07.2011].

Bei der Stadt Heidelberg fällt auf, dass die Nutzung genauestens den Betreuungsstunden zugeordnet wird und zahlreiche Angebotsformen bestehen. Die Elternbeiträge des Regelkindergartens weichen nur geringfügig von den Gebührensätzen für die Betreuung der unter 3-Jährigen ab. Auf der Homepage der Stadt Pforzheim gibt es einen Beitragsrechner mit Zeitansätzen für alle Betreuungsmodelle. Damit können die Eltern den fälligen Monatsbeitrag selbständig ermitteln, bevor die Anmeldung des Kindes erfolgt. Allerdings wurde die maßgebliche Entgeltordnung nicht mit veröffentlicht. Für Interessierte kann es möglicherweise schwierig sein, die einzelnen Ermäßigungen nachzuvollziehen. Letztendlich wird nur der Endbetrag für die jeweilige Betreuungszeit angezeigt. Der vom Bundesverfassungsgericht als sozial und ausgewogen eingestufte Gebührenmaßstab schafft bei der praktischen Umsetzung auf kommunaler Ebene durchaus unterschiedliche Rahmenbedingungen für die einzelnen Familien.

6.3 Festsetzung pauschalierter Elternbeiträge

Es wurde bereits erläutert, dass bei der zuvor beschriebenen Regelung eine höhere Arbeitsintensität erforderlich ist. In Anbetracht dessen erhebt die überwiegende Anzahl der Kommunen in Baden-Württemberg die Elternbeiträge nach pauschalisierten Monatsbeiträgen. Dabei wird die zeitliche Inanspruchnahme der maßgeblichen Betreuungsform zu Grunde gelegt. Die bereits zitierte Landesempfehlung sieht speziell für die Regelgruppe mit einer 6-stündigen Betreuungszeit ebenfalls einheitliche Beträge vor. Zusätzlich wird ein prozentualer Aufschlag für verlängerte Öffnungszeiten vorgeschlagen.⁴⁵ Dieser setzt bei den angeführten Pauschalbeträgen an und es wird deutlich, dass auch die Vertreter der Trägergruppen die hier erläuterte Erhebungsform favorisieren.

⁴⁵ Vgl. Anlage 6, Mitteilung Städtetag, Fortschreibung der Landesempfehlung, 2009, S. 3.

Erst in einem nächsten Schritt werden dann die vorgesehenen Ermäßigungen gewährt. Die Berechnung nach dem Einkommen berücksichtigt dagegen von Anfang an die finanziellen und sozialen Verhältnisse der Familien.

6.3.1 Besonderheiten bei den Großen Kreisstädten

Die Auswertung der Satzungen und Entgeltordnungen der Großen Kreisstädte hat gezeigt, dass 78 Kommunen für verschiedene Betreuungsformen pauschalierte Elternbeiträge nach der jeweiligen Betreuungszeit verlangen.

Davon erheben 42 Gemeinden die fälligen Beträge in 11 Monatsraten und 38 öffentliche Träger fordern 12 Teilbeträge im Jahr. Die Differenz zur Gesamtanzahl der städtischen Träger kommt dadurch zu Stande, weil bei den Städten Rottenburg und Rottweil beide Regelungen vorzufinden sind. Hier werden bei der Ganztagesbetreuung 12 Monatsbeträge angesetzt und ansonsten besteht eine 11-monatige Erhebungsform. Bei der genannten Gesamtanzahl sind die bei 6.2.1 genannten Kommunen mit Ermäßigungen nach bestimmten Einkommensklassen enthalten. Die Große Kreisstadt mit verschiedenen Regelungen bei einzelnen Stadtteilen wird bei der Summe ebenfalls hinzugerechnet. Ebenso werden die 10 Städte mitgezählt, die lediglich bei der Ganztagesbetreuung das Einkommen zu Grunde legen.

Allerdings bleiben diese Kommunen, wegen der abweichenden Berechnungsgrundlage, in den folgenden Tabellen beim Ganztagesangebot unberücksichtigt.

Abbildung 1: Erhebung pauschalierter Elternbeiträge der Großen Kreisstädte bei 12 Monatsbeträgen und einem Kind

Erhebung für 12 Monate und bei einem Kind	Niedrigster Betrag/ Monat in €	Höchstbetrag/ Monat in €	Empfehlung 2010/2011 pro Monat in €
Regelgruppen bei 6 Betreuungsstunden	60	89	87
Verlängerte Öffnungszeiten bei 7 Betreuungsstunden	70	127	108,75
Ganztagesbetreuung bei 10 Betreuungsstunden	100	270	keine

Quelle: Eigene Auswertung

Den Empfehlungen der Trägerverbände folgen bei den Regelgruppen 15 Kommunen und bei den verlängerten Öffnungszeiten ist bei 7 Städten eine Übereinstimmung zur Landesempfehlung festzustellen.

Abbildung 2: Erhebung pauschalierter Elternbeiträge der Großen Kreisstädte bei 11 Monatsbeträgen und einem Kind

Erhebung für 11 Monate und bei einem Kind	Niedrigster Betrag/ Monat in €	Höchstbetrag/ Monat in €	Empfehlung 2010/2011 pro Monat in €
Regelgruppen bei 6 Betreuungsstunden	75	118	95
Verlängerte Öffnungszeiten bei 7 Betreuungsstunden	81	137	118,75
Ganztagesbetreuung bei 10 Betreuungsstunden	146	286	keine

Quelle: Eigene Auswertung

Bei 11 Monatsbeiträgen setzen 19 Große Kreisstädte für Regelgruppen die vorgeschlagenen Elternbeiträge an. Die Beträge der verlängerten Öffnungszeiten stimmen bei 4 Mitgliedern dieser Städtegruppe mit der Landesempfehlung überein. Bei den Beobachtungen wurde eine besondere Regelung der Stadt Balingen entdeckt. Für das erste Kindergartenjahr wird hier kein Elternbeitrag für den Besuch einer Regelgruppe erhoben. Bei Nutzung anderer Betreuungsformen wird dieser Betrag entsprechend in Abzug gebracht. Es wurde mitgeteilt, dass die örtlichen Entscheidungsträger damit gleiche Voraussetzungen schaffen wollen. Die Kinder sollen möglichst früh an den Bildungsangeboten des Kindergartens teilhaben.⁴⁶

6.3.2 Besonderheiten bei den Stadtkreisen

Von 8 Stadtkreisen bevorzugen 5 die pauschale Erhebung von Elternbeiträgen nach der zeitlichen Inanspruchnahme. Es gibt viele unterschiedliche Zeitmodelle und eine große Vielfalt an Betreuungsangeboten wird vorgehalten.

Abbildung 3: Erhebung pauschalierter Elternbeiträge der Stadtkreise bei 12 Monatsbeträgen und einem Kind

Erhebung für 12 Monate und bei einem Kind	Niedrigster Betrag/ Monat in €	Höchstbetrag/ Monat in €	Empfehlung 2010/2011 pro Monat in €
Regelgruppen bei 6 Betreuungsstunden	65	105	87
Verlängerte Öffnungszeiten bei 7 Betreuungsstunden	75	125	108,75
Ganztagesbetreuung bei 10 Betreuungsstunden	133	185	keine

Quelle: Eigene Auswertung

⁴⁶ Vgl. Anlage 1, Elektronische Anfrage und Mitteilungen Stadt Balingen, Dezember 2010.

Die 12-monatige Erhebungsform wird bei städtischen Einrichtungen in Karlsruhe und Freiburg bevorzugt. In Freiburg gibt es neben der Ermäßigung nach der Kinderanzahl eine einkommensabhängige Reduzierung des Elternbeitrags. Eine Familie mit einem monatlich verfügbaren Nettobetrag von unter 2.267 € zahlt bei einem betreuten Kind einen niedrigeren Betrag. Bei mehreren gleichzeitig betreuten Abkömmlingen steigen die Einkommensgrenzen an. Der Besuch wird vergünstigt, sofern die entsprechenden Einkünfte darunter bleiben.

Abbildung 4: Erhebung pauschalierter Elternbeiträge der Stadtkreise bei 11 Monatsbeträgen und einem Kind

Erhebung für 11 Monate und bei einem Kind	Niedrigster Betrag/ Monat in €	Höchstbetrag/ Monat in €	Empfehlung 2010/2011 pro Monat in €
Regelgruppen bei 6 Betreuungsstunden	86	88	95
Verlängerte Öffnungszeiten bei 7 Betreuungsstunden	104	107	118,75
Ganztagesbetreuung bei 10 Betreuungsstunden	117	185	keine

Quelle: Eigene Auswertung

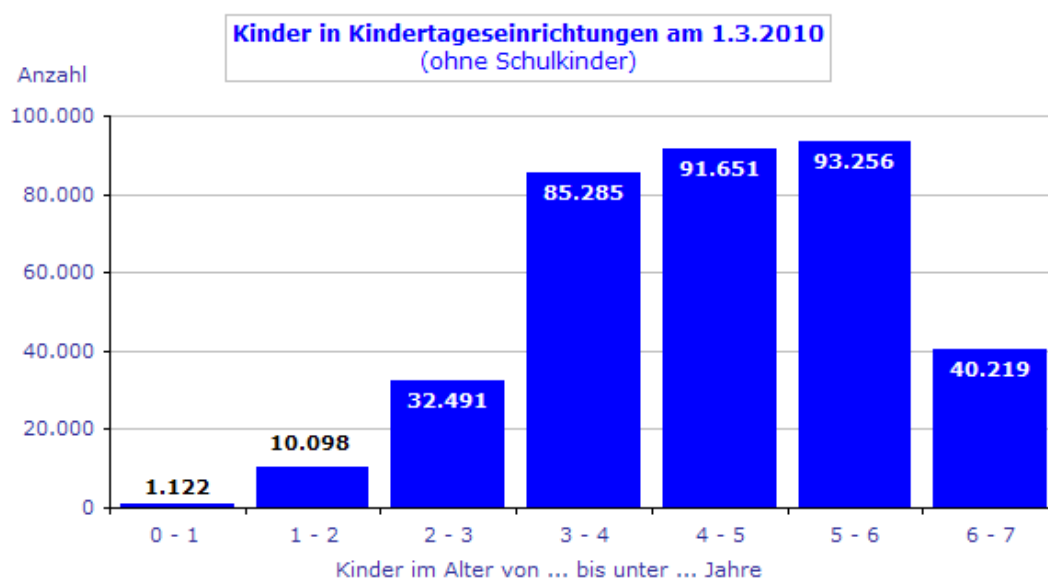
In Stuttgart, Baden-Baden und Mannheim werden die Elternbeiträge für 11 Monate erhoben.

6.4 Gewährung zusätzlicher Vergünstigungen

Die andauernden Diskussionen über die Kinderbetreuung beinhalten als Kernaussage stets eine wichtige Botschaft. Der Besuch von Tageseinrichtungen muss für Kinder von einkommensschwachen Familien finanzierbar sein. Insbesondere die zusätzlichen Vergünstigungen haben Anteil daran, dass in Baden-Württemberg im Alter von 3 - 6 Jahren eine hohe Betreuungsquote erreicht wird.

Die nachfolgende Abbildung zeigt außerdem, dass nur ein relativ geringer Anteil im maßgeblichen Alter des Regelkindergartens keine Betreuung bei einer Tageseinrichtung erfährt.

Kinder in Kindertageseinrichtungen und Betreuungsquote



© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011

Wieviele Kinder wurden 2010 in Tageseinrichtungen betreut? ^{*)}		
Alter von ... bis unter ... Jahre	betreute Kinder	Betreuungsquote in %
0 - 1	1.122	1,2
1 - 2	10.098	10,9
2 - 3	32.491	34,6
3 - 4	85.285	91,6
4 - 5	91.651	96,2
5 - 6	93.256	95,3
6 - 7	40.219	40,9

^{*)} ohne Schulkinder.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg⁴⁷

⁴⁷ Vgl. Anlage 15, Kinder in Kindertageseinrichtungen und Betreuungsquote, URL: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/Jugendhilfe/KJH_12.asp [14.06.2011].

6.4.1 Familienpass der Kommunen

Einerseits gibt es den Landesfamilienpass. Dieser wird Familien mit mindestens 3 Kindergeldberechtigten, mit einem schwer behinderten Kind, Alleinerziehenden oder einkommensschwachen Familien ausgehändigt. Als Gegenleistung werden beim Besuch von bestimmten Sehenswürdigkeiten die Eintrittsgelder ermäßigt. Der Landesfamilienpass hat keine finanziellen Auswirkungen auf die Elternbeiträge und bedarf daher keiner näheren Beschreibung.

Andererseits wurde herausgefunden, dass bei 18 Großen Kreisstädten Regelungen für einen städtischen Familienpass bestehen. Durch diesen erfahren die Elternbeiträge eine Ermäßigung. Das Dokument wird den Familien entweder nach definierten Einkommensverhältnissen oder bei einer bestimmten Kinderanzahl ausgehändigt. Empfängern von Transferleistungen nach dem SGB II, SGB XII und Familien mit einem bestehenden Wohngeldanspruch wird der Familienpass in der Regel ohne Einkommensprüfung erteilt. Bei Geringverdienenden erfolgt nach den Vorgaben der Kommunen eine Betrachtung der maßgeblichen Einkünfte. Die unterschiedlichen Ermäßigungen reichen von 10 % bis 50 % der jeweiligen Elternbeiträge. Zusätzliche Vergünstigungen für Geschwisterkinder werden gewährt und teilweise ist die Übernahme der Verpflegungskosten vorgesehen. Bei den Stadtkreisen in Baden-Württemberg sind städtische Familienpässe weiter verbreitet als bei den Großen Kreisstädten. In Heidelberg ist für Inhaber das letzte Kindergartenjahr vollständig beitragsfrei. Vereinzelt werden Betreuungsgutscheine ausgegeben, damit die Unterstützungsleistungen für Essen und Erziehung unmittelbar bei den Kindern ankommen. Die Stadtkreise werden damit ihrer besonderen Verantwortung als örtliche Träger der Jugendhilfe gerecht. Beim Familienpass der kreisangehörigen Städte und Gemeinden handelt es sich dagegen um ein freiwilliges Entgegenkommen für finanzschwache Familien.

Die örtlichen Entscheidungsträger müssen beurteilen, ob eine Ermäßigung die Reduzierung der kommunalen Einnahmen rechtfertigt. Unter Umständen werden Entlastungen für die betroffenen Familien schon mit der nachfolgenden gesetzlichen Regelung erreicht. Dabei übernehmen die örtlichen Träger der Jugendhilfe, in der Regel die Landkreise und Stadtkreise, einen Anteil bzw. die gesamten Betreuungskosten.

6.4.2 Übernahme der Elternbeiträge durch den Jugendhilfeträger

Gemäß § 90 Abs. 3 KJHG (SGB VIII) sollen die Elternbeiträge vollständig oder teilweise durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe erlassen bzw. übernommen werden. Die finanzielle Belastung darf den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten sein. Der Erlass bezieht sich dabei auf die eigens vom Jugendhilfeträger erbrachten Leistungen und basiert auf dem besonderen Förderungsauftrag des § 22 KJHG (SGB VIII). Die Übernahme für Angebote der freien Träger oder der kreisangehörigen Gemeinden erfolgt nach Vorlage eines Antrages.⁴⁸ Diese Regelung beinhaltet nicht die Übernahme von Essensgeldern und ähnlichen Zusatzkosten. Die zumutbare Belastung richtet sich nach § 90 Abs. 4 KJHG (SGB VIII). Hier wird auf die maßgeblichen Vorschriften der Einkommensberechnung nach dem SGB XII verwiesen, wobei die Vermögensverhältnisse im Sinne des § 90 SGB XII unberücksichtigt bleiben. Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosengeld II oder Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten, werden ohne gesonderte Einkommensprüfung vollständig von der Zahlungspflicht befreit. Ihr bereinigtes Nettoeinkommen wird regelmäßig unterhalb des sozialhilfrechtlichen Bedarfs liegen, da ansonsten der Anspruch auf die entsprechende Transferleistung nicht vorliegt.

⁴⁸ Vgl. Stähr, 2009, S. 23, RdNr. 18.

Bei anderen Familien mit geringem Einkommen ergibt sich eine komplexe Vergleichsrechnung. Bei dieser wird der sozialhilferechtliche Bedarf einer Familie, dem tatsächlichen und bereinigten Nettoeinkommen gegenübergestellt. Dem örtlichen Jugendhilfeträger obliegt dann im Rahmen einer Ermessensentscheidung die Feststellung, ob die Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII überschritten wird oder die Einkünfte darunter bleiben. Übersteigt das Nettoeinkommen die Grenze in einer Höhe, die unterhalb des Elternbeitrages liegt, dann soll der Differenzbetrag übernommen werden.⁴⁹

Zur Verdeutlichung ein exemplarisches Berechnungsbeispiel:

Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII:	1.500 €
Monatlich zu zahlender Elternbeitrag:	85 €
<u>. /. Bereinigtes Nettoeinkommen:</u>	<u>1.550 €</u>
Übernahme durch den Jugendhilfeträger (monatlich):	35 €

Der Gesetzgeber räumt mit dieser Kostenbeteiligung gerade finanzschwächeren Familien die Möglichkeit ein, den Besuch von Kindertagesstätten zu finanzieren.

6.4.3 Leistungen für Bildung und Teilhabe

Der Bundesgesetzgeber hat zum 01. Januar 2011 die Einführung eines Leistungspaketes für Bildung und Teilhabe beschlossen. Entsprechende Regelungen ergingen mit der Neufassung der §§ 28 und 29 SGB II. Für Leistungsempfänger nach dem SGB XII wurden mit den §§ 34 und 34 a SGB XII eigenständige Vorschriften erlassen, die ebenfalls den Bedarf von Kindern für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben abdecken.

⁴⁹ Vgl. Stähr, 2009, S. 28, RdNr. 20.

Zusätzlich können Familien, die als Zuschuss zur Miete Wohngeldzahlungen oder einen Kindergeldzuschlag gemäß § 6 b Bundeskindergeldgesetz erhalten, die gleichen Unterstützungsleistungen beantragen.

Beim Besuch von Kindertageseinrichtungen werden regelmäßig zusätzliche Verpflegungskosten erhoben, sobald die Kinder eine Mahlzeit in der Tagesstätte einnehmen. Bisher gibt es nur bei einigen Städten Betreuungsgutscheine oder Familienpässe, welche zu einer Reduzierung oder zum Wegfall der Essenspauschale führen. Den Neuregelungen folgend können jetzt nach § 28 Abs. 6 SGB II und § 34 Abs. 6 SGB XII Mehraufwendungen für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung geltend gemacht werden. Eine Übernahme erfolgt jedoch ausschließlich für diejenigen Kosten, welche den festgeschriebenen Eigenanteil von einem Euro übersteigen. Die Berechnung der sozialhilferechtlichen Regelsätze beinhaltet diesen Betrag für die tägliche Verpflegung. Bei Inanspruchnahme in der Einrichtung kommt es zu einer Einsparung der häuslichen Verbrauchsausgaben. Deshalb ist der bezifferte Anteil von den Familien selbst aufzubringen.

Der Bundesgesetzgeber sieht des Weiteren vor, dass Kosten für Ausflüge der Kindertageseinrichtungen zu übernehmen sind (§ 28 Abs. 2 SGB II und § 34 Abs. 2 SGB XII). Die Erstattungen erfolgen entweder als Sach- und Dienstleistungen in Form von personalisierten Gutscheinen oder werden unmittelbar an die Anbieter ausgezahlt. Die weiteren Ermäßigungen betreffen hauptsächlich schulische Bedarfe und fördernde Maßnahmen in der Freizeit. Die Bearbeitung der Anträge erfolgt für alle Leistungsempfänger bei den Sozialämtern oder den Jobcentern der Stadt- und Landkreise. Die Verwaltungstätigkeit der kreisangehörigen Gemeinden beschränkt sich auf die Entgegennahme der Antragsunterlagen. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten bei der administrativen Abwicklung und der Information der Betroffenen, stoßen die Leistungen allmählich auf wachsendes Interesse.⁵⁰

⁵⁰ Vgl. Markus, 2011, S.8.

Trotz des zu erwartenden Verwaltungsaufwands wird die Situation einkommensschwacher Familien verbessert und vor allem kommt die Unterstützung unmittelbar bei den Kindern an.

6.4.4 Steuerliche Berücksichtigung

Das Einkommenssteuergesetz (EStG) ermöglicht die steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die Grundsätze der zitierten Rechtsquellen. Auf die Betrachtung von komplexen Fallkonstellationen des Steuerrechts wird verzichtet. Die tatsächliche Reduzierung der Steuerlast hängt maßgeblich von den übrigen Einkommensverhältnissen ab. § 9 c EStG sieht für die Abzugsfähigkeit 3 unterschiedliche Komponenten vor, welche die jeweilige Steuerlast der Betroffenen reduzieren. Die Gemeinsamkeit besteht darin, dass Aufwendungen immer zu zwei Dritteln angesetzt werden. Der nach dieser Vorgabe errechnete steuermindernde Jahresbetrag darf 4.000 € für jedes Kind nicht überschreiten. Ansonsten bleiben die darüber liegenden Kosten unberücksichtigt.

➤ Abzug wie Betriebsausgaben

§ 9 c Abs. 1 EStG

Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, bei einem eigenen Gewerbebetrieb und bei selbständiger Arbeit werden die Kinderbetreuungskosten als zusätzliche Betriebsausgaben angerechnet. Sofern die Eltern in häuslicher Gemeinschaft leben, ist ein Abzug nur möglich, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Zwingend notwendig ist außerdem, dass die Kinder das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder eine vor dem 25. Lebensjahr eingetretene Behinderung vorliegt.

➤ Abzug als Sonderausgaben bei Ausbildung, Behinderung oder Krankheit des Steuerpflichtigen

§ 9 c Abs. 2 Satz 1 EStG

Die soeben angeführten Voraussetzungen des Kindes sind identisch. Nach dieser Vorschrift können aber auch Betreuungskosten Berücksichtigung finden, die wegen

einer Ausbildung,
einer Behinderung
oder einer mindestens 3-monatigen
Krankheitsphase

des **Steuerschuldners** anfallen.

Im Falle des Zusammenwohnens muss eine dieser Einschränkungen entweder bei beiden Elternteilen vorliegen oder ein Lebenspartner hat erwerbstätig zu sein. Dieser Regelung folgend wird keine Steuervergünstigung gewährt, sobald ein Tatbestand von einem Steuerschuldner erfüllt wird und die zweite Betreuungsperson aus anderweitigen Gründen nicht arbeitet. Bei dieser Konstellation erwartet der Gesetzgeber die Übernahme der Kinderbetreuung durch den nicht erwerbstätigen und nicht eingeschränkten Elternteil.

➤ Abzug als Sonderausgaben für Kindergartenkinder

9 c Abs. 2 Satz 4 EStG

Für die Mehrzahl der Familien wird eher die nun anzusprechende Regelung von Interesse sein. Bezüglich der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen können Sonderausgaben **für alle Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren** angesetzt werden.

Die Erwerbstätigkeit beider Elternteile im gemeinsamen Haushalt ist nicht notwendig. Die besondere Altersbeschränkung lässt aber eine Berücksichtigung der Kosten für die Kleinkindbetreuung der unter 3-Jährigen ausdrücklich nicht zu. Hier sollte eine Anpassung des Einkommenssteuergesetzes erfolgen.

Einerseits ist anzumerken, dass die anfallenden Kinderbetreuungskosten erst nach Erstellung des Steuerbescheides im Folgejahr die Steuerlast senken. Tatsächlich sind die Elternbeiträge dann schon lange bezahlt. Andererseits können schon im laufenden Jahr Steuerfreibeträge durch die Finanzämter vermerkt werden, sodass von Anfang an ein höheres Einkommen zur Verfügung steht.

7. Verfassungsrechtliche Einordnung

Die angeführten Beispiele zur Bemessung der Elternbeiträge bekräftigen die bundesweiten Untersuchungen der eingangs genannten Studie Kindergarten-Monitor 2009/2010. Die „*interregionale Vergleichbarkeit*“ innerhalb von Deutschland ist nicht gewährleistet und deshalb wird hier etwas provokativ von einem „*Kindergarten-Gebühren-Dschungel*“ oder einem „*bunten Gebührenflickenteppich*“ gesprochen.⁵¹ Auch in Baden-Württemberg bestehen ungleiche Erhebungsformen und die monatlich zu zahlenden Beträge weichen zum Teil deutlich voneinander ab. Jeder Einzelne vermag die Beobachtungen nach eigenen Vorstellungen zu bewerten. Es wurde aufgezeigt, dass zumindest Zweifel an der sozialen Ausgewogenheit innerhalb des Bundeslandes angebracht sind.

Die maßgeblichen landes- und bundesrechtlichen Normen für den Bereich der Kinderbetreuung wurden ebenfalls vorgestellt. Bei der Betrachtung der rechtlichen Situation drängt sich die Frage auf, ob derartige Unterschiede nicht gegen das Grundgesetz verstoßen. Es wird der Eindruck erweckt, dass bei erhöhten Elternbeiträgen einer Gemeinde unter Umständen eine Missachtung des Gleichheitsgrundsatzes nach Art. 3 Abs. 1 GG vorliegen könnte. Dieses Grundrecht verlangt, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu bewerten.

⁵¹ Vgl. Anlage 16, Studie Kindergartenmonitor 2009/2010, Auszüge aus dem Bericht, S. 5-6,19 und aus der Zusammenfassung der Ergebnisse, S. 5.

Bei Personengruppen liegt ein Verstoß gegen das Grundgesetz nur dann vor, wenn eine unterschiedliche Behandlung vorliegt, obwohl keine wesentlichen Umstände diese rechtfertigt.⁵² Der Gleichheitsgrundsatz wird demnach nur bei einer willkürlich ungleichen Behandlung von wesentlich gleichen Sachverhalten verletzt (Willkürverbot). Dieser Fall tritt insbesondere ein, sobald sich kein vernünftiger, aus der Natur der Sache ergebender Grund finden lässt, welcher eine Differenzierung oder die Gleichbehandlung rechtfertigt.⁵³

Dem örtlichen Satzungsgeber wird ein weitreichender Ermessensspielraum eingeräumt. Differenzierungen bei der Erhebung sind aus finanz-, sozial-, kulturpolitischen oder anderen sachlichen Erwägungen vertretbar. Dabei soll stets ein öffentliches Interesse vorliegen und sachliche Argumente begründen durchaus verschiedene Abgabensätze.⁵⁴ Gerade die Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse kann für ein Maß an sozialer Ausgewogenheit im Gemeindegebiet sorgen. Im Hoheitsgebiet ist die Kommune für den Erlass von eigenen Rechtsvorschriften zuständig und gestaltet die Normen unter Beachtung der geltenden Gesetze. Die Gebührenpflichtigen unterstehen somit verschiedenen Gebietskörperschaften, die unterschiedliche Satzungen und Entgeltordnungen beschließen. Daher sind die Personengruppen nicht miteinander vergleichbar und folglich nicht gleich zu behandeln. Innerhalb der einzelnen Gemeinde müssen jedoch für identische kommunale Betreuungsangebote die gleichen Beträge erhoben werden.

Die verfassungsrechtlich im Art. 6 Abs. 1 GG garantierte Förderungspflicht für Familien wird ebenfalls nicht tangiert. Der Staat ist nicht verpflichtet, jegliche finanzielle Belastung der Familie auszugleichen und muss auf andere öffentliche Belange Rücksicht nehmen.⁵⁵

⁵² Vgl. BVerfGE 97, 332, RdNr. 67.

⁵³ Vgl. Gössl, 2007, Kommentar § 2 KAG, S. 11.

⁵⁴ Vgl. Gössl, 2007, Kommentar § 2 KAG, S.10.

⁵⁵ Vgl. BVerfGE 97, 332, RdNr. 82.

Die Abgabenerhebungspflicht verpflichtet zum Ansatz von Elternbeiträgen. Mögliche Ermäßigungen berücksichtigen die finanziellen Verhältnisse der Familien in ausreichendem Maße.

8. Schlussfazit

Die Verfassungsmäßigkeit unterschiedlicher Erhebungsformen und abweichender Beträge wurde erläutert. Als Lösungsansatz für eine „gerechtere“ Erhebung der Elternbeiträge innerhalb von Baden-Württemberg sind detaillierte Absprachen zwischen den Gemeinden denkbar. Selbstverständlich sind die gebührenrechtlichen Regelungen trotzdem einzuhalten.

Die Trägerverbände sollten für alle vorhandenen Angebotsformen entsprechende Beträge festlegen. Die aktuelle Fortschreibung der Landesempfehlung für die Kindergartenjahre 2011/12 und 2012/13 sieht moderate Erhöhungen der Elternbeiträge vor. Allerdings sind für die Ganztagesbetreuung weiterhin keine Vorschläge enthalten.⁵⁶

Natürlich wäre für eine Vereinheitlichung die Bereitschaft der Kommunen erforderlich, sich vollständig an die entsprechenden Empfehlungen zu halten. Noch intensivere Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände müssen stattfinden und die privaten Anbieter sowie kirchlichen Träger sollten die Vereinbarungen ebenfalls mittragen. Momentan bestehen innerhalb der Kommunen oftmals Absprachen, wonach sich alle Anbieter zur Erhebung einheitlicher Elternbeiträge verpflichten. Diese Einigungen werden sich aber höchstwahrscheinlich nicht auf das ganze Bundesland ausdehnen lassen. In Baden-Württemberg gibt es derzeit 1.101 Gemeinden.⁵⁷

⁵⁶ Vgl. Anlage 17, Mitteilung Gemeindetag, Fortschreibung der Landesempfehlung, 2011.

⁵⁷ Vgl. Anlage 5, Verzeichnis Große Kreisstädte und Nachweis Anzahl der Gemeinden, URL: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Profil/GrafikenImages/Gemeindetabellen/GSGK1-5_G09.pdf#search=Gro%C3%9Fe+Kreisst%C3%A4dte; <http://www.gemeindetag-bw.de/php/index.php?d=0&action=vorstellung&id=1> [06.07.2011].

Die eigenen Interessen, die finanziellen Voraussetzungen und die kommunalpolitischen Ziele sind oftmals verschieden. Vereinzelt wird im Rahmen einer aktiven Familienförderung mit niedrigen bzw. kostenfreien Betreuungsplätzen geworben. Die jeweilige Gemeinde soll als Lebensmittelpunkt für Familien interessant werden. Trotz der aufgezeigten Schwierigkeiten und der Selbstverwaltungsgarantie, bedürfen aber zumindest die grundlegenden Gebührenmaßstäbe einer Vereinheitlichung. Nur auf diesem Wege können für alle Familien gleiche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Bildung wird als Investition in das Humankapital angesehen und ist nicht als Konsum zu verstehen.⁵⁸ Der finanzielle Aufwand für frühkindliche Erziehung in Kindertageseinrichtungen zahlt sich aus, da dieser die persönliche Entwicklung der Kinder fördert und hinterher bessere schulische Leistungen folgen. „Lieber früh investieren als später reparieren“.⁵⁹ Dieses treffende Zitat unterstreicht, dass nicht nur das einzelne Kind, sondern die gesamte Gesellschaft von Investitionen in die Kinderbetreuung profitieren kann. Bei einer ausgewogenen und umfassenden frühkindlichen Bildungspolitik werden in späteren Jahren weniger Transferleistungen durch den Staat zu tätigen sein.

Die erforderliche Vereinheitlichung oder zumindest eine Annäherung der bestehenden Regelungen fordert vom Gesetzgeber zukünftig bedachte Entscheidungen. Bei den nötigen Beratungen der kommunalen Spitzenverbände und der Trägerverbände wird ein hohes Maß an Verhandlungsgeschick von den Verantwortlichen abverlangt.

Die Struktur der Elternbeiträge unterliegt einem ständigen Wandlungsprozess, um der Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf dauerhaft gerecht zu werden.

⁵⁸ Vgl. Dohmen, 2006, S. 70.

⁵⁹ Vgl. Dohmen, 2006 S. 8, 70.

Literaturverzeichnis

Dohmen, Dieter/Link, Carl (Hrsg.):

Kitamanagement konkret – Unterm Strich

Kosten und Finanzen rund um Kindertageseinrichtungen, Kronach, 2006

Dürr, Christiane:

Kinderbetreuung – bedarfsgerechte und flexible Lösungen sind gefragt

Gemeindetag Baden-Württemberg, BWGZ 12/2009, S. 572 - 578

Orientierungsplan für Bildung und Erziehung – Merkmale der einzelnen Gruppenarten

Gemeindetag Baden-Württemberg, BWGZ 3/2011, S. 100 - 113

Gössl, Ernst/Reif, Karl:

Kommentar zum Kommunalabgabengesetz (KAG) für

Baden-Württemberg, Wiesbaden, „Loseblatt, Stand: 29. Lfg., April 2011“

Markus, Wolfram:

Aller Anfang ist schwer

Der Gemeinderat – Das unabhängige Magazin für die kommunale Praxis,
54. Jahrgang, 7-8/11, S. 8 – 9

o.V.:

Bildung und Betreuung bleibt Top Thema

Gemeindetag Baden-Württemberg, BWGZ 1/2010, S. 12 – 13

o.V.:

Gemeindetag formuliert Erwartungen an grün-rote Koalitionspartner

Gemeindetag Baden-Württemberg, BWGZ 8/2011, S. 306

Schmidt, Christian u.a./Link, Carl (Hrsg.):

Praxis der Kindertagesbetreuung - Kita-Lexikon, Kronach, 2009

Springer, Holger:

Befreiung von Kindergartengebühren durch die Stadt Heilbronn,
HVF, Diplomarbeit, 2009

Stähr, Axel u.a./Schmidt, Erich (Hrsg.):

Kommentar zum SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe, Berlin,
„Loseblatt, Stand: 47. Lfg., Januar 2011“

Stapelfeldt, Alfred/Beck-Rechtsberater (Hrsg.):

Kommunalabgaben von A – Z: Gebühren, Beiträge,
Kommunale Steuern, Verfahren, Rechtsschutz, München, 2008

Waibel, Gerhard/W. Kohlhammer (Hrsg.):

Gemeindeverfassungsrecht Baden-Württemberg,
5. Auflage, Stuttgart, 2007

Erklärung des Verfassers

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

13. September 2011

Datum, Unterschrift

Beiträge für Kinderbetreuung/Unterstützung bei einer Bachelorarbeit

Braun, Holger

Gesendet: Montag, 6. Dezember 2010 07:55

An: kurt.fohmann@bad-mergentheim.de; frank.hoegerle@balingen.de; k.duerk.stadt@buehl.de; max.pickl@esslingen.de; h-kraibuehler@horb.de; manfred.dams@schwetzingen.de; bollm.stadt@singen.de

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
71634 Ludwigsburg
Holger Braun
Mozartstr.10
74858 Aglasterhausen
Tel. (dstl). 07261/404/267
Tel. (mobil). 0162/3501989
E-Mail: braun_holger@studnet.hs-ludwigsburg.de

Erstellung einer Bachelorarbeit (frühere Diplomarbeit) zum Thema:
Die unterschiedlichen Berechnungsmöglichkeiten von Kindergartenbeiträgen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Student an der Hochschule Ludwigsburg und demnächst steht für mich die Erstellung einer Bachelorarbeit im Studiengang der Innenverwaltung an. Ich darf mich bereits im voraus recht herzlich bedanken, dass Sie sich für mein Anliegen Zeit nehmen. Derzeit bin ich im Rahmen der Praxissemester bei einer großen Kreisstadt eingesetzt und möchte gerne die unterschiedlichen Berechnungsmöglichkeiten der Kindergartenbeiträge von kommunalen Betreuungseinrichtungen untersuchen. Als erste vorbereitende Maßnahme zur Erstellung meiner Arbeit, verschaffe ich mir gerade einen Überblick über die Berechnungsarten und die Regelungen der großen Kreisstädte in Baden-Württemberg.

Aufgrund der geschilderten Situation möchte ich Sie herzlich bitten, mir die kommunale Rechtsgrundlage Ihrer Stadt für die Erhebung der Kindergartengebühren/- beiträge zu übersenden. Dass ich die mir übersendeten Informationen mit der erforderlichen Sorgfalt behandeln werde versteht sich.

Falls Sie jedoch Bedenken gegen eine Übermittlung haben sollten, wäre mir auch mit der Beantwortung folgender Frage geholfen:

Wie erfolgt die Berechnung der Kindergartengebühren in Ihrer Stadt?

nach pauschalen Beträgen für die unterschiedlichen Betreuungszeiten

oder gemäß einer Staffelung nach dem Einkommen der Familie?

Falls es in Ihrer Stadt keine kommunal betriebenen Betreuungseinrichtungen gibt, wäre diese Information ebenfalls hilfreich.

Nochmals herzlichen Dank für die Unterstützung und Ihre Rückantwort.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Braun

WG: Beiträge für Kinderbetreuung/Unterstützung bei einer Bachelorarbeit

Jenter Harry [harry.jenter@balingen.de]

Gesendet: Montag, 6. Dezember 2010 08:58

An: Braun, Holger

Cc: Reuß Herbert [herbert.reuss@balingen.de]; Högerle Frank [frank.hoegerle@balingen.de]

Anlagen: Elternbeiträge KiTa ab 01.~1.JPG (19 KB)

Sehr geehrter Herr Braun,

nachstehend erhalten Sie die derzeit aktuellen Elternbeiträge für die Betreuungsangebote in den kommunalen und freien Kindertagesstätten in Balingen.

Im Bereich der Kindergartenbetreuung (Ü 3) haben wir die landeseinheitlichen Empfehlungen vollinhaltlich angewandt. Bei der Kleinkindbetreuung (U 3) haben wir in Abstimmung mit den freien Trägern in Balingen gegenüber den landeseinheitlichen Empfehlungen prozentuale Abschläge vorgenommen.

Folgende Besonderheiten gelten in Balingen:

> Familien mit 4 oder mehr Kindern zahlen keinen Beitrag

> seit dem 01.01.2008 ist in Balingen das erste (Regel)kindergartenjahr beitragsfrei bzw. bei anderen Betreuungsarten wird der Regelkindergartenbeitrag abgezogen.

Falls Sie weitere Fragen haben, können Sie sich gerne an mich wenden.

Für Ihre Bachelorarbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg und verbleibe

mit freundlichen Grüßen aus Balingen

Harry Jenter

Stadt Balingen

Amt für Familie, Bildung und Vereine

Friedrichstraße 67

72336 Balingen

Tel.: + 49 (74 33) 170 260

Fax.: + 49 (74 33) 170 127

mailto: harry.jenter@balingen.de <<mailto:harry.jenter@balingen.de>>

website: www.balingen.de <<http://www.balingen.de>>

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Högerle Frank

Gesendet: Montag, 6. Dezember 2010 08:05

An: Jenter Harry

Betreff: WG: Beiträge für Kinderbetreuung/Unterstützung bei einer Bachelorarbeit

Guten Morgen Herr Jenter,

nachdem ich gerade gesehen habe, dass Herr Reuß im Urlaub ist, leite ich die folgende Mail an Sie weiter. Ich denke, Sie können die Frage schneller und besser beantworten als ich.

AW: Nachfrage Elternbeiträge

Jenter Harry [harry.jenter@balingen.de]

Gesendet: Montag, 20. Dezember 2010 13:14

An: Braun, Holger

Sehr geehrter Herr Braun,

bei uns in Balingen wurde das 1. Kindergartenjahr deshalb gewählt, damit keine Familie ihr/e Kind/er aus finanziellen Gründen erst nach dem dritten Lebensjahr zum Kindergarten anmeldet. Das Stichwort war also: die Kinder sollen möglichst früh an den (Bildungs)angeboten des Kindergartens teilhaben.

Mit freundlichen Grüßen

Harry Jenter

Stadt Balingen
Amt für Familie, Bildung und Vereine
Friedrichstraße 67
72336 Balingen
Tel.: + 49 (74 33) 170 260
Fax.: + 49 (74 33) 170 127
mailto: harry.jenter@balingen.de <mailto:harry.jenter@balingen.de>
website: www.balingen.de <http://www.balingen.de>

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Braun, Holger [mailto:Holger@studnet.hs-ludwigsburg.de]

Gesendet: Montag, 20. Dezember 2010 10:01

An: Jenter Harry

Betreff: Nachfrage Elternbeiträge

Fachhochschule Ludwigsburg
Holger Braun
Student im Fachbereich Innenverwaltung

Erstellung einer Bachelorarbeit/Diplomarbeit im Jahr 2011

Sehr geehrter Herr Jenter,

vielen Dank für die ausführlichen Informationen über die Elternbeiträge in Balingen, welche Sie mir am 06. Dezember übersendet haben.

Ich möchte kurz nachfragen, welche Beweggründe es für die örtlichen Entscheidungsträger gab, gerade das 1. Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, denn diese Regelung stellt eine besondere Ausnahme innerhalb von Baden-Württemberg dar.

Für die Rückmeldung bedanke ich mich schon im voraus und wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und schon heute einen guten Start in das neue Jahr 2011.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Braun

<div>Arten der Erhebung</div> <div>P: Pauschale Beträge nach der zeitl. Inanspruchnahme</div> <div>P/Erm.: Pauschale Beträge mit Ermäßigung nach dem Einkommen</div> <div>E: nach dem Einkommen</div> <div>P/E-GT: Pauschale Beträge; Ganztagesbetreuung nach dem Einkommen</div> <div>keine: keine Tageseinrichtung in städtischer Trägerschaft</div> <div>P/E: nach dem Einkommen und pausch.Beträge/unterschiedl. nach Stadtteilen</div>									Elternbeiträge monatl./€ bei einem Kind			Zukauf von Betreuungsstunden möglich	
Große Kreisstadt	Arten der Erhebung	privatrechtliches Benutzungsverhältnis	öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis	Erhebung für 11 Monate im Jahr	Erhebung für 12 Monate im Jahr	Familienpass (Eintrag, wenn Familienpass mit Auswirkungen auf die Elternbeiträge)	Geschwisterkindermäßigung bei mehreren Kindern unter 18 (Kinder U 18) bei mehreren Kindern in der Einrichtung (Kinder gleichzeitig) solange Kindergeld für Geschwisterkind gezahlt wird (Kindergeld)	Besonderheiten	Regelgruppen	verlängerte Öffnungszeiten	Ganztagesbetreuung	ja	nein
Aalen	P/E-GT	X			X		Kinder U 18	9 Stufen/verst. Eink. bis 1075 - über 2660 Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	87	108	93-293	X	
Achern	P	X			X		Kinder U 18		87	96	173	X	
Albstadt	P	X			X		Kinder U 18		77	92			X
Backnang	P	X			X	bis 50 %	Kinder U 18		81	95	136		X
Bad Mergentheim	P	X		X			Kinder U 18		92	106		X	
Bad Rappenau	P		X		X		Kinder U 18		79	98	175	X	
Balingen	P	X			X		Kinder U 18	kein Beitrag Regelgruppe im 1. Jahr. Bei anderen Betreuungsformen Betrag abziehen.	87	109	174		X
Biberach	P		X		X		Kinder U 18		87		172	X	
Bietigheim-Bissingen	P	X			X	bis 50 %	Kinder gleichz.	Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	82		220		X
Böblingen	P		X		X		Kindergeld		62	72	103		X
Bretten	P	X		X			Kinder U 18		95	114			X
Bruchsal	keine							keine Einrichtung					X
Bühl	P	X			X		Kinder gleichz.	Zuschlag VÖ: 16 €	73	89	199		X
Calw	E	X			X		Kinder gleichz.	5 Stufen,Brutto bis 15000 - über 55000	58-123		129-363		X
Crailsheim	P	X			X		Kinder U 18		87	93	122		X
Ditzingen	P/E-GT		X	X		30 % GT	Kinder U 18	6 Stufen/Netto bis 1200 - über 2900 Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	84	115	151-335		X
Donaueschingen	P		X	X		40%	Kinder U 18		95	119	235		X
Ehingen	P	X			X		Kinder U 18		87	108	241		X
Ellwangen	P/E-GT	X			X	X iVm BetrGutsch.	Kinder U 18	Erm. BetrGutsch zwischen 50 und 600 € jährl.	87	104	173-230	X	
Emmendingen	P	X			X	10%	Kinder gleichz.	Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	83	103	185		X

Arten der Erhebung P: Pauschale Beträge nach der zeitl. Inanspruchnahme P/Erm.: Pauschale Beträge mit Ermäßigung nach dem Einkommen E: nach dem Einkommen P/E-GT: Pauschale Beträge; Ganztagesbetreuung nach dem Einkommen keine: keine Tageseinrichtung in städtischer Trägerschaft P/E: nach dem Einkommen und pausch.Beträge/unterschiedl. nach Stadtteilen									Elternbeiträge monatl./€ bei einem Kind			Zukauf von Betreuungsstunden möglich	
Große Kreisstadt	Arten der Erhebung	privatrechtliches Benutzungsverhältnis	öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis	Erhebung für 11 Monate im Jahr	Erhebung für 12 Monate im Jahr	Familienpass (Eintrag, wenn Familienpass mit Auswirkungen auf die Elternbeiträge)	Geschwisterkinderermäßigung bei mehreren Kindern unter 18 (Kinder U 18) bei mehreren Kindern in der Einrichtung (Kinder gleichzeitig) solange Kindergeld für Geschwisterkind gezahlt wird (Kindergeld)	Besonderheiten	Regelgruppen	verlängerte Öffnungszeiten	Ganztagesbetreuung	ja	nein
Eppingen	P/E	X			X		Kinder U 18	untersch.Berechn. Stadtteile 4 Stufen, Netto bis 1400 - über 2400	74-115	89-130			X
Esslingen	P/E-GT	X		X		20%	Kindergeld	Abzug von 53 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	95	118	44-307		X
Ettlingen	P	X		X		10%	Kinder gleichz.			101			X
Fellbach	P/Erm.		X		X		Kindergeld	Ermäßigung in 4 Stufen nach Brutto	73				X
Filderstadt	P		X	X			Kinder U 18	Abzug von 66 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	118	137	150	X	
Freudenstadt	P	X		X			Kinder U 18		95		210		X
Friedrichshafen	P	X		X			Kinder gleichz.		84	102	146	X	
Gaggenau	P	X		X			Kinder gleichz.		86	107			X
Geislingen	E		X		X		Kinder U 18	4 Stufen, Brutto bis 24300 - über 65000	69-95	79-105	105-299	X	
Giengen	P	X		X			Kinder U 18		95	109,30	218,50	X	
Göppingen	P	X			X		Kinder U 18	proz. Abschläge bei Kinderermäßigung	80	92	124	X	
Heidenheim	P	X		X		20%	Kinder U 18		82	102	168	X	
Herrenberg	P		X	X			Kindergeld		92	101	209	X	
Hockenheim	P		X	X			Kinder U 18		95	119	238		X
Horb	P	X		X			Kinder U 18	alleinerz. Ermäßigung	92	115	205		X
Kehl	P		X		X		Kinder gleichz.		74	84	142		X
Kirchheim unter Teck	P/Erm.		X	X			Kindergeld	Abzug von 86 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	92	96	89-178	X	
Konstanz	P		X		X		Kinder U 18	Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	71	90	159		X

Arten der Erhebung P: Pauschale Beträge nach der zeitl. Inanspruchnahme P/Erm.: Pauschale Beträge mit Ermäßigung nach dem Einkommen E: nach dem Einkommen P/E-GT: Pauschale Beträge; Ganztagesbetreuung nach dem Einkommen keine: keine Tageseinrichtung in städtischer Trägerschaft P/E: nach dem Einkommen und pausch.Beträge/unterschiedl. nach Stadtteilen									Elternbeiträge monatl./€ bei einem Kind			Zukauf von Betreuungsstunden möglich	
Große Kreisstadt	Arten der Erhebung	privatrechtliches Benutzungsverhältnis	öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis	Erhebung für 11 Monate im Jahr	Erhebung für 12 Monate im Jahr	Familienpass (Eintrag, wenn Familienpass mit Auswirkungen auf die Elternbeiträge)	Geschwisterkindermäßigung bei mehreren Kindern unter 18 (Kinder U 18) bei mehreren Kindern in der Einrichtung (Kinder gleichzeitig) solange Kindergeld für Geschwisterkind gezahlt wird (Kindergeld)	Besonderheiten	Regelgruppen	verlängerte Öffnungszeiten	Ganztagesbetreuung	ja	nein
Kornwestheim	P	X		X		eine Stufe Kinderermäßigung	Kinder U 18	Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	88	101	286		X
Lahr	P	X			X		Kinder U 18	Prozentuale Abschläge nach Anzahl der Familienangehörigen. Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	73	92	182		X
Leimen	P	X			X		Kinder U 18		87	109			X
Leinfelden-Echterdingen	P	X		X			Kinder U 18		95	111	190	X	
Leonberg	P/Erm.		X		X	50%	Kinder U 18	Abzug von 67 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	87	108,75	185	X	
Leutkirch	keine							keine Einrichtung					X
Lörrach	P	X		X			Kinder gleichz.		86				X
Ludwigsburg	P		X	X			Kinder U 18		95	111	175, 197		X
Metzingen	E	X			X		Kinder gleichz.	3.000 Abzug Kinderfreibetrag 5 Stufen, Brutto bis 15000 - über 45000	35-127		72-263		X
Mosbach	P	X		X		50 % 2. Kind frei	Kinder gleichz.	nur eine städt. Einr.	82	85			X
Mössingen	P/Erm.		X	X			Kindergeld	Minus 30 % bei unter 1250 Netto	95	121	157, 262		X
Mühlacker	E	X			X		Kindergeld	Es gibt als städt. Angebot nur den Ganztageskindergarten. 12 Stufen, Brutto bis 750 - über 4500			90-345		X
Nagold	P		X	X		eine Stufe Kinderermäßigung	Kinder U 18	Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	80	102	217	X	

Arten der Erhebung P: Pauschale Beträge nach der zeitl. Inanspruchnahme P/Erm.: Pauschale Beträge mit Ermäßigung nach dem Einkommen E: nach dem Einkommen P/E-GT: Pauschale Beträge; Ganztagesbetreuung nach dem Einkommen keine: keine Tageseinrichtung in städtischer Trägerschaft P/E: nach dem Einkommen und pausch.Beträge/unterschiedl. nach Stadtteilen									Elternbeiträge monatl./€ bei einem Kind			Zukauf von Betreuungsstunden möglich	
Große Kreisstadt	Arten der Erhebung	privatrechtliches Benutzungsverhältnis	öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis	Erhebung für 11 Monate im Jahr	Erhebung für 12 Monate im Jahr	Familienpass (Eintrag, wenn Familienpass mit Auswirkungen auf die Elternbeiträge)	Geschwisterkinderermäßigung bei mehreren Kindern unter 18 (Kinder U 18) bei mehreren Kindern in der Einrichtung (Kinder gleichzeitig) solange Kindergeld für Geschwisterkind gezahlt wird (Kindergeld)	Besonderheiten	Regelgruppen	verlängerte Öffnungszeiten	Ganztagesbetreuung	ja	nein
Neckarsulm	P		X		X		Kinder U 18		60	70	100		X
Nürtingen	E	X		X			Kindergeld	3.000 Abzug Kinderfreibetrag 4 Stufen, Brutto bis 15000 - über 47000	62-111		124 - 223	X	
Oberkirch	P/E-GT		X		X		Kinder U 18		69	74	51-270		X
Öhringen	P	X		X			Kinder U 18	Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	95	103	160		X
Offenburg	P		X		X	10 % bis 67 % Essen	Kinder U 18		80	100	150		X
Ostfildern	E		X		X		Kindergeld	6 Stufen, Brutto bis 21.000 - über 62.000 Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten		49-129	130 - 268		X
Radolfzell	P/Erm.	X		X			Kinder gleichz.	Erm. Einkommen bis 3.067	81				X
Rastatt	P	X			X		Kinder U 18	Abzug von 52,60 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	87	95	157,40		X
Ravensburg	P	X		X			Kinder U 18	Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	95	114	273		X
Remseck	P	X		X			Kinder U 18	Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	95	111	205		X
Reutlingen	E	X			X		Kinder U 18 Kinder gleichz.	5 Stufen, Brutto bis 15000 - über 45000	42-154		65-388		X
Rheinfelden	E		X		X	Essen	Kinder U 18	6 Stufen, Brutto bis 21000 - über 62000	40-87	50-109	83-182		X
Rheinstetten	P		X	X			Kinder gleichz.		75	81	177	X	
Rottenburg	P	X		X	X		Kinder U 18	11 Mo = RG, 12 Mo = GT	85	102	189, 231		X

<div>Arten der Erhebung</div> <div>P: Pauschale Beträge nach der zeitl. Inanspruchnahme</div> <div>P/Erm.: Pauschale Beträge mit Ermäßigung nach dem Einkommen</div> <div>E: nach dem Einkommen</div> <div>P/E-GT: Pauschale Beträge; Ganztagesbetreuung nach dem Einkommen</div> <div>keine: keine Tageseinrichtung in städtischer Trägerschaft</div> <div>P/E: nach dem Einkommen und pausch.Beträge/unterschiedl. nach Stadtteilen</div>									Elternbeiträge monatl./€ bei einem Kind			Zukauf von Betreuungsstunden möglich	
Große Kreisstadt	Arten der Erhebung	privatrechtliches Benutzungsverhältnis	öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis	Erhebung für 11 Monate im Jahr	Erhebung für 12 Monate im Jahr	Familienpass (Eintrag, wenn Familienpass mit Auswirkungen auf die Elternbeiträge)	Geschwisterkinderermäßigung bei mehreren Kindern unter 18 (Kinder U 18) bei mehreren Kindern in der Einrichtung (Kinder gleichzeitig) solange Kindergeld für Geschwisterkind gezahlt wird (Kindergeld)	Besonderheiten	Regelgruppen	verlängerte Öffnungszeiten	Ganztagesbetreuung	ja	nein
Rottweil	P/E-GT	X		X	X	40%	Kinder gleichz.	11 Mo = RG/VÖ, 12 Mo = GT 16, 5 % Brutto mind. 197, höchstens 385. Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	87	105	147-335		X
Schorndorf	P/Erm.		X		X		Kindergeld		87	101	182, 257		X
Schramberg	P		X	X			Kinder U 18	GT Erm. bei unter 18000 jährlich	95	109	182		X
Schwäbisch Gmünd	P		X	X			Kinder U 18	Abzug von 60 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	95	109, 127	145, 200		X
Schwäbisch Hall	P	X			X		Kinder U 18	Abzug von 100 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	73	113 bei 8h	270		X
Schwetzingen	P	X		X			Kinder U 18	Abzug von 55 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	85	110	193		X
Sindelfingen	P		X		X	bis 50 %	Kinder U 18		78	96	132	X	
Singen (Hohentwiel)	P	X		X			Kinder gleichz.		89	112	160		X
Sinsheim	P	X		X			Kinder U 18		95	95	215	X	
Stutensee	P		X	X			Kinder gleichz.	Abzug von 30 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	83	125	190		X
Tübingen	E		X		X		Kinder U 18	8 Stufen Brutto 20.000 - über 70.000	63-250	76-296	102 - 365		X
Tuttlingen	P/E-GT	X			X	immer 40%	Kinder U 18	5 Stufen, Brutto bis 15000 - über 60000	87	87	118-252	X	
Überlingen	P		X		X		Kinder gleichz.		77	90	182	X	
Vaihingen	P/E-GT		X		X		Kinder U 18		87	109	200-500		X
Villingen-Schwenningen	P		X		X		Kinder U 18	alleinerz. Ermäßigung	67	85	164	X	
Waiblingen	E	X			X		Kinder gleichz.	6 Stufen, Brutto bis 15500- über 64000, Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	36-107	42-128	29-186		X
Waldkirch	P/E-GT		X	X			Kinder U 18	7 Stufen, Netto bis 1400 - über 2900	100	120	160 - 285		X

Arten der Erhebung P: Pauschale Beträge nach der zeitl. Inanspruchnahme P/Erm.: Pauschale Beträge mit Ermäßigung nach dem Einkommen E: nach dem Einkommen P/E-GT: Pauschale Beträge; Ganztagesbetreuung nach dem Einkommen keine: keine Tageseinrichtung in städtischer Trägerschaft P/E: nach dem Einkommen und pausch.Beträge/unterschiedl. nach Stadtteilen									Elternbeiträge monatl./€ bei einem Kind			Zukauf von Betreuungsstunden möglich	
Große Kreisstadt	Arten der Erhebung	privatrechtliches Benutzungsverhältnis	öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis	Erhebung für 11 Monate im Jahr	Erhebung für 12 Monate im Jahr	Familienpass (Eintrag, wenn Familienpass mit Auswirkungen auf die Elternbeiträge)	Geschwisterkinderermäßigung bei mehreren Kindern unter 18 (Kinder U 18) bei mehreren Kindern in der Einrichtung (Kinder gleichzeitig) solange Kindergeld für Geschwisterkind gezahlt wird (Kindergeld)	Besonderheiten	Regelgruppen	verlängerte Öffnungszeiten	Ganztagesbetreuung	ja	nein
Waldshut-Tiengen	P		X	X			Kinder U 18		95	119	232		X
Wangen	P	X		X			Kinder gleichz.		95	109	167		X
Weil am Rhein	P		X		X		Kinder gleichz.		89	109	258	X	
Weingarten	keine							keine Einrichtung					X
Weinheim	P		X		X		Kinder U 18		87	100 bei 6h	173		X
Weinstadt	P		X		X		Kinder gleichz.	alleinerz. Ermäßigung Abzug von 50 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten	89	101, 127	115		X
Wertheim	P	X		X			Kinder gleichz.		80	96	172		X
Wiesloch	P	X		X			Kinder U 18		95	109, 118	202, 231		X
Winnenden	P/E-GT		X	X			Kinder U 18	17 Stufen, Netto bis 1000 - über 4750	95	95	95 - 412	X	
Summen	P: 61 P/Erm.: 6 E: 10 P/E-GT: 10 keine: 3 P/E: 1	50	38			18	Kinder U 18: 55 Kinder gleichz.: 22 Kinder U 18 und Kinder gleichz.: 1 Kindergeld: 10					26	65

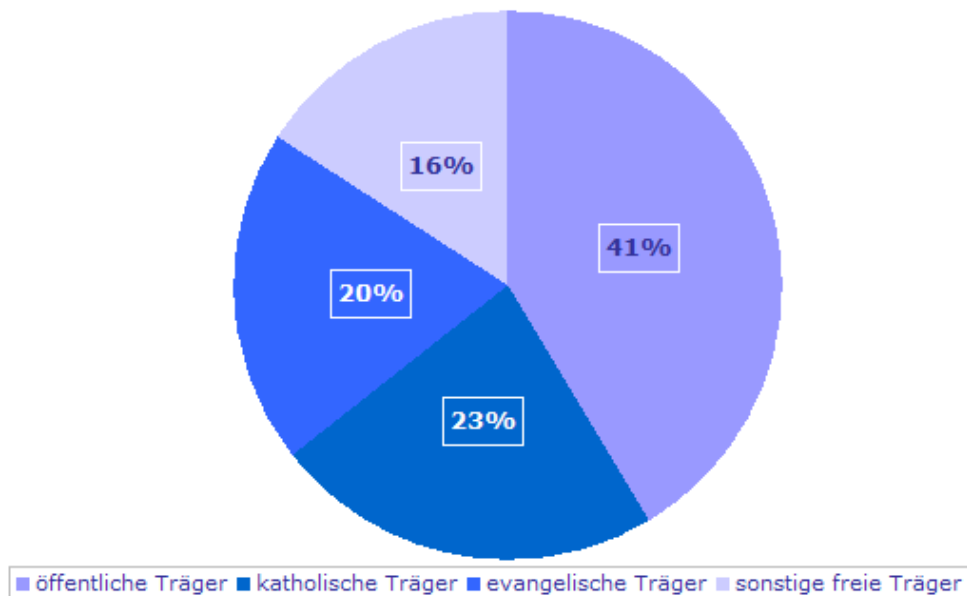
Arten der Erhebung P: Pauschale Beträge nach der zeitl. Inanspruchnahme P/Erm.: Pauschale Beträge mit Ermäßigung nach dem Einkommen E: nach dem Einkommen									Elternbeiträge monatl./€ bei einem Kind			Anmerkungen
Stadtkreis	Arten der Erhebung	privatrechtliches Benutzungsverhältnis	öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis	Erhebung für 11 Monate im Jahr	Erhebung für 12 Monate im Jahr	Familienpass (Eintrag, wenn Familienpass mit Auswirkungen auf die Elternbeiträge)	Geschwisterkindermäßigung bei mehreren Kindern unter 18 (Kinder U 18) bei mehreren Kindern in der Einrichtung (Kinder gleichzeitig)	Besonderheiten	Regelgruppen	verlängerte Öffnungszeiten	Ganztagesbetreuung	
Baden-Baden	P	X		X			Kinder gleichz.	Badisches Modell aus Kostengründen beibehalten	86	104	159	Familienpass keine Ermäßigung
Freiburg	P/Erm.	X			X		Kinder gleichz.	Erm. Einkommen je nach Kinderanzahl	5 h, 85 6 h, 105	125	185	
Heidelberg	E	X		X		X letztes Jahr frei kostenloses Essen	Kinder gleichz.	Betreuungsgutscheine keine großen Untersch. zur Kleinkindbetreuung	62 - 113	82 - 279	98-295	Brutto 5 Stufen bis 1850 - über 4910 genau nach Stunden
Heilbronn	E	X		X		X Erm. Essen	Kinder U 18	beitragsfreier RegelKiGa! unter 3 wird nach Einkommen berechnet.	95	108	147	Beträge Kleinkindbetreuung
Karlsruhe	P	X			X		Kinder gleichz.	große Sprünge Kleinkindbetr. + Ganztagesbetreuung	65	75	133,30	Familienpass keine Ermäßigung Abzug von 60,70 € bei GT, da Essenspauschale im Betrag enthalten
Mannheim	P		X	X		X	Kinder U 18	Betreuungsgutscheine	88	107	185	
Pforzheim	E	X		X		X	Kinder U 18	prozentuale Abschläge nach Einkommensgruppen				Beitragsrechner im Internet: http://www.pforzheim.de/uploads/media/Beitragsrechner_3_bis_6-J%C3%A4hrige_01.pdf Netto-Einkommen 6 Stufen bis 1250 - über 2500 genau nach Stunden
Stuttgart	P		X	X		X	Kinder U 18	Familienkarte, genaue Beträge, Erm. Familienpass	88	-	117	eigene Tarife für Familienpass
Ulm	E		X		X		Kinder U 18	Prozentsätze, die mit Einkommen multipliziert werden.				monatl. Netto-Einkommen 6 Stufen = %-Sätze werden multipliziert

Kinder- und Jugendhilfe / Kindertagesbetreuung

11 Tageseinrichtungen für Kinder

In Baden-Württemberg bestanden am 01.03.2010 insgesamt 8 153 Tageseinrichtungen für Kinder, das sind Kindergärten, altersgemischte Einrichtungen, Krippen und Horte. Die Gesamtzahl der Kindertageseinrichtungen hat sich somit gegenüber der letzten Erhebung 2009 (damals 8 004 Einrichtungen) leicht erhöht.

Kindertageseinrichtungen 2010 nach Trägergruppen



© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011

Kindertageseinrichtungen am 1.3.2010 nach Trägern

Träger	Anzahl der Einrichtungen	in Prozent
öffentliche Träger	3.385	41,5
katholische Träger	1.867	22,9
evangelische Träger	1.602	19,6
sonstige freie Träger	1.299	15,9

41 Prozent der Kindertageseinrichtungen haben öffentliche Träger, also die Städte und Gemeinden. Bei den freien Trägern dominieren die kirchlichen Träger: 23 Prozent der Einrichtungen haben Träger der Caritasverbände oder anderer katholischer Träger, 20 Prozent der Diakonie oder anderer evangelischer Träger. Die restlichen 16 Prozent verteilen sich auf verschiedene, meist kleinere Träger, darunter sind beispielsweise die Vereine von Elterninitiativen.

[« Inhalt](#) | [Erläuterungen](#) | [weiter »](#)

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2011

 >> Verfahren, Formulare, Onlinedienste >> Auswahl: K >> Kindertageseinrichtungen (Finanzielle Hilfe)

Ermäßigung oder Übernahme der Gebühr für Kindertageseinrichtungen

Zur Anzeige der zuständigen Dienststelle wählen Sie bitte einen Ort

Zuständige Stelle

das örtliche Jugendamt

Jugendamt ist,

- wenn Sie in einem Stadtkreis wohnen: die Stadtverwaltung
- wenn Sie in einem Landkreis wohnen: das Landratsamt

Hinweis: Die Städte Konstanz, Rastatt, Villingen-Schwenningen und Weinheim nehmen die Aufgaben als örtlicher Träger der Jugendhilfe selbst wahr.

Ort wählen

Geben Sie hier einen Ort an. Für diesen Ort liefert service-bw genau die Informationen und Anlaufstellen, die Sie brauchen.

Hilfe & Tipps

- [Hilfe zur Suche](#)
- [Hilfe](#)
- [Verwaltungsbegriffe erklärt](#)
- [Farbanpassung](#)
- [Download AcrobatReader](#)
- [PLZ ermitteln](#)

Große Kreisstädte (91) in den Regierungsbezirken und insgesamt

LdfNr	GS_Schlüssel	GS_Name	GK_Schlüssel	GK_Name
1	GS115003	Böblingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
2	GS115021	Herrenberg, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
3	GS115028	Leonberg, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
4	GS115045	Sindelfingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
5	GS116019	Esslingen am Neckar, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
6	GS116033	Kirchheim unter Teck, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
7	GS116049	Nürtingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
8	GS116077	Filderstadt, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
9	GS116078	Leinfelden-Echterdingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
10	GS116080	Ostfildern, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
11	GS117024	Geislingen an der Steige, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
12	GS117026	Göppingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
13	GS118011	Ditzingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
14	GS118046	Kornwestheim, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
15	GS118048	Ludwigsburg, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
16	GS118073	Vaihingen an der Enz, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
17	GS118079	Bietigheim-Bissingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
18	GS118081	Remseck am Neckar, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
19	GS119008	Backnang, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
20	GS119020	Fellbach, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
21	GS119067	Schorndorf, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
22	GS119079	Waiblingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
23	GS119085	Winnenden, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
24	GS119091	Weinstadt, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
25	GS125006	Bad Rappenau, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
26	GS125026	Eppingen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
27	GS125065	Neckarsulm, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
28	GS126066	Öhringen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart

Große Kreisstädte (91) in den Regierungsbezirken und insgesamt

LdfNr	GS_Schlüssel	GS_Name	GK_Schlüssel	GK_Name
29	GS127014	Crailsheim, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
30	GS127076	Schwäbisch Hall, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
31	GS128007	Bad Mergentheim, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
32	GS128131	Wertheim, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
33	GS135016	Giengen an der Brenz, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
34	GS135019	Heidenheim an der Brenz, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
35	GS136019	Ellwangen (Jagst), Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
36	GS136065	Schwäbisch Gmünd, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
37	GS136088	Aalen, Stadt	GK1	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Stuttgart
38	GS215007	Bretten, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
39	GS215009	Bruchsal, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
40	GS215017	Ettlingen, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
41	GS215108	Rheinstetten, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
42	GS215109	Stutensee, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
43	GS216007	Bühl, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
44	GS216015	Gaggenau, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
45	GS216043	Rastatt, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
46	GS225058	Mosbach, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
47	GS226032	Hockenheim, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
48	GS226041	Leimen, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
49	GS226084	Schwetzingen, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
50	GS226085	Sinsheim, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
51	GS226096	Weinheim, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
52	GS226098	Wiesloch, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
53	GS235046	Nagold, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
54	GS235085	Calw, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
55	GS236040	Mühlacker, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
56	GS237028	Freudenstadt, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe

Große Kreisstädte (91) in den Regierungsbezirken und insgesamt

LdfNr	GS_Schlüssel	GS_Name	GK_Schlüssel	GK_Name
57	GS237040	Horb am Neckar, Stadt	GK2	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe
58	GS316011	Emmendingen, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
59	GS316056	Waldkirch	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
60	GS317001	Achern, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
61	GS317057	Kehl, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
62	GS317065	Lahr/Schwarzwald, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
63	GS317089	Oberkirch, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
64	GS317096	Offenburg, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
65	GS325049	Rottweil, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
66	GS325053	Schramberg, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
67	GS326012	Donaueschingen, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
68	GS326074	Villingen-Schwenningen, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
69	GS327050	Tuttlingen, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
70	GS335043	Konstanz, Universitätsstadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
71	GS335063	Radolfzell am Bodensee, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
72	GS335075	Singen (Hohentwiel), Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
73	GS336050	Lörrach, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
74	GS336069	Rheinfelden (Baden), Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
75	GS336091	Weil am Rhein, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
76	GS337126	Waldshut-Tiengen, Stadt	GK3	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Freiburg
77	GS415050	Metzingen, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
78	GS415061	Reutlingen, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
79	GS416025	Mössingen	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
80	GS416036	Rottenburg am Neckar, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
81	GS416041	Tübingen, Universitätsstadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
82	GS417002	Balingen, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
83	GS417079	Albstadt, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
84	GS425033	Ehingen (Donau), Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen

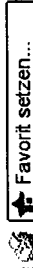
Große Kreisstädte (91) in den Regierungsbezirken und insgesamt

LdfNr	GS_Schlüssel	GS_Name	GK_Schlüssel	GK_Name
85	GS426021	Biberach an der Riß, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
86	GS435016	Friedrichshafen, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
87	GS435059	Überlingen, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
88	GS436055	Leutkirch im Allgäu, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
89	GS436064	Ravensburg, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
90	GS436081	Wangen im Allgäu, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen
91	GS436082	Weingarten, Stadt	GK4	Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen

STARTSEITE | HILFE | SITEMAP | KONTAKT | IMPRESSUM | LETZTE ÄNDERUNG 06.07.2011

GEMEINDETAG BADEN-WÜRTTEMBERG

INTERNET | EXTRANET | KIBW-ONLINE | SHOP | FORUM | SUCHE | UMFRAGEN



Favorit setzen...

Vorstellung

Service

Bestellungen

Links

Persönlich vorgelesen

KIBW oder Extranet

Gemeindetag in Wikipedia

Benutzerkennungswörter BW

(externes Angebot)

Sie erreichen den Gemeindetag
Baden-Württemberg unter

Tel.: 0711 22572-0

E-Mail: zentrale (at)

gemeindetag-bw.de



Ansprechpartner als Liste
Organigramm

Sie sind hier: Startseite » Vorstellung » Aufgaben des Gemeindetags

Vorstellung - Aufgaben des Gemeindetags

Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat sich in seiner Satzung unter anderem folgende Aufgaben gestellt:

- Seine Mitgliedsstädte und Mitgliedsgemeinden in allen Angelegenheiten der Kommunalpolitik und der kommunalen Verwaltung zu beraten und zu betreuen; das ist seine Innenfunktion.
- Die Belange der Mitgliedsstädte und Mitgliedsgemeinden gegenüber der Öffentlichkeit, den Parlamenten, der Regierung und den staatlichen Stellen zu vertreten; das ist seine Außenfunktion.

Er ist bestrebt, dabei mitzuwirken, dass die entstehenden Gesetze und Verordnungen kommunale Notwendigkeiten berücksichtigen sowie einen finanziellen Ausgleich bringen und auf diese Weise eine praxisgerechte, bürgernahe Verwaltung möglich wird.

Mitglieder des Gemeindetags

Von 1.101 Städten und Gemeinden unseres Landes gehören dem Gemeindetag Baden-Württemberg gegenwärtig 1.055 mit rund 6,9 Millionen Einwohnern (64 Prozent der Landeseinwohner) - die größte hat über 58.000 Einwohner, die kleinste weniger als 100 - an. Außerdem sind der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg und die regionalen Rechenzentren Mitglied. Auch verschiedene Zweckverbände und gemeindliche Gesellschaften sind Mitglieder.

Wer ist der Gemeindetag Baden-Württemberg? Welche Funktionen hat er? Als Kurzantwort könnte dienen: Der Gemeindetag Baden-Württemberg ist der Kommunale Landesverband für kreisangehörige Städte und Gemeinden unseres Landes. Oder populär ausgedrückt: Der Gemeindetag ist Anwalt und Repräsentant von Städten und Gemeinden des Bundeslandes Baden-Württemberg.

Im föderativen Staatsaufbau der Bundesrepublik bilden die Kommunen die dritte Säule unseres Staates. Mit Bund und Land haben sie gemeinsam, dass ihre Willensbildung in Volksvertretungen erfolgt, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen sind.

Die Stellung der Gemeinden in unserer Gesellschaft und die Pflichten von Bund und Land gegenüber den Gemeinden ergeben sich aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, aus der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und aus der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg.

In Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist die Selbstverwaltung der Gemeinden

institutionalisiert und garantiert.

In Artikel 71 der Landesverfassung Baden-Württemberg heißt es:

"1. Das Land gewährleistet den Gemeinden und Gemeindeverbänden ... das Recht der Selbstverwaltung. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung.

2. Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet die Träger der öffentlichen Aufgaben ...

3. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden kann durch Gesetz die Erledigung bestimmter öffentlicher Aufgaben übertragen werden. Dabei sind Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führen diese Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände, so ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.

4. Bevor durch Gesetz oder Verordnung allgemeine Fragen geregelt werden, welche die Gemeinden und Gemeindeverbände betreffen, sind diese oder ihre Zusammenschlüsse rechtzeitig zu hören."

In Artikel 73 Absatz 1 der Landesverfassung Baden-Württemberg ist zu lesen:

"Das Land sorgt dafür, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Aufgaben erfüllen können."

Die Gesetzgeber in Bund und Land sind auf die Gemeinden angewiesen, um ihre Gesetze - 85 Prozent in den Gemeinden - zu verwirklichen. Ob staatliche Vorhaben gelingen oder nicht, hängt auch davon ab, wie die kommunale Selbstverwaltung funktioniert.

Stellenwert des Gemeindetags

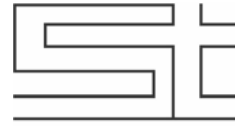
Aus dem Stellenwert der Gemeinden ergibt sich auch der Stellenwert der Kommunalen Landesverbände und damit des Gemeindetags Baden-Württemberg. Nach Artikel 71 Absatz 4 der Landesverfassung Baden-Württemberg sind die Kommunalen Landesverbände rechtzeitig zu hören, bevor durch Gesetz oder Verordnung allgemeine Fragen geregelt werden, welche die Gemeinden und Gemeindeverbände betreffen.

Verständlich deshalb, dass sich die Kommunalen Landesverbände nicht unter die Lobbyisten einreihen lassen. Der Gemeindetag Baden-Württemberg vertritt - obwohl der Unabhängigkeit vom Staat wegen privat-rechtlich organisiert - öffentliche Anliegen. Der Gemeindetag versteht sich als Anwalt der Städte und Gemeinden, weil er dafür zu sorgen versucht, dass den Städten und Gemeinden ein ihren Aufgaben entsprechender Anteil am Steueraufkommen von Bund und Land zuerkannt wird, dass Bund und Land ihren sonstigen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nachkommen und dass die Gesetzgeber in Berlin und in Stuttgart die Freiräume der Kommunen und der Bürger nicht durch Gesetzesperfektionismus einengen.



[Zurück zur Übersicht](#)

COPYRIGHT © 2011 GEMEINDETAG BADEN-WÜRTTEMBERG
CREATED BY HEURST/VIRTUAL SOLUTIONS - IMPRESSION



STÄDTETAG
BADEN-WÜRTTEMBERG

Städtetag Baden-Württemberg · Postfach 10 43 61 · 70038 Stuttgart

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied

Mitgliedstädte

24.03.2009 – Az. 461.32 – R 14813/2009 – ch-sti – Bearbeiterin: Agnes Christner
Telefon: 0711 22921-30 – E-Mail: agnes.christner@staedtetag-bw.de

Elternbeiträge in Kindertagesstätten; Fortschreibung der Gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der Kommunalen Landesverbände zur Festsetzung der Elternbeiträge für die Kindergartenjahre 2009/2010 und 2010/2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. die Vertreter/-innen der Erzdiözese Freiburg, der Diözese Rottenburg/Stuttgart, der Ev. Landeskirche in Baden, der Ev. Landeskirche in Württemberg, des Diakonischen Werks der Ev. Landeskirche in Baden, des Ev. Landesverbands für Kindertagesstätten in Württemberg, des Caritasverbands für die Erzdiözese Freiburg, des Landesverbands Kath. Kindertagesstätten in der Diözese Rottenburg/Stuttgart sowie des Gemeindetags Baden-Württemberg und des Städtetags Baden-Württemberg sind übereingekommen, die Gemeinsamen Empfehlungen zur Höhe der Elternbeiträge in Kindergärten anzupassen.

Die Elternbeiträge für Kindergärten wurden bisher in Württemberg und Baden nach unterschiedlichen Systemen erhoben. In Baden war Bemessungsgrundlage bisher die Anzahl der Kinder aus einer Familie, die gleichzeitig die Einrichtung besuchten; in Württemberg wurden im Rahmen der sog. Sozialstaffelung alle Kinder in der Familie bis zum 18. Lebensjahr berücksichtigt.

Bei den aktuellen Verhandlungen über die Anpassung der Elternbeiträge konnte nun eine Einigung erzielt werden, dass künftig in Baden-Württemberg die Erhebung der Elternbeiträge nach einheitlichen Grundsätzen erfolgen soll.

Die Kirchenleitungen und die Fachverbände in Baden-Württemberg sowie Gemeindetag und Städtetag haben sich darauf geeinigt, dass die Elternbeiträge künftig einheitlich nach der Anzahl der Kinder unter 18 Jahren in der Familie berechnet werden sollen. Gleichzeitig

Telefon 0711 22921-0
Telefax 0711 22921-42 oder -27
Mail post@staedtetag-bw.de
Internet www.staedtetag-bw.de
Hausadresse: Königstraße 2,
70173 Stuttgart

wurde vereinbart, die Elternbeiträge für die Jahre 2009/10 und 2010/11 den gestiegenen Kosten anzupassen. Dabei wurde davon ausgegangen, dass der bisher im badischen Landesteil erreichte Kostendeckungsgrad im Durchschnitt erhalten bleibt. In einzelnen Stadtteilen und Gemeinden können sich aber bedingt durch entsprechende Familienstrukturen Abweichungen ergeben.

Ausgangslage für die Erhebung der Elternbeiträge bleibt, dass landesweit weiterhin angestrebt wird, rd. 20 % der Betriebsausgaben durch Elternbeiträge zu decken. Allerdings orientieren sich die neuen Empfehlungen lediglich an den voraussichtlichen Personal- und Energiekostensteigerungen und bewirken damit keine grundsätzliche Erhöhung des Deckungsgrades. Im Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftssituation soll damit auch Rücksicht auf die finanzielle Belastbarkeit der Eltern genommen werden.

Als weitere Neuerung wurden neben den Beträgen für den Besuch des Regelkindergartens erstmals auch konkrete Festlegungen für Kinderkrippen getroffen. Die neu festgelegten Beiträge für die Krippen orientieren sich ebenfalls grundsätzlich an einem Deckungsgrad von 20 % der voraussichtlichen Betriebsausgaben bei einer Betreuungszeit von sechs Stunden.

Für die Angebotsformen „verlängerte Öffnungszeit“ (durchgehend sechs Stunden), den „Halbtagskindergarten“ und die Betreuung von unter 3-jährigen Kindern im Kindergarten werden aktualisierte Empfehlungen ausgesprochen.

Der Vorstand des Städtetags Baden-Württemberg hat der Fortschreibung der gemeinsamen Empfehlungen zugestimmt.

2. Den kirchlichen und kommunalen Kindergartenträgern in Baden-Württemberg wird deshalb empfohlen, die Elternbeiträge für die Kindergartenjahre 2009/2010 bzw. 2010/2011 wie folgt festzusetzen:

Elternbeiträge in Regelkindergärten

	Kiga-Jahr 2009/10		Kiga-Jahr 2010/11	
	12 Mon.	11 Mon.*	12 Mon.	11 Mon.*
für das Kind aus einer Familie mit einem Kind**	84 €	92 €	87 €	95 €
für ein Kind aus einer Familie mit zwei Kindern unter 18 Jahren	64 €	70 €	66 €	72 €
für ein Kind aus einer Familie mit drei Kindern unter 18 Jahren	43 €	47 €	44 €	48 €
für ein Kind aus einer Familie mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren	15 €	16 €	15 €	16 €

Beitragssätze für Kinderkrippen

	Kiga-Jahr 2009/10		Kiga-Jahr 2010/11	
	12 Mon.	11 Mon.*	12 Mon.	11 Mon.*
für das Kind aus einer Familie mit einem Kind**	250 €	273 €	258 €	281 €
für ein Kind aus einer Familie mit zwei Kindern unter 18 Jahren	185 €	202 €	191 €	208 €
für ein Kind aus einer Familie mit drei Kindern unter 18 Jahren	125 €	136 €	129 €	141 €
für ein Kind aus einer Familie mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren	50 €	55 €	52 €	57 €

* Bei Erhebung in elf Monatsraten wird der Jahresbetrag entsprechend umgerechnet.

** Berücksichtigt werden nur Kinder, die im gleichen Haushalt wohnen.

Diese Sätze gelten im kirchlichen Bereich als Landesrichtsätze.

3. Elternbeiträge bei verlängerten Öffnungszeiten/Halbtagsgruppen, Betreuung von unter 3-jährigen Kindern

Bei Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten (durchgehend 6 Stunden) kann für die festgelegten/empfohlenen Beträge ein Zuschlag von bis zu 25 %, bei Halbtagsgruppen eine Reduzierung von bis zu 25 % gerechtfertigt sein.

Für die Betreuung von unter 3-jährigen Kindern in altersgemischten Gruppen muss nach der Betriebserlaubnis je Kind unter 3 Jahren gegenüber der Regelgruppe ein Kindergartenplatz unbesetzt bleiben. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Festlegungen der Elternbeiträge für Kinderkrippen ist in diesem Fall ein Zuschlag von 100 % gegenüber dem Beitrag in Regelgruppen gerechtfertigt.

Die Zu-/Abschläge können kumulativ verwendet werden (z. B. bei Aufnahme bei unter 3-jährigen Kindern in einer Gruppe mit verlängerter Öffnungszeit).

Basis für die Zu- und Abschläge sowie für deren Höhe ist, dass ein jeweils erhöhter bzw. reduzierter Aufwand vorhanden ist.

Für sonstige Angebotsformen (insbesondere Ganztagesbetreuung) erfolgt weiterhin keine landesweite Empfehlung zur Höhe der Elternbeiträge.

Die Berechnung der Elternbeiträge im Land Baden-Württemberg erfolgt einheitlich nach der sog. familienbezogenen Sozialstaffelung, bei der alle im selben Haushalt lebenden Kinder bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres berücksichtigt werden. Pflegekinder werden nur bei Vollzeitpflege, nicht jedoch bei Tages- oder Wochenpflege eingerechnet.

- Hinsichtlich der einkommensabhängigen Gestaltung der Elternbeiträge verweisen wir auf unser Rundschreiben D 771/1995 vom 16.08.1995.
- Wie bislang sind die vorgenannten gemeinsam von den Kirchen, den kirchlichen Verbänden und den Kommunalen Landesverbänden empfohlenen Beiträge für die Kommunen als Kindertagsträger nicht bindend; es steht jeder Stadt frei, örtlich andere oder auch einkommensab-

hängig gestaffelte Elternbeiträge festzulegen. Wir empfehlen, auch in diesen Fällen eine einheitliche Festsetzung im Stadtgebiet anzustreben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Stefan Gläser
Oberbürgermeister a. D.

Monatliche Entgelte (11 Monate im Jahr - Monat August entgeltfrei) für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen der Stadt Heilbronn ab 01.03.2010

Die Betreuungszeit und damit das Entgelt richtet sich nach dem Betreuungsangebot der jeweiligen Tageseinrichtung.

Krippe-/altersgemischte-Gruppe		Zahl der Kinder in der Familie unter 18 Jahren:		
Betreuungszeit	Einkommensgruppe	1 Kind	2 Kinder	3 u. mehr Kinder
6 Stunden	1	95 €	72 €	48 €
	2	184 €	140 €	94 €
	3	217 €	165 €	110 €

Krippe-/altersgemischte-Gruppe		Zahl der Kinder in der Familie unter 18 Jahren:		
Betreuungszeit	Einkommensgruppe	1 Kind	2 Kinder	3 u. mehr Kinder
7 Stunden	1	108 €	82 €	55 €
	2	209 €	159 €	107 €
	3	247 €	188 €	125 €

Krippe-/altersgemischte-Gruppe		Zahl der Kinder in der Familie unter 18 Jahren:		
Betreuungszeit	Einkommensgruppe	1 Kind	2 Kinder	3 u. mehr Kinder
8 Stunden	1	121 €	92 €	62 €
	2	234 €	178 €	120 €
	3	277 €	211 €	140 €

Krippe-/altersgemischte-Gruppe		Zahl der Kinder in der Familie unter 18 Jahren:		
Betreuungszeit	Einkommensgruppe	1 Kind	2 Kinder	3 u. mehr Kinder
9 Stunden	1	134 €	102 €	69 €
	2	259 €	197 €	133 €
	3	307 €	234 €	155 €

Krippe-/altersgemischte-Gruppe		Zahl der Kinder in der Familie unter 18 Jahren:		
Betreuungszeit	Einkommensgruppe	1 Kind	2 Kinder	3 u. mehr Kinder
10 Stunden	1	147 €	112 €	76 €
	2	284 €	216 €	146 €
	3	337 €	257 €	170 €

In den oben genannten Betreuungsentgelten sind keine Essenskostenanteile enthalten.

Grundsätzlich gilt das Betreuungsentgelt der Einkommensgruppe 3.

Die Eingruppierung in die Einkommensgruppen 1 und 2 erfolgt auf Antrag und gegen entsprechende Nachweise.

Einkommensgruppe 1	unter 1.800 Euro
Einkommensgruppe 2	1.800 - 2.300 Euro
Einkommensgruppe 3	über 2.300 Euro

Die Einkommensberechnung erfolgt analog zum früheren Bundeserziehungsgeld.
(siehe Rückseite)

Pressemitteilung

16. Januar 2006

„Keine ungedeckten Schecks an Länder und Kommunen geben“ Städtetag: Wer Gebührenfreiheit für Kindergärten will, muss auch die Finanzierung dafür sichern

Eine generelle Gebührenbefreiung für Kindergärten kann nach Auffassung des Deutschen Städtetages nur in Betracht kommen, wenn die Finanzierung dafür sichergestellt wird. **„Die Idee der Gebührenfreiheit für Kindergärten hat natürlich Charme. Wer dies aber Eltern in Aussicht stellt, muss auch die Finanzierung dafür sichern“**, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, heute zu der von der Bundesfamilienministerin angestoßenen Debatte. Immerhin belaufe sich das Gebührenaufkommen bundesweit auf rund zwei Milliarden Euro.

„Der Vorschlag steht außerdem in direktem Gegensatz zu den Plänen des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Dort soll die Förderung des Landes für Kindergärten drastisch gekürzt werden, und die Kommunen sollen die fehlenden Mittel durch höhere Elternbeiträge hereinholen. Beide Lösungswege aus Berlin und Düsseldorf reichen einen ungedeckten Scheck an Länder beziehungsweise Kommunen weiter und können so nicht funktionieren“, so Articus.

Die Elternbeiträge seien bereits sozial gestaffelt sind, damit Familien mit niedrigen Einkommen wenig oder gar nicht belastet werden. Mit den Elternbeiträgen würden durchschnittlich 20 Prozent der Kosten gedeckt.

„Bevor neue kostenträchtige Pläne verfolgt werden, muss der weitere Ausbau der Kinderbetreuung für unter-Dreijährige Vorrang haben und die Finanzierung dafür voll gesichert werden“, sagte Articus.

- 2 -

Die von CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag angestrebte bundesweite Gebührenbefreiung für das letzte Kindergartenjahr müsse ebenfalls unter den Vorbehalt einer vollständigen und dauerhaften finanziellen Kompensation der Einnahmeausfälle für die Kommunen gestellt werden, so der Städtetags-Hauptgeschäftsführer. In den Bundesländern, in denen Gebührenbefreiung bereits realisiert wurde, hätten die Länder im übrigen Regelungen für den Einnahmeausfall der Kommunen getroffen.

Städtetag Baden-Württemberg • Postfach 10 43 61 • 70038 Stuttgart	
	Geschäftsführendes
	Vorstandsmitglied

Mitgliedsstädte

20.01.2006 - Az: 461.32 – R 10058/2006 - ch/k - Bearbeiterin: Agnes Christner

Telefon: (07 11) 2 29 21- 30 - Mailadresse: agnes.christner@staedtetag-bw.de

Forderung nach einer Abschaffung der Elternbeiträge - finanzielle Konsequenzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Hinblick auf den erforderlichen quantitativen und qualitativen Aus- und Umbau der Kinderbetreuungsangebote hat sich der Städtetag Baden-Württemberg bislang gegen die Forderung nach einem kostenlosen Besuch von Kindertageseinrichtungen ausgesprochen.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat Länder und Gemeinden nun zu einer Absenkung bzw. einem Verzicht auf Kostenbeiträge der Eltern aufgefordert, „Mut zu neuen Prioritäten. Senkt die Kita-Gebühren – oder noch besser: schafft sie ganz ab“.

Der Deutsche Städtetag hat in der beigelegten Pressemitteilung deutlich gemacht, dass eine generelle Gebührenbefreiung für Kindergärten nur in Betracht kommen kann, wenn die Finanzierung dafür sichergestellt wird. Zudem muss nach Auffassung des Deutschen Städtetages der weitere Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-Jährige Vorrang haben und die Finanzierung dafür voll gesichert werden, bevor neue kostenträchtige Pläne verfolgt werden.

In den baden-württembergischen Kindertageseinrichtungen decken die Elternbeiträge in der Regel zwischen 10 und 20 % der Kosten. Zur Abschätzung der finanziellen Konsequenzen für die baden-württembergischen Städte bei einem Verzicht auf eine Elternbeteiligung bitten wir die Städte, uns den beigelegten Fragebogen möglichst bis 06.02 2006 zurückzusenden.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Gläser
Oberbürgermeister a.D.

Anlage

..... Stadt Datum
..... Ansprechpartner Telefon
Städtetag Baden-Württemberg Dezernat III Postfach 10 43 62 70038 Stuttgart	Fax: 0711/22921-27 oder -42 Email: dagmar.kurz@staedtetag-bw.de

Konsequenzen bei einem Verzicht auf Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen und sonstigen

Betreuungsangeboten

1. Einnahmeausfälle in kommunalen Kindertageseinrichtungen

Kindergärten

bei einer vollständigen Abschaffung EUR

bei einem Verzicht nur im letzten KindergartenjahrEUR

Kinderkrippen

bei einer vollständigen Abschaffung EUR

Horte

bei einer vollständigen Abschaffung EUR

2. Einnahmeausfälle in kirchlichen Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen Sonstiger

(ggf. geschätzt):

Kindergärten

bei einer vollständigen Abschaffung EUR

bei einem Verzicht nur im letzten KindergartenjahrEUR

Kinderkrippen

bei einer vollständigen Abschaffung EUR

Horte

bei einer vollständigen Abschaffung EUR

3. Einnahmeausfälle bei den Betreuungsangeboten für Schulkinder

(Verlässliche Grundschule, flexible Nachmittagsbetreuung, Hort an der Schule)

.....EUR

.....
Unterschrift

CHANCEN
ERGREIFEN.

WOHLSTAND
SICHERN.

DER BADEN-WÜRTTEMBERG-WEG IM NEUEN JAHRZEHNT
REGIERUNGSPROGRAMM DER CDU BADEN-WÜRTTEMBERG



CDU

Gemeinsam für Baden-Württemberg.

VORWORT 8

I. CHANCENREICH AUFWACHSEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG..... 12

Das Kinderland Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell	12
Lebensentwürfe respektieren – Bedarfsgerechte Betreuung garantieren	12
Wir setzen auf die Eltern – wir ersetzen sie nicht: Elternbildung im Kinderland	12
Angebote für Betreuung und Bildung stark ausgebaut	12
Qualität und Quantität beim Ausbau der Kinderbetreuung	13
Kindern materielle Sicherheit bieten	13
Integration braucht Sprache – Jedes Kind spricht deutsch	13
Mittelfristig kostenfreies und verpflichtendes Kindergartenjahr	14
Singen – bewegen – sprechen: Möglichst für alle Kinder	14
Engagiert erzogene Kinder – Engagierte Frauen im Beruf	14
Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht Wirtschaft und Politik	14
Mehrkindfamilien und Alleinerziehende wollen wir unterstützen	15
Hinschauen statt wegschauen: Kinderschutz	15
Eltern brauchen alltagstaugliche Unterstützung	15
Vernachlässigung von Kindern muss Folgen haben	15
Subsidiarität auch in der Kinderbetreuung	16
Eltern bei unerfülltem Kinderwunsch unterstützen	16
Schutz des ungeborenen Lebens	16
Keine Zeugung auf Probe – Verbot der PID	16

II. CHANCENREICH LERNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG..... 20

Chancenreich lernen in Baden-Württemberg	20
Beste Bildung für jedes Kind	20
Kein Abschluss ohne Anschluss	21
Erfolgreich lernen zwischen drei und zehn	21
An den Bildungschancen unserer Kinder wird nicht gespart	22
Guter Unterricht an allen Schulen	22
Verlässliche Unterrichtsversorgung	22
Wir lassen die Schule im Dorf	22
Ganztagsangebote weiter ausbauen: Jeder kann, keiner muss	23
Fokus Realschule	23
Für eine Kultur der Unterstützung	24
Motivierte Lehrer für gute Bildung	24
Inklusive Bildungsangebote ausbauen	24
Schulen in freier Trägerschaft fördern	24
Bildungsangebote außerhalb der Schule anbieten	25

III. CHANCENREICH FORSCHEN UND STUDIEREN 28

Chancenreich forschen und studieren	28
---	----

Wissensvorsprung des Landes weiterentwickeln	28
Exzellente Hochschulen	28
Erfolgreich studieren	29
Damit Ideen zu Produkten werden	30
Starke Partner in der Forschung	31

IV. CHANCENREICH ARBEITEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG..... 34

Unser Ziel: Arbeit für alle	34
Unser Arbeitsmarkt bietet vielfältige Chancen	34
Wir haben die Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt	34
Arbeitslose wirkungsvoll unterstützen	35
Gleiche Chancen für Frauen und Männer	35
Ältere Arbeitnehmer fördern	35
Mitarbeiterbeteiligung als gelebte Sozialpartnerschaft	35
Musterland für faire Arbeit	36
Unser Erfolgsmodell: Die duale Ausbildung	36
Bündnis für Ausbildung fortsetzen	36
Weiterbildung stärken	37
Faire Steuern – damit sich Leistung lohnt	37

V. CHANCENREICH WIRTSCHAFTEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG 40

Baden-Württemberg nutzt die Chancen des Wandels	40
Neue Wachstumsfelder erschließen	40
Nachhaltige Mobilität: Wachstum mit neuem Antrieb	40
Umwelttechnik: Sauberes Wachstum schaffen	40
BIP durch Bits: Wachstum durch Software und Medien	41
Wachstumsbereich Gesundheitswirtschaft	41
Tourismus: Wachstum durch Gastfreundschaft	41
Ein neuer Gründergeist für unser Land	42
Der Mittelstand ist und bleibt das Kernstück unserer Wirtschaft	42
Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstands	42
Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands stärken	42
Innovationsfähigkeit des Mittelstands verbessern	43
Neues Wachstum braucht frisches Geld	43
Qualifizierte Fachkräfte für chancenreiches Wirtschaften	43
Gesteuerte Zuwanderung als Chance begreifen	44

VI. CHANCEN NACH DEM ARBEITSLEBEN 48

Den demographischen Wandel als Chance begreifen	48
Eine Chance für unsere Gesellschaft – das Potential älterer Menschen nutzen	48
Weiterbildung auch im Alter	48
Würde im Alter bewahren	48

Das Kinderland Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell.

Kinder stehen für alle Zukunftschancen einer Gesellschaft. Für die CDU Baden-Württemberg gibt es nichts Wertvolleres als Kinder. Deshalb haben wir vor fünf Jahren mit dem Projekt Kinderland Baden-Württemberg einen ganzheitlichen Ansatz gewählt. Es geht um eine Politik, in deren Mittelpunkt Kinder und Jugendliche stehen – mit all ihren besonderen Bedürfnissen und Möglichkeiten. Auf diesem Weg des Kinderlandes Baden-Württemberg haben wir viel erreicht: Wir haben seit dem Jahr 2003 die Mittel für die Kleinkindbetreuung mehr als verzehnfacht. Baden-Württemberg ist beim Ausbau der Kleinkindbetreuung bundesweit mit an vorderster Stelle.

Lebensentwürfe respektieren – Bedarfsgerechte Betreuung garantieren.

In den ersten sechs Lebensjahren des Kindes werden wesentliche Grundlagen für den späteren Lebensweg gelegt. Sowohl die Erziehung in der Familie als auch in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, durch Tagesmütter oder durch Tagesväter prägen die kindliche Entwicklung. So vielfältig wie die Lebensentwürfe der Familien in Baden-Württemberg sind, so individuell fallen die Entscheidungen für die beste Betreuungsform aus. Für die CDU Baden-Württemberg hat die Wahlfreiheit der Eltern bei der Frage der Betreuung ihrer Kinder oberste Priorität. Wir unterstützen die, die ihre Kinder selbst betreuen und erziehen möchten, genauso wie diejenigen, die private und öffentliche Betreuungsangebote nutzen.

Wir setzen auf die Eltern – wir ersetzen sie nicht: Elternbildung im Kinderland.

Wir stehen zur Verantwortung der Eltern, denn die Erziehung eines Kindes lässt sich nicht abgeben. Wo Eltern Unterstützung wünschen oder Bedarf deutlich wird, sollen unsere Angebote helfen. Gerade unser Programm „Stärke“ zur Förderung von Alltags-, Erziehungs- und Elternkompetenz hat sich als Angebot an die Eltern bewährt. Wir werden es weiterentwickeln und den Eltern in Baden-Württemberg dauerhaft anbieten. Dazu wird das Programm „Stärke“ auf werdende Eltern, Eltern größerer Kinder sowie minderjährige und in Ausbildung befindliche Eltern ausgedehnt. So können wir den Eltern gezielten Rat und Hilfe in schwierigen Situationen anbieten. Darüber hinaus unterstützen wir die geplante Einführung des Betreuungsgeldes auf Bundesebene.

Angebote für Betreuung und Bildung stark ausgebaut.

Die CDU Baden-Württemberg steht zum festgelegten Ausbauziel bei der Kleinkinderbetreuung mit einer Versorgungsquote von 34 Prozent. An der Umsetzung dieser ehrgeizigen Vorgabe arbeiten wir hart, um bis zum Jahr 2013 das Ziel zu erreichen. Dabei hat sich gerade der stufenweise Ausbau der Kleinkinderbetreuung in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden bewährt. Die CDU Baden-Württemberg wird auch in der kommenden Legislaturperiode den weiteren Ausbau der Kleinkinderbetreuung unterstützen.

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für ein- bis unter dreijährige Kinder ist eine weitere zentrale Herausforderung für unser Kinderland Baden-Württemberg. Wir brauchen diesen Ausbau, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Auch hier gilt: Wir wollen einen bedarfsorientierten Ausbau des Angebots. Starre Betreuungsquoten über das ganze Land hinweg helfen nicht weiter.

Qualität und Quantität beim Ausbau der Kinderbetreuung.

Genauso wichtig wie der Ausbau der Menge an Betreuungsplätzen ist die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuungsangebote. Gerade die zeitliche Flexibilität des Betreuungsangebots ist für die Eltern wichtig. Die Öffnungszeiten von Kindergärten und Kindertagesstätten müssen die Lebenswirklichkeit der Eltern widerspiegeln. Nur so garantieren wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Qualifizierung der Betreuerinnen und Betreuer ist eine entscheidende Voraussetzung für eine gute Erziehung unserer Kinder. Neben der bewährten Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher stehen wir zur Ausbildung von Fachkräften in Hochschulstudiengängen für frühkindliche Bildung. Auch die berufsbegleitende Weiterbildung der Fachkräfte im Erziehungsbereich wird die CDU Baden-Württemberg unterstützen.

Tagesmütter und -väter leisten einen wichtigen Beitrag zur Betreuung von Kindern in Baden-Württemberg. Die CDU setzt auch hier auf hohe Qualifikationsanforderungen: Alle Tagesväter und Tagesmütter müssen einen Grundqualifizierungskurs zur Betreuung und einen Erste-Hilfe-Kurs für Säuglinge absolvieren. Bei der Tagesbetreuung in Betrieben sehen wir noch große Potentiale.

Kindern materielle Sicherheit bieten.

Familien brauchen Sicherheit. Die hohe Lebensqualität und die guten wirtschaftlichen Bedingungen in Baden-Württemberg sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Kinder gut aufwachsen können. Die CDU unterstützt aber auch gezielt die Familien mit geringem Einkommen. Dafür ist unser Landeserziehungsgeld ein wichtiges Markenzeichen. Mit dem Landeserziehungsgeld fördern wir junge Eltern auch in Zukunft in der Zeit nach dem Bezug des Bundeselterngeldes wirksam. Kindererziehung ist in höchstem Maße ein Dienst an der Gesellschaft und muss sich auch bei den Rentenansprüchen der Eltern niederschlagen.

Weil Kinder die Geborgenheit eines Zuhauses brauchen, helfen wir Eltern auf dem Weg in die eigenen vier Wände. Mit dem Landeswohnbauförderungsprogramm werden Familien unterstützt, selbst genutztes Wohneigentum zu schaffen. Um Familien den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern, wollen wir ein Baukindergeld einführen. Die CDU setzt sich außerdem für kommunale Initiativen ein, die es Eltern mit Kindern durch geeignete Förderinstrumente erleichtern, Wohneigentum zu erwerben.

Integration braucht Sprache – Jedes Kind spricht deutsch.

Von entscheidender Bedeutung für alle Kinder ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Erst sie gewährleistet Chancengleichheit und macht Integration möglich. Die CDU setzt deshalb auf eine möglichst umfassende Sprachförderung bereits im Kindergarten.

Jedes Kind, das in Baden-Württemberg eingeschult wird, spricht deutsch.

Mittelfristig kostenfreies und verpflichtendes Kindergartenjahr.

In Weiterentwicklung des Orientierungsplans sowie des Projekts „Schulreifes Kind“ strebt die CDU Baden-Württemberg in der nächsten Legislaturperiode an, für Kinder ab fünf Jahren vor dem Eintritt in die vierjährige Grundschule ein kostenfreies, verpflichtendes Kindergartenjahr einzuführen. Angesiedelt in den Kindergärten können Erzieherinnen und Erzieher zusammen mit Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern einen behutsamen Übergang vom spielerischen Lernen des Kindergartens hin zur Wissensvermittlung in der Grundschule ermöglichen und begleiten. Dieses Kindergartenjahr trägt, auch vor dem Hintergrund der Sprachförderung, entscheidend zur Chancengleichheit von Kindern mit unterschiedlichen Voraussetzungen bei und fördert deren Schulfähigkeit. Das Land steht dabei zur Konnexität: Kosten, die den Kindergartenenträgern dadurch entstehen, werden vom Land ersetzt.

Singen – bewegen – sprechen: Möglichst für alle Kinder.

Die CDU Baden-Württemberg unterstützt die musikalische, motorische und sprachliche Entwicklung von Kindern. Wir wollen dazu beitragen, dass Kinder die Schulfähigkeit erlangen. Musische Grundbildung ist ein wirkungsvoller Beitrag, um soziale Unterschiede in unseren Schulklassen zu überwinden. Zusammen mit den Jugendmusikschulen und den Musikvereinen im Land werden wir deshalb das erfolgreiche Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ innerhalb der nächsten Legislaturperiode flächendeckend ausbauen. Möglichst jedes Kind in Baden-Württemberg soll ein Musikinstrument erlernen können.

Engagiert erzogene Kinder – Engagierte Frauen im Beruf.

Um unsere Innovationskraft zu erhalten, können wir auf die Talente von erwerbstätigen Frauen nicht verzichten. Wenn Frauen ihrem Beruf auch in der neuen Familiensituation weiter nachgehen wollen, brauchen sie unsere Unterstützung.

Wichtig ist, dass sich auch Arbeitgeber auf diese Bedürfnisse einstellen – von der gezielten Beratung bis zu passgenauen Kinderbetreuungsangeboten. Familienfreundliche Arbeitsformen wie zum Beispiel die Telearbeit müssen gerade Eltern in der Familiengründungsphase offen stehen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht Wirtschaft und Politik.

Die CDU Baden-Württemberg sorgt dafür, dass sich Kindergartenenträger, Kommunen und Wirtschaft künftig bei den Kinderbetreuungskonzeptionen in den Städten und Gemeinden eng abstimmen. Kinder- und familienorientierte Personalpolitik rechnet sich für alle Arbeitgeber. Mitarbeiter, die ihre Kinder gut versorgt wissen, sind motiviert und konzentriert. Kinder- und Familienfreundlichkeit bleibt eine fordernde Aufgabe für unsere ganze Gesellschaft. Sie ist auch ein harter Standortfaktor – genau wie leistungsfähige Verkehrswege.

Mehrkindfamilien und Alleinerziehende wollen wir unterstützen.

Besonders wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft sind Ehepartner, die sich dafür entscheiden, mehrere Kinder haben zu wollen. Diese Ehepartner verfügen über Qualifikationen und Kompetenzen, auf welche unser Land nicht verzichten kann. Diese Familien wollen wir unterstützen. Den Alleinerziehenden helfen wir mit unseren Weichenstellungen, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können.

Hinschauen statt wegschauen: Kinderschutz.

Der Schutz unserer Kinder vor Gewalt und Missbrauch steht für uns in der CDU über allem. Kinder sollen in unserem Land gesund und behütet aufwachsen. Wirksamer Kinderschutz braucht Wachsamkeit: Es darf nicht passieren, dass ein Kind deshalb zu Schaden kommt, weil die Wege zwischen Verantwortlichen zu lang sind oder weil Bürokratie die Zusammenarbeit der Einrichtungen behindert. Es gilt: Hinhören statt weghören! Hinschauen statt wegschauen! Insbesondere im privaten und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen muss dem Kinderschutz Vorrang gegenüber kommerziellen Interessen eingeräumt werden. Dies gilt insbesondere für das Programm an hohen kirchlichen Feiertagen, wie Weihnachten, Karfreitag und Ostern.

Eltern brauchen alltagstaugliche Unterstützung.

Millionen Mütter und Väter nehmen ihre Elternverantwortung vorbildlich wahr. Doch manche Eltern sind überfordert, ihren Kindern die liebevolle Zuwendung und Unterstützung zu geben, die sie brauchen. Dadurch kann es zu Abschottung, Vernachlässigung und Gewalt kommen. In solchen Situationen brauchen Familien wirksame und praktische Unterstützung. Eltern müssen deshalb frühzeitig unterstützt und in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Deshalb will die CDU Baden-Württemberg das bewährte Kinderschutzkonzept Baden-Württemberg fortführen und weiter entwickeln. Das Konzept beruht auf den vier Säulen Früherkennung und Prävention, Ausbau der frühen Hilfen, gezielte Qualifizierung der Fachkräfte und Vernetzung der Akteure im Kinderschutz.

Die für alle Kinder verpflichtenden Früherkennungsuntersuchungen im Rahmen des Kinderschutzgesetzes Baden-Württemberg sind wirkungsvoll. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, Früherkennungsuntersuchungen so zu gestalten, dass Kindesvernachlässigungen und Kindesmisshandlungen zuverlässig erkannt werden.

Vernachlässigung von Kindern muss Folgen haben.

Die Folgen der Vernachlässigung von Kindern sind gravierend. Kommen Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nach, weil sie selbst für einfachste Dinge keine Sorge tragen, muss dies abgestufte Konsequenzen haben. Denkbar ist, staatliche Unterstützungsleistungen für die Kinder, die regelmäßig den Eltern gewährt wird, den Kindern direkt über den Schulträger zukommen zu lassen. Die CDU spricht sich dafür aus, dass das Familiengericht die Möglichkeit erhält, verpflichtende Elternkurse anzuordnen.

VORN BLEIBEN.

Erfolgsmodell Baden-Württemberg

Regierungsprogramm
2011 – 2016

Motor:

FDP

Die Liberalen

INHALT

Politik für den Mittelstand	5
Für eine Kultur der Selbständigkeit	8
Standortentwicklung: Leistung sichtbar machen	9
Die Zukunft der Städtebauförderung	11
Wir fördern Wohnraum für Familien	12
Wir schützen und erhalten Denkmale	13
Bürokratische Belastungen abbauen	14
Fachkräfte gewinnen und halten	16
Strukturwandel erfolgreich gestalten	18
Innovationsland und Technologiestandort Baden-Württemberg	19
Individuelle Mobilität der Zukunft	21
Vergleichbare Lebensverhältnisse im ganzen Land	22
Tourismus – ein bedeutender Wirtschaftsfaktor	23
Public Private Partnership (PPP)	25
Berufliche Bildung: Qualität und Qualifikation	26
Prinzipien liberaler Bildungspolitik	29
Staatliche Schulen weiterentwickeln	30
Für Schulen in freier Trägerschaft	33
Frühe Bildung	34
Weiterführende Bildung	37
Berufliche Schulen: Kein Abschluss ohne Anschluss	39
Die Zukunft der Hochschulen	42
Lebenslanges Lernen – Weiterbildung	47
Kunst und Kultur	50
Sport	52
Liberaler Sozialpolitik	54
Eine Politik für Familien und Kinder	56
Für Menschen mit Behinderungen	58
Bessere Bedingungen für die Pflege	60
Das Gesundheitswesen reformieren	62
Bessere ärztliche Versorgung im ländlichen Raum	64
Demografischer Wandel als Chance	65
Für einen freiheitlichen Rechtsstaat	67
Für eine leistungsfähige Justiz	70
Für die Sicherheit der Menschen	73
Integration gemeinsam schaffen	76
Für eine liberale Netzpolitik	80
Gleichstellung voran bringen	83
Demokratische Rechte stärken	85
Ländlicher Raum und Landwirtschaft	87
Verbraucherschutz	92
Der Mensch im Mittelpunkt	95
Umweltstandards und Klimaschutz	97
Umweltforschung und Umweltbildung	98
Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor	100
Naturschutz und Raumordnung	101

Lärmschutz – Lebensqualität erhalten	103
Für eine zukunftssichere Energiepolitik	104
Wettbewerb sichert Mobilität	107
Die Zukunft des Straßenverkehrs	109
Die Zukunft des Schienenverkehrs	111
Die Zukunft des Luftverkehrs	113
Weiterentwicklung des ÖPNV	114
Güterverkehr	115
Umweltgerechte und nachhaltige Mobilität	116
Den Haushalt konsolidieren – Generationengerechtigkeit erreichen	118
Graswurzeldemokratie – den Staat von unten aufbauen	121
Der Idee des Wettbewerbsföderalismus neuen Schwung verleihen	124
Baden-Württemberg in Europa	126
Entwicklungszusammenarbeit	129
Index	131

FRÜHE BILDUNG

Unsere Grundsätze

Bildung beginnt nicht erst mit dem ersten Schultag, sondern mit dem ersten Lebenstag. Von diesem Zeitpunkt an erkunden Kinder die Welt, in die sie hineinwachsen sollen. Kinder sind besonders wissbegierig und lernfähig, ihre Erfahrungen der ersten Lebensjahre prägen sie in entscheidender Weise und sind von großer Bedeutung für die Ausbildung der neuronalen Strukturen im Gehirn. Die frühkindliche Bildung und Förderung spielt deshalb eine Schlüsselrolle nicht nur für die Entwicklung des Kindes, sondern auch für die gesamte Bildungsbiographie des Menschen.

Kindertagesbetreuung

Aus diesem Grund tritt die FDP dafür ein, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vor allem als Bildungseinrichtungen zu begreifen. Mit dem Orientierungsplan für die Kindergärten ist eine von allen Seiten anerkannte Anleitung für eine kindgerechte Pädagogik vorgelegt worden. Damit einher geht auch die zielgerichtete Beobachtung und Dokumentation der Entwicklungsschritte eines jeden Kindes.

Nach zahlreichen neueren Forschungen nimmt die Musik in einer gelingenden frühkindlichen Bildung einen wichtigen Platz ein, vor allem da sie sowohl kognitive Strukturen im Gehirn als auch soziale Kompetenzen in besonderer Weise ausprägen hilft. Wir Liberalen haben uns für das erfolgreiche Modellprojekt „Singen – Bewegen – Sprechen“ eingesetzt. Jede Woche wird eine pädagogische Fachkraft in den Kindergartengruppen musikalische Impulse setzen, die in den weiteren Kindergartenalltag integriert werden. Darauf wird in der Grundschule aufgebaut und das Angebot entsprechend den altersmäßigen Voraussetzungen der Kinder inhaltlich erweitert.

Pädagogische Assistenten

Die bislang an Hauptschulen eingesetzten Pädagogische Assistenten – ausgebildete Erzieherinnen/Erzieher, Sozialpädagoginnen/-pädagogen oder Personen mit sonstiger fachlicher Vorbildung, die Lehrern zugeteilt sind und sie bei ihrer Unterrichtstätigkeit entlasten – haben sich nach unserer Auffassung gut bewährt. Die Pädagogischen Assistenten werden deshalb künftig auch an Grundschulen tätig sein. Einsatzort sind Grundschulen mit hohem Migrantenanteil bzw. mit existierenden Sprachförderklassen oder –kursen.

Grundschullehramt

Ein eigenständiger Studiengang für das Grundschullehramt, der acht Semester umfasst, erscheint uns im Hinblick auf die hohen Anforderungen geboten, denen sich gerade auch die Grundschullehrkräfte in fachlicher wie in pädagogischer Hinsicht gegenüber sehen. Entsprechend wird zukünftig die diagnostische Kompetenz ein wichtiger Bestandteil ihrer Ausbildung sein. Gleichzeitig haben die angehenden Lehrerinnen und Lehrer bei der Fächerwahl möglichst große Freiheit und können somit Schwerpunkte setzen.

Unsere Ziele 2011 - 2016

Zukünftig werden wir :

<ul style="list-style-type: none"> • die sprachlichen Fähigkeiten eines jedes Kindes noch vor dem vierten Geburtstag erheben und die bereits eingeführte Sprachstandserhebung im Rahmen der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung unter Einbeziehung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Grundschullehrerinnen und -lehrern weiterentwickeln. 	
<ul style="list-style-type: none"> • im Bedarfsfall unmittelbar anschließende, passgenaue Sprachförderangebote bereit halten und Begabungen frühzeitig erkennen und fördern. 	<i>Sprachförderangebote</i>
<ul style="list-style-type: none"> • dafür Sorge tragen, dass der Orientierungsplan für den Kindergarten flächendeckend umgesetzt wird, die dafür notwendige Personalausstattung sichergestellt ist und der Plan für verbindlich erklärt werden kann. 	<i>Orientierungsplan</i>
<ul style="list-style-type: none"> • die vorgezogene Einschulungsuntersuchung und Sprachstandserhebung als individuelle Entwicklungs- und Bildungswegeberatung ausgestalten und auf ihrer Grundlage die Sprachförderung, die Förderung im Rahmen des Orientierungsplans und die Förderung von Kindern mit besonderem Bedarf (bislang Modellprojekt „Schulreifes Kind“) sinnvoll miteinander zu einem Förderangebot aus einem Guss verzahnen. 	<i>Sprachstandserhebung</i>
<ul style="list-style-type: none"> • die Eltern im Sinne einer gemeinsamen frühen Bildungsverantwortung in die Fördermaßnahmen für ihre Kinder aktiv einbeziehen. 	<i>Eltern</i>
<ul style="list-style-type: none"> • Kooperationen zwischen den Einrichtungen mit dem Ziel eines flexibleren und besser abgestimmten Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule fördern. 	
<ul style="list-style-type: none"> • das erfolgreiche Modellprojekt „Bildungshaus 3 bis 10“ überall dort ermöglichen, wo es vor Ort gewünscht wird. 	
<ul style="list-style-type: none"> • gemeinsam mit den kommunalen und freien Trägern vorschulischer Einrichtungen ein Modell mit Gutscheinen entwickeln, die die Eltern für ihre Kinder flexibel einlösen können und die die Finanzierung der frühkindlichen Bildung und Betreuung auf eine tragfähige Basis stellt. Ein solches Modell verbunden mit der Gewährleistung eines breiten, differenzierten und gehaltvollen Betreuungs- und Förderangebots erscheint uns zielführender als ein Kindergartenpflichtjahr. 	
<ul style="list-style-type: none"> • eine ausreichende Zahl an Ausbildungs- und Studienplätzen sowie Weiterqualifizierungsmöglichkeiten an den Fachschulen für Erzieherinnen und an den Pädagogischen Hochschulen zur Verfügung stellen, damit der Bedarf an qualifiziertem Personal für die frühkindliche Bildung und Betreuung gedeckt werden kann. Welche Qualifikation bei der Besetzung einer Stelle vorausgesetzt wird, soll die freie Entscheidung der Träger der jeweiligen Einrichtung bleiben. 	<i>Erzieherinnen</i>
<ul style="list-style-type: none"> • erreichen, dass der neu geschaffene eigenständige Studiengang „Lehramt an Grundschulen“ auch die Entwicklung der Kinder im 	<i>„Lehramt an Grundschulen“</i>

Fremdsprachenunterricht

Alter von ca. drei bis zehn Jahren in den Blick nimmt. Er soll das Erkennen individueller Stärken und Begabungen sowie der Schwächen und Defizite bei Kindern schulen. Er soll Möglichkeiten der individuellen Förderung an die Hand geben und eine pädagogisch wie fachlich gleichermaßen anspruchsvolle Lehrerbildung gewährleisten.

- die nur noch für die Grundschulen geltenden Schulbezirke abschaffen und den Eltern die freie Wahl der Grundschule für ihre Kinder überlassen.
- allen Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen des Landes eine Teilnahme am Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ ermöglichen.
- das erfolgreiche Programm "BeKi-Landesinitiative Bewusste Kinderernährung" fortsetzen.
- den in die Kritik geratenen Fremdsprachenunterricht an der Grundschule umfassend evaluieren, um anschließend eine Grundsatzentscheidung darüber zu treffen, ob sich der Fremdsprachenunterricht bewährt hat oder welche Maßnahmen zur Qualitätssteigerung getroffen werden müssen.
- grundsätzlich an der vierjährigen Grundschulzeit festhalten, aber, wenn sie vom Schulträger, den Lehrern und den Eltern gewollt werden, regionale Schulprojekte zulassen, die flexiblere Übergangszeitpunkte in weiterführende Schulen oder längere Grundschulzeiten für alle Schüler oder integrative Formen im weiterführenden Schulwesen vorsehen.



**Regierungsprogramm
der SPD Baden-Württemberg
2011–2016**



Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg 2011–2016

I. Ein neuer Anfang für Baden-Württemberg – Die Zeit des Wechsels ist gekommen	8
1. Unser Programm – Von den Menschen für die Menschen	8
2. Die Eckpunkte einer neuen Politik für Baden-Württemberg	9
II. Für ein kluges Baden-Württemberg – Beste Bildung für alle	14
1. Auf den Anfang kommt es an	14
2. Länger gemeinsam lernen	16
3. Schule zum sozialen Lernort machen	18
4. Berufliche Basisqualifikation für alle	22
5. Studiengebühren abschaffen – Hochschulen demokratisieren	24
6. Lebenslanges Lernen möglich machen	30
III. Für ein gerechtes Baden-Württemberg – Arbeit von der man gut leben kann	34
1. Guter Lohn für Gute Arbeit	35
2. Prekäre Beschäftigung zurückdrängen	36
3. Mitbestimmung stärken	37
4. Einen echten sozialen Arbeitsmarkt verwirklichen	38
5. Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung	38
IV. Für ein soziales Baden-Württemberg – Solidarität statt Spaltung	42
1. Gesundheit darf kein Luxus sein – Bürgerversicherung statt Kopfpauschale	42
2. Eine neue Politik für Familien	48
3. Gemeinsamkeit in Vielfalt	50
4. Gleichstellung verwirklichen	53
5. Erfahrung schafft Zukunft – Teilhabe älterer Menschen ermöglichen	55
6. Gleiche Chancen durch Inklusion	56
7. Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	57

V. Für ein dynamisches und nachhaltiges Baden-Württemberg – Ökologisches Wachstum und Innovation

	60
1. Neue Dynamik für Baden-Württemberg	61
2. Die Industrie bleibt das Herz unserer Wirtschaft	62
3. Mit erneuerbaren Energien Jobs schaffen – Atomkraftwerke abschalten	62
4. Neue Mobilität fördern	68
5. Schienenverkehr stärken, Radwege ausbauen, Straßen verbessern	69
6. Handwerk und Mittelstand stärken – Politik für die solidarische Mitte	73
7. Impulse für die Wirtschaft – Für eine neue Kultur der Selbstständigkeit	74
8. Bezahlbaren Wohnraum fördern, Stadtzentren stärken, Flächen schützen	76
9. Verbraucherschutz stärken	77
10. Den ländlichen Raum stärken	80
11. Für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik	80
12. Den Naturschutz stärken – biologische Vielfalt erhalten	82
13. Tourismus für die Menschen	83

VI. Für ein starkes Baden-Württemberg – Durch einen handlungsfähigen Staat zu mehr Gerechtigkeit

	86
1. Konsolidieren und Investieren	86
2. Steuergerechtigkeit verwirklichen	87
3. Steuerkriminalität bekämpfen	89
4. Mutig umschichten – in die Zukunft investieren	90
5. Unsere Kommunen stärken	92
6. Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamts	94
7. Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge	95
8. Länderfinanzausgleich neu gestalten	95

VII. Für ein sicheres Baden-Württemberg – Sicherheit und Freiheit schützen

	98
1. Sicherheit schaffen, Personalabbau stoppen	98
2. Sicherheit bleibt öffentliche Aufgabe	100
3. Die Lehren von Winnenden und Wendlingen	100
4. Feuerwehren unterstützen	100
5. Daten schützen, Menschen stärken	101
6. Sicher im Netz	102
7. Gemeinsam gegen Rechts	102

VIII. Für ein spannendes Baden-Württemberg – Weltoffen und kreativ in die Zukunft

	106
1. Wir sind der Motor für die Kulturkonzeption 2020	106
2. Weltoffen im Herzen Europas	107
3. Weltoffen heißt: Global denken, regional handeln	109
4. Sport als Teil unserer Alltagskultur stärken	110

IX. Für ein demokratisches Baden-Württemberg – Das modernste Land braucht die modernste Demokratie

	114
1. Im Dialog regieren	114
2. Mehr direkte Demokratie wagen	115
3. Stuttgart 21 – Die Menschen sollen entscheiden	117
4. Politik gemeinsam gestalten	118
5. Digitale Teilhabe und Selbstbestimmung sichern	119
6. Jugendschutz im Internet	120
7. Medienpolitik für die Demokratie	121
Aufruf: Ein neuer Politikstil für Baden-Württemberg	122

II. Für ein kluges Baden-Württemberg – Beste Bildung für alle

Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung ist der Schlüssel zu einer freien, selbstverantworteten Lebensgestaltung, zur Sicherung der materiellen Existenz aus eigener Kraft und zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Aufstieg durch Bildung und Leistung – das ist unser Versprechen. Dieses Versprechen werden wir erneuern und halten, denn über die Chancen eines Kindes darf nicht der Geldbeutel der Eltern entscheiden. Das gilt auch für die kulturelle Bildung, die Schlüsselqualifikationen für ein selbstbestimmtes Leben vermittelt. Zu lange schon beginnt die soziale Spaltung in unserem Land bereits im Kindesalter. Diese wollen wir überwinden und das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule verwirklichen.

Die durch den Geburtenrückgang frei werdenden Mittel und Ressourcen verbleiben im Bildungssystem und werden bei der Verbesserung der Bildung eingesetzt.

1. Auf den Anfang kommt es an

Bildung entscheidet immer stärker über Lebens- und Berufschancen. Deswegen müssen alle die gleichen Chancen haben, an Bildung teilzuhaben – von Anfang an und unabhängig von der sozialen Herkunft. Daher werden wir die Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr unterstützen und die Betreuungs- und Bildungsangebote für Null- bis Dreijährige bedarfsgerecht ausbauen. Dabei werden wir die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, bezahlt) unterstützen. Wir werden Schritt für Schritt bis 2016 die beitragsfreien Kindergärten einführen. Wir fordern eine komplett kostenlose Betreuung in der Krippe und im Kindergarten, bei gleichzeitiger Kindergartenpflicht

von der Vollendung des dritten Lebensjahres bis zum Schuleintritt. Dies zu gewährleisten ist Aufgabe des Landes, das den Kommunen die entstehenden Einnahmeausfälle gänzlich erstatten muss.

Wir werden den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen verbindlich machen. Bislang hängt die Qualität der Bildung im Kindergarten weiterhin davon ab, was sich Träger und Eltern leisten können. Damit ist immer noch nicht sichergestellt, dass alle Kinder im Land dieselbe Chance auf einen guten Einstieg in das Bildungssystem haben. Wir werden deshalb eine breit angelegte Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen starten und auch die Sprachförderung von Beginn an verwirklichen. In den Einrichtungen muss dabei ein Spagat zwischen optimaler Förderung und maximalem Freiraum für die kindliche Entwicklung, zwischen Qualitätsentwicklung und der Zeit der Erzieherinnen und Erzieher für das einzelne Kind geleistet werden. Dazu kommt die Einbeziehung der Eltern in die Erziehungspartnerschaft sowie zumindest die Vermittlung von Erziehungsberatung, Eltern- und Familienbildung. Die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten verdienen für die Bewältigung dieser Vielfalt an wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben unsere höchste Anerkennung. Deshalb werden wir die Erzieherinnen und Erzieher hinsichtlich ihrer Entlohnung besser eingruppieren. Weitergehend werden wir den Anteil an männlichen Erziehern erhöhen. Das Ziel ist, die Personalausstattung mit Fachkräften zu verbessern und diese höher zu qualifizieren. In einem Stufenplan soll die Fachkraft-Kind-Relation bei den Drei- bis Sechsjährigen auf einen Mindeststandard von 1:12 angehoben werden. Auch dabei werden wir die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip unterstützen.

Die flexible Betreuung von Kindern wird für Eltern immer wichtiger. Wir unterstützen die Forderung, das Timesharing-Modell, in dem sich mehrere Kinder einen Betreuungsplatz teilen, vermehrt in Baden-

Württemberg anzuwenden. Um zusätzliche Belastungen der Erzieherinnen und Erzieher zu vermeiden, müssen flexible Betreuungsangebote mit organisatorischer und ggf. personeller Unterstützung der Fachkräfte in den Einrichtungen einhergehen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu Lasten der Erzieherinnen und Erzieher lehnen wir ab.

Nur wer kinder- und familienpolitische Infrastruktur ganzheitlich versteht, kann Kinder und Familien erfolgreich fördern und beraten. Wir werden die Hochschulen im Land für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern öffnen. So werden wir die Kindertagesstätten schrittweise zu pädagogischen Zentren für frühkindliche Förderung und Beratung, Eltern- und Familienbildung weiterentwickeln.

Wir wollen eine stärkere Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule. Der Übergang soll für die Kinder fließender gestaltet werden. Somit entsteht die Möglichkeit, pädagogische Konzepte langfristig anzusetzen und Kinder durch Bildungspläne individuell zu fördern. Für uns ist es selbstverständlich, dass auch Kinder mit Beeinträchtigung an frühkindlicher Betreuung teilhaben. Inklusive Kinderbetreuungseinrichtungen müssen daher zur Regel werden und dürfen nicht Ausnahme sein.

2. Länger gemeinsam lernen

Der Zusammenhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit ist lange bekannt und durch internationale Studien bestätigt. Wir stehen für eine Politik, die fördert und integriert und allen Kindern und Jugendlichen bessere Bildungschancen bietet.

Es ist mittlerweile internationaler Konsens: Je länger Kinder in einer Klasse gemeinsam lernen, desto mehr nutzt das allen, den Leistungsschwächeren wie den -stärkeren.

Wir werden die 10-jährige Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg schrittweise einführen. Dort werden alle Schülerinnen und Schüler bis Klasse 10 gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert. Daran schließt sich eine gymnasiale Oberstufe an, die zum Abitur führt.

Den Weg zur 10-jährigen Schule wollen wir gemeinsam gehen, im Dialog mit allen Beteiligten vor Ort, denn wir haben den Menschen im Land zugehört. Sie wissen genau, dass bessere Schulen vor allem durch mehr Eigenständigkeit entstehen. Schulstrukturen sind kein Selbstzweck, sie haben eine der Entwicklung der Kinder dienende Funktion. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, innovative Schulkonzepte umzusetzen, die zur Situation vor Ort passen; beispielsweise in der Übergangszeit die Option, an Hauptschulstandorten auch den Realschulabschluss anzubieten. So wollen wir erreichen, dass bis 2016 an jeder Hauptschule auch der Realschulabschluss angeboten wird.

Wir sind uns mit den Menschen im Land einig: Die Grundschulempfehlung ist unzeitgemäß und soll abgeschafft werden. Die Eltern sollen nach ausführlicher pädagogischer Beratung selbst entscheiden dürfen, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen wird.

Das krampfhaftes Festhalten der Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem führt auch zum Aus für hunderte von Schulstandorten, insbesondere im ländlichen Raum. Diese Entwicklung wird durch die Umwandlung der Hauptschulen in mindestens zweizügige Werkrealschulen sogar noch beschleunigt. Das Ergebnis ist bitter: CDU und

DAS NEUE

PROGRAMM FÜR

BADEN-

WÜRTTEMBERG

JETZT!

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**





INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL

06–13

1 „GREEN NEW DEAL“ FÜR DIE ZUKUNFT BADEN-WÜRTTEMBERGS

14–54

Den Industriestandort Baden-Württemberg ökologisch umgestalten	18
Baden-Württemberg beim Klimaschutz zur europäischen Musterregion entwickeln	26
Am Atomausstieg festhalten und Neckarwestheim I und Philippsburg I abschalten	28
Erneuerbare Energien und Energieeffizienz stärken	31
Weltweit mehr Gerechtigkeit schaffen	39
Dienstleistungen und kreatives Unternehmertum fördern	42
Die Regionalwirtschaft stärken	46
Gute Arbeit und bessere Qualifizierung für Baden-Württemberg	47

2 ERHALTEN, WAS UNS ERHÄLT

55–92

Schluss mit der Ressourcenverschwendung	55
Gesundes Leben braucht eine gesunde Umwelt	60
Die Artenvielfalt bewahren	64
Auch Tiere haben Rechte	67
Die grüne Agrarwende	69
VerbraucherInnen mächtig machen	76
Grüner leben in Stadt und Land	79
Ab ins Grüne! Umweltverträgliches Reisen	80
Mobilität braucht neue Wege	82

3 BADEN-WÜRTTEMBERG BRAUCHT ALLE TALENTE – VON ANFANG AN **93–147**

Frühkindliche Bildung ab dem ersten Lebensjahr	94
Die neue Schule: Vielfalt, Gerechtigkeit und bessere Leistungen	98
Chancengerechtigkeit in der Bildung	107
„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ konsequent und zügig umsetzen	116
Berufliche Bildung stärken: Jugendliche für die Arbeitswelt fit machen	119
Baden-württembergische Hochschulen in Hochform	124
Hochschule, öffne dich!	126
„Bologna“ umsetzen – aber richtig!	130
Nachhaltige Hochschulen – nachhaltige Wissenschaft – nachhaltige Lehre	133
Hochschule und Studium verlässlich finanzieren	136
Konstruktives Miteinander durch Sport fördern	139
Kulturland Baden-Württemberg	140

4 SOLIDARISCHES BADEN-WÜRTTEMBERG **148–192**

Der Familienvielfalt in Baden-Württemberg gerecht werden	152
Mehr Chancen für das junge Baden-Württemberg	155
Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement	162
Gute Gesundheitsversorgung – auch in Zukunft	164
Die Menschen in ihrem Umfeld stärken	172
Geschlechterdemokratie für alle: Politik für Frauen und Männer	178
Vielfalt der Kulturen leben	184



5 BÜRGERRECHTE, DEMOKRATIE, JUSTIZ	193–217
Mehr direkte Demokratie wagen	193
Für ein buntes neues Baden-Württemberg	197
Bürgernahe Polizei	200
Strengere Waffenkontrollen	202
Den Rechtsextremismus bekämpfen	204
Stärkung der unabhängigen Justiz	205
Grüne Netzpolitik für eine demokratische digitale Zukunft	209
 6 STADT, LAND, BUND, EUROPA UND DAS LIEBE GELD	 218–234
Stadt, Land und Bund ziehen am selben Strang	218
Kluger Umgang mit dem lieben Geld	220
Mehr Verantwortung und Engagement in der öffentlichen Verwaltung	225
Das Wahlrecht reformieren	226
Starke Kommunen	227
Im Land und in den Kommunen Europa mitgestalten	233
 INDEX	 235–242



stoßen und Projekte auf den Weg gebracht, es fehlt aber ein schlüssiges Gesamtkonzept für die frühkindliche Bildung ab dem ersten Lebensjahr.

Kleinkindbetreuung und -bildung zügig ausbauen

Wir GRÜNEN setzen uns für die vollständige Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Betreuungs- und Bildungseinrichtung für Kinder unter drei Jahren (U3) ab 2013 ein. Dafür müssen in den nächsten Jahren erhebliche zusätzliche Mittel eingesetzt werden. Das Land soll sich dabei mit einer Drittelfinanzierung beteiligen. Wir treten dafür ein, dass das Landeserziehungsgeld schrittweise in die U3-Betreuungs- und Bildungseinrichtungen umgeschichtet wird. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2016 sollen die U3-Bildungs- und Betreuungsplätze weiter ausgebaut und die pädagogischen Rahmenbedingungen spürbar verbessert werden.

Vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus sozial benachteiligten Familien wollen wir für die Kleinkindbetreuung gewinnen, da sie von einer qualifizierten Förderung, insbesondere von Sprachförderung, in hohem Maße profitieren werden. Damit dies möglich wird, setzen wir uns dafür ein, dass das Solidaritätsprinzip auch hier greift. Das bedeutet, dass die Beiträge einkommensabhängig erhoben werden sollen.

Den Orientierungsplan verbindlich einführen

Die Ziele und Grundlagen der frühkindlichen Bildung und Erziehung in Baden-Württemberg sind im sogenannten Orientierungsplan festgelegt. Wir GRÜNEN fordern eine flächendeckende verbindliche Einführung und Weiterentwicklung des Orientierungsplans, um für alle Kitas einheitliche Standards und Rahmenbedingungen für das frühkindliche Lernen zu erreichen.



**DER WECHSEL
BEGINNT.**



Der Wechsel beginnt.

Koalitionsvertrag

zwischen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg

Baden-Württemberg 2011 - 2016

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	1
Erneuern und bewahren.....	1
Eine neue Politik für Baden-Württemberg.....	1
Den Wechsel verwirklichen	1
Ein neuer Politikstil für Baden-Württemberg.....	2
Bessere Bildung für alle.....	3
Frühkindliche Bildung – Chancen nutzen, Potenziale entfalten.....	3
Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern.....	3
Auf den Anfang kommt es an.....	4
Rechtsanspruch auf Betreuung der Kleinsten.....	4
Orientierungsplan verbindlich einführen und Qualität verbessern.....	4
Konsequente Sprachförderung von Anfang an.....	5
Bildungsaufbruch an den Schulen.....	5
Wege öffnen: Abschaffung der Grundschulempfehlung.....	6
Vor Ort und gemeinsam: Gemeinschaftsschulen ermöglichen.....	6
Die Ganztagschule als Lern- und Lebensort ausbauen.....	7
Gleichberechtigte Teilnahme aller: Inklusion umsetzen.....	7
Förderbedarf früh erkennen.....	8
Die Lernbedingungen verbessern.....	8
Unterrichtsausfall abbauen.....	9
Schulleitung und Lehrerberuf weiterentwickeln.....	9
Freie Schulen fair ausstatten.....	9
Religion und Ethik vermitteln Werte.....	10
Mehr kulturelle und sportliche Angebote.....	10
Bildungsziele Demokratie und nachhaltige Entwicklung	10
Berufliche Bildung und Ausbildung.....	10
Berufliche Schulen stärken.....	10
Ausbildung für alle.....	11
Wissenschaft in Höchstform.....	12
Leitideen für ein zukunftsfähiges Landeshochschulgesetz.....	12
Nachhaltige Wissenschaft.....	12
Alle Hochschulmitglieder beteiligen.....	12
Öffnung der Hochschulen.....	12
Gutes Klima für Forschung und Innovation.....	13
Exzellente Forschung.....	13
Eigenständige und handlungsfähige Universitätsklinika.....	13
Anwendungsorientierte Forschung.....	13
Leistungsfähige Informationsinfrastruktur und Open Access.....	14
Beste Bedingungen für Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs.....	14
Gleiche Chancen für doppelte Abiturjahrgänge.....	14
Den Hochschulzugang entbürokratisieren.....	14
Bologna zum Erfolg führen.....	14
Lehrerinnen und Lehrer besser auf die Schule vorbereiten.....	15
Verlässlichen Bildungsaufstieg sichern.....	15
Gute Arbeit an den Hochschulen.....	15
Finanzieren und Sanieren.....	16
Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.....	16
Hochschulen nachhaltig finanzieren.....	16
Substanz der Hochschulen und Unikliniken erhalten.....	16
Lebensbegleitendes Lernen und Weiterbildung.....	16
Ökologische und soziale Modernisierung bringt wirtschaftliche Dynamik.....	18

Wirtschaft und Technologie bringen das Land voran.....	18
Den Industrie- und Wirtschaftsstandort stärken – dynamische und nachhaltige Wachstumsfelder erschließen.....	18
Wirtschaftspolitik auf die Zukunftsfelder ausrichten.....	18
Nachhaltige Mobilitätskonzepte.....	19
Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz.....	19
Gesundheit.....	19
Informations- und Kommunikationstechnologien, Green IT, intelligente Produkte.....	20
Wirtschaftspolitik im Instrumentarium zeitgemäß fortentwickeln.....	20
Existenzgründungen forcieren.....	20
Mittelstand stärken.....	20
Förderangebote neu ausrichten.....	20
In Forschung und Entwicklung investieren.....	21
Transparente und moderne Außenwirtschaftsförderung.....	21
Wirtschaftspolitik besser organisieren.....	21
Wirtschaftsförderung im Land koordinieren.....	21
Kammern als Partner der Landespolitik.....	21
Regionale Wirtschaftskreisläufe verbinden.....	22
Baden-Württemberg zum Musterland Guter Arbeit machen.....	22
Mit dem Tariftreuegesetz Mittelstand und Beschäftigte schützen.....	22
Mit Mindestlöhnen für fairen Wettbewerb sorgen.....	22
Kein Lohndumping durch Leiharbeit - Gegen prekäre Beschäftigung.....	23
Gleiche Chancen für Frauen.....	23
Allianz für Fachkräfte – Fachkräftebedarf sichern.....	23
Sozialer Arbeitsmarkt – Perspektiven für Langzeitarbeitslose	24
Landesarbeitsmarktprogramm auflegen.....	24
Einen sozialen Arbeitsmarkt entwickeln.....	24
Unabhängige Arbeitslosenberatung ausbauen.....	25
Kommunale Kompetenz in der Arbeitsmarktpolitik stärken.....	25
Nachhaltige Mobilität in einem modernen Wirtschaftsstandort.....	25
Schieneninfrastruktur modernisieren.....	26
Öffentliche Verkehrsmittel ausbauen.....	26
Schienen-Personen-Nahverkehr verbessern.....	26
Den Öffentlichen Personennahverkehr attraktiver machen.....	27
Rad- und Fußgängerverkehr aufwerten.....	28
Straßeninfrastruktur erhalten und ausbauen.....	28
Verkehrssicherheitsprogramm für unser Land.....	29
Güter auf die Schiene bringen.....	29
Kommunale Verkehrskonzepte unterstützen.....	29
Flugverkehr: Es kommt doch auf die Länge an.....	30
Stuttgart 21.....	30
Tourismus nachhaltig entwickeln.....	31
Ökologische und soziale Modernisierung zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.....	33
Atomkraft – Nein danke.....	33
Die führende Energie- und Klimaschutzregion.....	34
Baden-Württembergs Energie – effizient und erneuerbar.....	34
Die Energiewende schaffen.....	35
Leuchtturmprojekt „Virtuelle Kraftwerke“.....	35
Stadtwerke als Partner gewinnen.....	35
Wettbewerb und Regulierung.....	35
Anpassung der Energieinfrastruktur und Bürgerbeteiligung.....	36
Klimaschutz im Wärmesektor voranbringen.....	36
Ressourcen schonen.....	36
Umwelt und Naturschutz – Erhalten, was uns erhält.....	36
Umweltschutz als Querschnittsaufgabe.....	37
Kreislaufwirtschaft entwickeln.....	37
Wasser: Lebensgrundlage, Lebensraum und Rohstoff.....	37

Flächenverbrauch reduzieren – Bodenschutz stärken.....	38
Umweltpolitik als Gesundheits- und Sozialpolitik.....	38
Naturschutz – die Artenvielfalt bewahren.....	38
Wirksamer Verbraucherschutz.....	39
Ländliche Räume brauchen und verdienen eine gute Zukunft.....	40
Land- und Forstwirtschaft im Einklang mit der Natur.....	40
Vielfalt fördern.....	41
Wald und Jagd naturnah gestalten.....	42
Konsequent beim Tierschutz.....	43
Für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft.....	44
Neuer Aufbruch in der Familienpolitik.....	44
Kinderrechte stärken.....	44
Kinderschutz verbessern.....	44
Kinderarmut bekämpfen und verhindern.....	45
Chancengleichheit von Frauen und Männern.....	45
Opfern von Gewalt helfen.....	45
Potenziale des Alters nutzen.....	46
Teilhabe von jungen Menschen.....	46
Beteiligungsrechte stärken	46
Gute Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg – auch in Zukunft.....	47
Gesundheitsdialog Baden-Württemberg.....	47
Flächendeckende Grundversorgung sichern.....	48
Mehr Zusammenarbeit in den Regionen.....	48
Frauen sind anders, Männer auch.....	49
Für eine fortschrittliche Suchtpolitik.....	49
Qualifizierte Pflege ausbauen – Pflegestrukturen verbessern.....	49
Rechte und Schutzmaßnahmen für psychisch kranke Menschen.....	50
Weiterentwicklung des psychiatrischen Versorgungssystems.....	50
Freiwilliges Engagement aller Generationen stärken.....	51
Mehr Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.....	51
Soziale Rechte Wohnungsloser.....	51
Wohnen, ein elementares Grundbedürfnis.....	52
Wohnraumförderung neu ausrichten.....	52
Stärkung der Baukultur.....	53
Energetische Gebäudesanierung als Beitrag zum Klimaschutz.....	53
LBBW-Immobilien.....	53
Soziale Stadt erhalten.....	53
Landesbauordnung überarbeiten.....	54
Nachhaltiges Haushalten.....	55
Kassensturz.....	55
Nachhaltiger Finanzrahmen – Schuldenbremse einhalten.....	55
Verlässlichkeit der Steuerpolitik.....	56
Steuergerechtigkeit	56
Zukunftssichere Beamtenpensionen.....	56
Strategische Haushaltssteuerung.....	57
Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen - Länderfinanzausgleich.....	57
Kommunalfinanzen stärken.....	57
Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer.....	58
Entlastung der Kommunen im Rahmen der föderalen Finanzverteilung.....	58
Weiterentwicklung der Grundsteuer.....	58
Pakt mit den Kommunen.....	58
Keine Privatisierung der LBBW.....	58
Landesstiftung prüfen.....	58
Glücksspielstaatsvertrag erhalten.....	59
Baden-Württemberg in guter Verfassung	60
Mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie machen.....	60

Eine neue Planungs- und Beteiligungskultur schaffen.....	60
Wahlrecht: Jede Stimme muss gleich viel wert sein.....	61
Starke Kommunen – starkes Land.....	61
Mehr Demokratie in den Kommunen.....	61
Interkommunale Zusammenarbeit stärken.....	62
Regionalverbände bleiben Träger der Planung.....	62
Kommunales Ehrenamt fördern.....	62
Für eine effektive und zuverlässige Justiz.....	63
Unabhängigkeit der Justiz stärken.....	63
Notariats- und Grundbuchreform überprüfen.....	64
Justizvollzug menschlich gestalten.....	64
Sicherungsverwahrung regeln.....	64
Mehr „Häuser des Jugendrechts“.....	64
Landesstiftung Opferschutz absichern.....	65
Sicherheit und Freiheit schützen.....	65
Bürgernahe Polizei.....	65
Personalabbau bei der Polizei stoppen.....	65
Zweigeteilte Laufbahn einführen.....	66
Gleichstellung auch bei der Polizei.....	66
Kommunale Kriminalprävention ausbauen.....	66
Gewalt gegen Polizei stoppen.....	66
Waffenrecht verschärfen.....	67
Örtliche Gefahrenabwehr stärken.....	67
Extremismus entschlossen bekämpfen.....	67
Unabhängigen Datenschutz stärken.....	68
Verwaltungsstrukturen modernisieren.....	69
Ein starker öffentlicher Dienst.....	69
Weltoffenes Baden-Württemberg.....	71
Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.....	71
Chancen durch aktive Integrationspolitik.....	71
Öffnung des öffentlichen Dienstes für Migrantinnen und Migranten.....	71
Integrations- und Orientierungskurse als Grundstein für den Start.....	72
Ausländische Bildungsabschlüsse anerkennen.....	72
Einbürgerung erleichtern.....	72
Humanität hat Vorrang.....	73
Die Lebenssituation von Flüchtlingen und Asylbewerbern verbessern.....	73
Lesben und Schwule: Gleiche Pflichten – gleiche Rechte.....	74
Baden-Württemberg mit starker Stimme in Europa.....	74
Europa mitgestalten.....	74
Kommunale Gestaltungsspielräume sichern.....	75
Strukturfonds nachhaltig sichern und nutzen.....	75
Ausschuss der Regionen besser an die Landespolitik anbinden.....	76
Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit stärken.....	76
Initiative zur Revision des EURATOM-Vertrags.....	76
Weltweit mehr Gerechtigkeit durch Bildung und Partnerschaft.....	76
Entwicklungspolitische Leitlinien fortschreiben.....	76
Partnerschaft mit Burundi ausbauen.....	76
Globales Lernen fördern.....	77
Soziale Kriterien im Beschaffungswesen voranbringen.....	77
Medienstandort fit machen – fortschrittliche Netzpolitik.....	77
Baden-Württembergs digitale Chancen ergreifen.....	77
Rundfunkstaatsvertrag weiterentwickeln und modernisieren.....	77
Eine Lanze für die Freien Radios brechen.....	78
Digitalen Hörfunk ausbauen.....	78
Medienkompetenz stärken.....	78
Jugendschutz im Internet: Medienerziehung statt Zensur.....	78
Breitbandinfrastruktur zügig aufbauen – Netzneutralität gewährleisten.....	79

Transparenz des Regierungshandelns im Netz.....	79
IT-Strategie entwickeln.....	79
Starkes Kulturland Baden-Württemberg.....	80
Zukunftspakt Kultur.....	80
Schwerpunkt Kulturelle Bildung.....	80
Oper, Schauspiel, Ballett und Orchester.....	80
Interkultureller Austausch fördert Zusammenhalt der Gesellschaft.....	80
Spielräume für Sammlungsaufgaben schaffen.....	81
Verlässliche Partnerschaft für die Kommunaltheater.....	81
Tanzszene in Baden-Württemberg besser vernetzen.....	81
Förderung der Soziokulturellen Zentren erweitern.....	81
Freie Theater- und Kulturszene auf sichere Beine stellen.....	81
Innovationsfonds Kultur einrichten.....	81
Erinnerungskultur verstetigen.....	81
Hochrangige Ausbildung an den künstlerischen Hochschulen sicherstellen.....	82
Konzept für die Pop- und Jazzförderung.....	82
Mit konsequenter Filmförderung auf die Siegerstraße.....	82
Bewerbung für Europäische Kulturhauptstadt unterstützen.....	82
Sport bewegt.....	82
„Früh übt sich“.....	83
Soziale Integration und Inklusion durch Sport.....	83
Gewaltprävention und Toleranz.....	83
Vereinbarkeit von Spitzensport, Ausbildung und Beruf.....	83
Doping im Sport bekämpfen.....	84
Autonomie des Sports wahren – Reform der Organisation unterstützen.....	84
Allgemeine Vereinbarungen.....	85

Bessere Bildung für alle

Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie ist der Schlüssel zu einer freien, selbstverantwortlichen Lebensgestaltung, zur Sicherung der materiellen Existenz aus eigener Kraft und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Baden-Württemberg braucht alle Talente und Begabungen. Nur so bleiben wir wirtschaftlich an der Spitze.

Zur Verwirklichung unserer Ziele brauchen wir mehr Investitionen im Bildungsbereich – nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern zielgenau eingesetzt. Wir werden die Qualität im Bildungswesen spürbar verbessern.

Frühkindliche Bildung – Chancen nutzen, Potenziale entfalten

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Frühkindliche Bildung und eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung haben für uns hohe Priorität. Die Grundlagen für den weiteren Bildungserfolg werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Deshalb müssen alle Kinder die gleichen Chancen erhalten, an Bildung teilzuhaben – von Anfang an und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir die frühkindliche Bildung stärken. Für uns geht es um Bildungsgerechtigkeit von Beginn an: Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, seine Fähigkeiten und Potenziale zu entfalten.

Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern

Gemeinsam mit den Kommunen im Land wollen wir Baden-Württemberg familienfreundlicher machen. Mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir zu Vereinbarungen kommen über

- den dringend notwendigen Ausbau der Kleinkindbetreuung,
- die Umsetzung des Orientierungsplans mit einem integrierten Sprachförderprogramm für die Kindergärten,
- die Schulsozialarbeit und
- das Mittagessen an Ganztagschulen.

Zur Finanzierung der hierfür notwendigen Mehrausgaben wollen wir die Grunderwerbsteuer um eineinhalb Prozentpunkte anheben. Die sozialen Auswirkungen einer solchen Maßnahme wollen wir prüfen.

Mit einem reformierten Landeserziehungsgeld wollen wir ärmere Familien mit Kindern bis zu einem Alter von 13 Monaten besonders unterstützen.

Bei der Kinderbetreuung sind uns der quantitative Ausbau, die qualitativen Verbesserungen und die Gebührenfreiheit wichtig. Vor dem Hintergrund der bestehenden Finanzierungslücken entscheiden wir uns dafür, zunächst den Ausbau von qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten gemeinsam mit den Kommunen voranzubringen. Bei den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden streben wir eine Vereinbarung an, dass Kindergartengebühren in Zukunft in allen Gemeinden sozial gestaffelt werden.

Auf den Anfang kommt es an

Im engen Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und den freien Trägern der Kindertageseinrichtungen wollen wir die in den letzten Jahren entstandene Unübersichtlichkeit von Projekten und Modellen im Bereich der frühkindlichen Bildung beenden. Wir überführen sie in ein Gesamtkonzept, das in sich schlüssig ist, an den Stärken der Kinder ansetzt, deren Vielfalt wertschätzt und sie so weit wie möglich innerhalb der Gruppe fördert und nicht separiert. Damit erreichen wir eine verlässliche, gute und frühzeitige Förderung für jedes Kind.

Der Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention gilt in vollem Umfang auch für den Bereich der frühkindlichen Bildung. Daher wollen wir auch hier die Inklusion voranbringen und gemeinsam mit den Trägern, Verbänden und Betroffenen ihre Umsetzung in die Wege leiten.

Rechtsanspruch auf Betreuung der Kleinsten

Den Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung auch für Kinder unter drei Jahren ab August 2013 wollen wir ohne Wenn und Aber umsetzen. Deshalb werden wir die Kommunen beim Ausbau der Angebote deutlicher unterstützen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das früher einmal vereinbarte Ausbauziel eines Versorgungsgrades von 34 Prozent teilweise schon heute deutlich überschritten wird. Wir unterstützen die Kommunen darin, bedarfsgerechte Angebote vorzuhalten und wollen, dass mit den Instrumenten der Jugendhilfeplanung der jeweilige Versorgungsgrad vor Ort festgelegt wird.

Wir werden prüfen, ob die Vereinbarungen des Krippengipfels von 2007 in Quantität und Qualität noch Bestand haben. Wir streben Verhandlungen über eine Neujustierung der Finanzierungsvereinbarungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen an, um eine Drittelbeteiligung des Bundes an den tatsächlich anfallenden Kosten zu erreichen.

Die Kindertageseinrichtungen haben einen eigenständigen Bildungsauftrag. Wir werden ihn weiter stärken. Die Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen und die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte müssen den wachsenden Anforderungen gerecht werden. Wir wollen einen Aktionsplan für pädagogische Fachkräfte vorlegen, mit dem die Plätze an Fachschulen für Sozialpädagogik und die Studienplätze für Frühpädagogik ausgebaut werden. Gleichzeitig wollen wir den heutigen Fachkräften Fort- und Weiterbildungsangebote bieten, die auf ihren in der Praxis erworbenen Kenntnissen ansetzen. Insbesondere kommt es uns auch darauf an, mehr junge Männer und Menschen mit Migrationshintergrund für den Erzieherberuf zu motivieren.

Orientierungsplan verbindlich einführen und Qualität verbessern

Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Angebote weiter verbessern. Hierzu werden wir den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern und damit verbindlich einführen sowie für den Kleinkindbereich weiterentwickeln. Er bietet auch die geeignete Grundlage für einen guten Übergang von Kindertageseinrichtungen in die Grundschule. Wir wollen die Kooperation zwischen Grundschule und Kindertageseinrichtungen verbessern und flächendeckend umsetzen. Bildungshäuser eignen sich aus unserer Sicht nicht für die flächendeckende Verbesserung dieser Kooperation. Wir wollen daher die Bildungshäuser nicht mit Landesmitteln weiter ausbauen, sondern stattdessen die bisherigen Erfahrungen und Mittel allen Standorten zugänglich machen.

Wir wollen gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden und freien Trägern die Rahmenbedingungen in den Einrichtungen schrittweise verbessern, insbesondere hinsichtlich der Fachkraft-Kind-Relation, der Arbeitszeit und Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Neukonzipierung der Tätigkeit von Einrichtungsleitungen. In einem ersten Schritt sollen insbesondere Einrichtungen, die vor besonderen sozialen und pädagogischen Herausforderungen stehen, von

diesen besseren Rahmenbedingungen profitieren. Gemeinsam mit den Trägern werden wir ein Konzept zur Qualitätssicherung bei der Umsetzung des Orientierungsplans vereinbaren.

Wir wollen die Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren ausbauen. Kindertagesstätten sollen zu wichtigen Einrichtungen in der Kommune oder im Quartier werden. Sie sollen sich für die Gesellschaft öffnen und Orte sein, die auch Begegnung, Beratung und Unterstützung bieten. Die Eltern spielen bei der guten und frühen Förderung ihrer Kinder eine zentrale Rolle. Wir werden sie in ihrer Verantwortung unterstützen und die Elternbildung sowie die aufsuchende Elternarbeit stärken.

Wir wollen die Anzahl der ganztägigen Plätze in den Kindertageseinrichtungen erhöhen und damit dem steigenden Bedarf gerecht werden. Mit mehr ganztägigen Angeboten und am Bedarf der Eltern orientierten Öffnungszeiten wollen wir auch die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Konsequente Sprachförderung von Anfang an

Sprache ist der Schlüssel für Bildungsbeteiligung und gesellschaftliche Teilhabe. Die Sprachförderung ist ein wichtiges Aufgabenfeld für die Kindertageseinrichtungen. Wir werden sie neu konzipieren. So soll vom ersten Kindergarten tag an eine alltagsintegrierte Sprachförderung erfolgen. Die Sprachförderung soll im Rahmen des Orientierungsplans umgesetzt werden. Sprachstandsdiagnosen werden durch qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen von Anfang an durchgeführt. Allerdings sind die Einrichtungen mit den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht in der Lage, den Orientierungsplan flächendeckend und qualitativ hochwertig umzusetzen. Das heißt für uns: Mehr Personal für die Einrichtungen sowie eine Qualifizierungsoffensive mit Fort- und Weiterbildungsangeboten für die Erzieherinnen und Erzieher.

Solange die Rahmenbedingungen für die flächendeckende und qualitativ hochwertige Umsetzung des Orientierungsplans noch nicht gegeben sind, brauchen Kinder mit besonderem Förderbedarf zusätzlich weiterhin eine individuelle Sprachförderung. Auch die individuelle Sprachförderung soll bereits mit Beginn des Kindergartens einsetzen. Die Bewilligung von Mitteln für die Sprachförderung muss dazu von der Einschulungsuntersuchung (ESU) entkoppelt werden. Bei Bedarf wird die Sprachförderung in der Grundschule fortgesetzt. Die Finanzierung stellt das Land sicher.

Bildungsaufbruch an den Schulen

Das baden-württembergische Schulsystem ist nicht auf der Höhe der Zeit. Es ist sozial ungerecht und basiert auf dem Prinzip des Aussortierens. Das wollen wir ändern. Denn die Bildungschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Unser Ziel ist ein sozial gerechtes Schulsystem, in dem nicht die Kinder sich an die Schule anpassen müssen, sondern die Schule an die Kinder angepasst wird. Eine Schule, in der jedes Kind sein persönliches Bildungsziel erreicht, individuell gefördert wird und all seine Talente bestmöglich nutzen kann. Individuelle Förderung, Verschiedenheit als Wert sowie das Prinzip der Chancengerechtigkeit sind die Leitgedanken unserer Bildungspolitik. Wir vertreten dabei ein umfassendes Bildungsverständnis, das Bildung, Erziehung und Betreuung als Einheit begreift. Aufstieg durch Bildung und Leistung soll in Baden-Württemberg gelingen können.

Diesen Bildungsaufbruch für bessere Bildungschancen für alle wollen wir voranbringen, mit

- einem Ganztags schulprogramm, das diesen Namen auch verdient;
- einem Innovationspool für Gemeinschaftsschulen, an denen länger gemeinsam gelernt wird;

Satzung

der Stadt Ulm über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die städtischen Tageseinrichtungen für Kinder

vom 16. Juli 2003

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit §§ 2 und 9 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg und des Kindergartengesetzes hat der Gemeinderat der Stadt Ulm am 16. Juli 2003 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

Für die Benutzung der städtischen Tageseinrichtungen für Kinder werden Benutzungsgebühren erhoben.

§ 2 Gebührensschuldner

Gebührensschuldner sind die Erziehungsberechtigten der aufgenommenen Kinder.

§ 3 Entstehung und Fälligkeit der Benutzungsgebühr

1. Die Benutzungsgebühr setzt sich zusammen aus der Grundgebühr und, soweit angeboten, dem Entgelt für das Mittagessen.
2. Die Grundgebühr ist eine Beteiligung an den gesamten Betriebskosten der Tageseinrichtungen für Kinder. Sie wird monatlich erhoben und entsteht zu Beginn des Kalendermonats. Sie ist auch während der Ferien, bei vorübergehender Schließung und bei längerem Fehlen des Kindes zu bezahlen. Bei Eintritt und Ausscheiden des Kindes während eines laufenden Monats ist als Grundgebühr stets der volle Monatsbeitrag zu entrichten.
3. Das Entgelt für das Mittagessen entsteht mit der Anmeldung zum Mittagessen.
4. Die Grundgebühr ist am 5. des laufenden Monats, das Entgelt für das Mittagessen ist 14 Tage nach Rechnungsstellung fällig.

§ 4 Gebührenmaßstab

1. Die Grundgebühr bemisst sich nach
 - dem monatlichen Nettoeinkommen der / des Erziehungsberechtigten,
 - der Anzahl der Kinder im Haushalt der / des Erziehungsberechtigten und
 - dem angebotenen Betreuungsbaustein (Stufe 1 - Stufe 6).

2. Die Gebühr wird erstmals zum Ersten des Eintrittsmonats in die Einrichtung festgesetzt. Eine Neufestsetzung der Gebühr erfolgt in der Regel nach Ablauf eines jeden Jahres nach der letzten Festsetzung.

Bei wesentlicher Änderung des monatlichen Nettoeinkommens, bei Änderungen der maßgeblichen Kinderanzahl oder des Betreuungsbausteins erfolgt eine Gebührenneufestsetzung zum nächsten Monatsersten. Der / die Gebührenschuldner haben entsprechende Änderungen unverzüglich mitzuteilen. Eine Überprüfung, ob der Mitteilungsverpflichtung nachgekommen wurde, ist jederzeit möglich.

3. Das monatliche Nettoeinkommen ermittelt sich grundsätzlich aus den Bruttoeinkommen, die in den 12 Monaten vor der Gebührenfestsetzung erzielt wurden, vermindert um die jeweiligen Pauschalbeträge, dividiert durch 12.

Bruttoeinkommen im Sinne dieser Satzung sind grundsätzlich alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert ohne Rücksicht auf ihre Quelle und ohne Rücksicht darauf, ob sie als Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtig sind.

Der Pauschalbetrag beträgt

- bei steuer- und sozialversicherungspflichtigem Einkommen 35%
- bei Beamtenbezügen 25%,
- bei lediglich sozialversicherungspflichtigem Einkommen 25%,
- bei nichtsteuerpflichtigem und sozialversicherungsfreiem Einkommen 5%.

4. Berücksichtigt werden alle Kinder im Haushalt der / des Erziehungsberechtigten bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Einkommen für nicht mehr zu berücksichtigende Kinder bleiben bei der Ermittlung des monatlichen Nettoeinkommens außer Betracht.
5. Werden die Bemessungsgrundlagen der Grundgebühr nicht ausreichend nachgewiesen, oder wird der Nachweis schuldhaft verzögert, wird der jeweilige Höchstbetrag als Grundgebühr festgesetzt.

§ 5 Höhe der Benutzungsgebühr

1. Die monatliche Grundgebühr je Kind ergibt sich aus der Multiplikation des in der Gebührentabelle jeweilig zutreffenden Prozentsatzes mit dem nach §4 ermittelten monatlichen Nettoeinkommen.

Als Höchstbetrag wird eine monatliche Grundgebühr aus einem fiktiven monatlichen Nettoeinkommen von 3.000 € festgesetzt. Diese Berechnungsgrundlage erhöht sich jährlich um 2%, erstmals zum 01.09.2004.

Als Mindestbetrag wird eine monatliche Grundgebühr auf Basis des anerkannten sozialhilferechtlichen Bedarfs bei der Hilfe zum Lebensunterhalt festgesetzt.

Besuchen gleichzeitig drei Kinder aus dem Haushalt der / des Erziehungsberechtigten eine Tageseinrichtung für Kinder, so entfällt die Grundgebühr für das dritte Kind.

Haben der / die Erziehungsberechtigte/-n vier oder mehr Kinder im Haushalt, entfällt die Grundgebühr.

Bei auswärtigen Kindern, die vor dem 01.09.2002 in einer städtischen Tageseinrichtung für Kinder aufgenommen worden sind, wird die doppelte Grundgebühr erhoben.

Bei Kindern unter 3 Jahren (sog. U3-Kinder), die nach dem 31.08.2003 in eine Tageseinrichtung für Kinder eintreten, wird das 1,2-fache der Grundgebühr erhoben.

Gebührentabelle				
Kinderzahl/ Betreuungsbaustein		1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
Stufe 1	bis 28 Std.	2,75 %	1,75 %	0,75 %
Stufe 2	über 28 bis 33 Std.	3,75 %	2,75 %	1,75 %
Stufe 3	über 33 bis 38 Std.	5,25 %	4,25 %	3,25 %
Stufe 4	über 38 bis 43 Std.	6,35 %	5,35 %	4,35 %
Stufe 5	über 43 bis 48 Std.	7,45 %	6,45 %	5,45 %
Stufe 6	über 48 Std.	8,55 %	7,55 %	6,55 %

2. Für das Mittagessen wird ein Entgelt in Höhe der tatsächlichen Kosten erhoben.

§ 6 Inkrafttreten

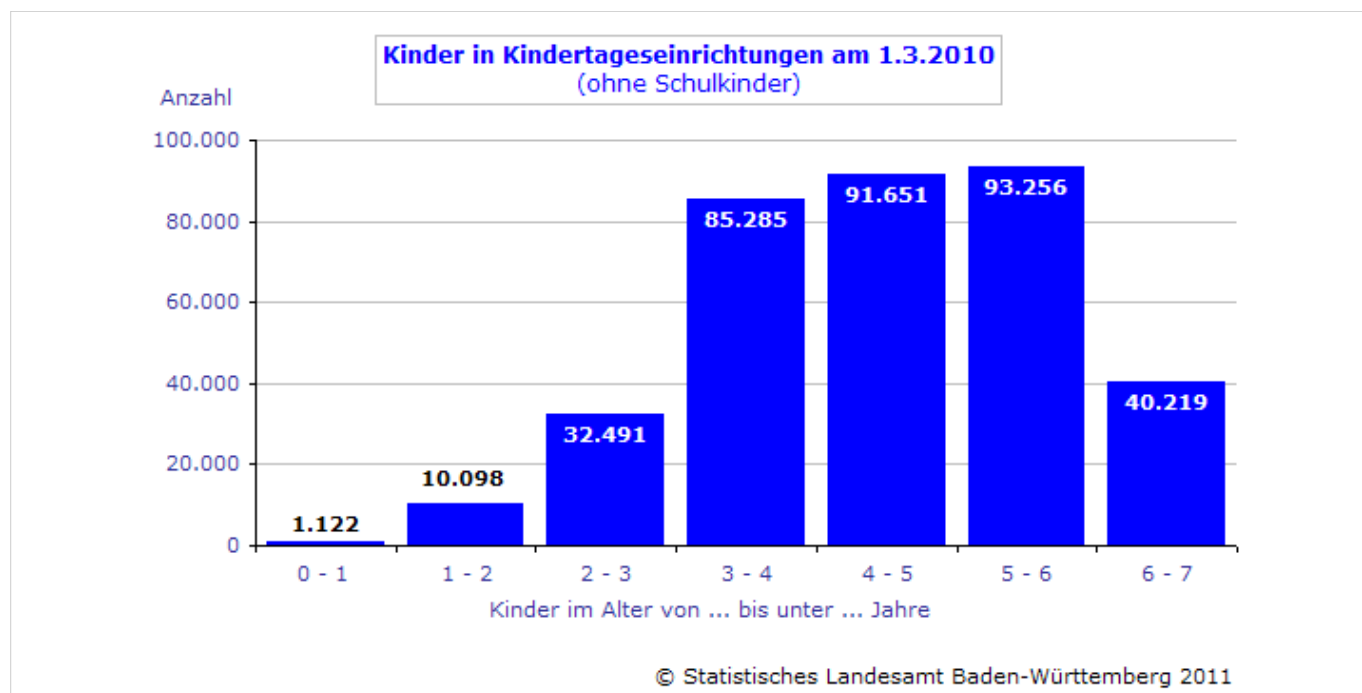
Diese Satzung tritt am 01. September 2003 in Kraft. Die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die städtischen Kindertagesstätten / Ganztageseinrichtungen vom 19.12.1990, in der Fassung vom 20.10.1999 sowie die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die städtischen Kindergärten vom 18.07.1990, in der Fassung vom 19.10.1994 treten zeitgleich außer Kraft.

Die bundes- und landesrechtlichen Verfahrensvorschriften wurden beachtet.

Kinder- und Jugendhilfe / Kindertagesbetreuung

12 Betreute Kinder in Tageseinrichtungen

Die Zahl der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder lag im März 2010 in Baden-Württemberg bei knapp 383 800. Davon waren etwa 314 700 Kinder im klassischen Kindergartenalter von 3 bis unter 7 Jahren. Besondere Beachtung findet derzeit das Thema der Kleinkindbetreuung, also die Gruppe der unter Dreijährigen in Krippen und altersgemischten Einrichtungen. In dieser Altersgruppe wurden landesweit gut 43 700 Kinder betreut, das sind insgesamt 15,8 % aller Kleinkinder. Dies ist erneut ein deutlicher Zuwachs bei der Kleinkindbetreuung in Baden-Württemberg - 2009 wurden rund 37 500 Kinder betreut.



Das Schaubild mit den Betreuungsquoten nach Altersjahren zeigt, dass bei den Kleinkindern vor allem die Zwei- bis unter Dreijährigen in Tageseinrichtungen betreut werden.

Wieviele Kinder werden 2010 in Tageseinrichtungen betreut?*)

Alter von ... bis unter ... Jahre	betreute Kinder	Betreuungsquote
0 - 1	1.122	1,2
1 - 2	10.098	10,9
2 - 3	32.491	34,6
3 - 4	85.285	91,6
4 - 5	91.651	96,2
5 - 6	93.256	95,3
6 - 7	40.219	40,9

*) ohne Schulkinder.

[« Inhalt](#) | [Erläuterungen](#) | [weiter »](#)

Kindergarten-Monitor 2009/2010



Ein Vergleich der 100 größten Städte Deutschlands

Bericht

der IW Consult GmbH Köln im Auftrag der Initiative Neue
Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Köln, im Mai 2010

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	4
1 Zusammenfassung	5
2 Einleitung	11
3 Allgemeine rechtliche Bestimmungen zu Elternbeiträgen	13
4 Elternbeiträge und Haushaltslage von Kommunen	16
5 Stellgrößen für die Höhe von Elternbeiträgen	19
6 Methodik	25
7 Ergebnisse	30
7.1 Allgemeine Ergebnisse	30
7.2 Bezieher mittlerer Einkommen mit einem Kind – Ranking	40
7.3 Bezieher mittlerer Einkommen mit zwei Kindern – Ranking	43
7.4 Bezieher hoher Einkommen mit einem Kind – Ranking	46
7.5 Bezieher hoher Einkommen mit zwei Kindern – Ranking	48
8 Fazit	50
9 Anhang	53
Literatur	69

1 Zusammenfassung

Gegenstand der Untersuchung

In dieser Studie werden zum zweiten Mal für die 100 bevölkerungsreichsten Städte die Elternbeiträge für kommunale Kindergärten untersucht. Dabei werden vier Modellfamilien nach dem Einkommen und der Anzahl der Kinder unterschieden: Die Elternbeiträge werden für Familien mit mittlerem und höherem Einkommen berechnet (45.000 und 80.000 Euro Bruttoeinkommen pro Jahr). Einkindfamilien haben ein Kind im Alter von vier Jahren, das sich annahmegemäß im zweiten Kindergartenjahr befindet. Bei Familien mit zwei Kindern ist das jüngere Kind dreieinhalb Jahre alt und das ältere Kind befindet sich mit fünfeinhalb Jahren im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt.

In dem Bericht wird von einer Mindestbuchungszeit von vier bis fünf Stunden vormittags ausgegangen, die es bundesweit in der Mehrzahl der Städte gibt. Die Beiträge werden für die jeweiligen Mindestbuchungszeiten berechnet, die in einigen Städten auch mehr als vier bis fünf Stunden betragen können. Nicht berücksichtigt werden Verpflegungskosten oder Qualitätsunterschiede zwischen den Kindergärten. Bei den Familien mit zwei Kindern besuchen beide zugleich den Kindergarten.

Stand der Erhebung ist die jeweils aktuell gültige rechtliche Regelung bzw. Satzung für das laufende Kindergartenjahr 2009/2010, das in aller Regel parallel zum Schuljahr verläuft. Änderungen innerhalb des laufenden Kindergartenjahrs wurden berücksichtigt. Stichtag für die Recherche war der 12.03.2010. Regelungen oder Ankündigungen nach diesem Stichtag wurden nicht mit aufgegriffen. Daher werden aktuelle Entscheidungen jenseits des 12.03.2010 über Gebührenerhöhungen als Folge der Wirtschaftskrise nicht abgebildet.

Im Vergleich zur Erhebung im Kindergartenjahr 2007/2008 hat sich die Zusammensetzung der 100 größten Städte in zwei Fällen geändert: Konstanz und die durch eine Städtefusion neu entstandene kreisfreie Doppelstadt Dessau-Roßlau haben heute mehr Einwohner als Villingen-Schwenningen und Wilhelmshaven.

Befunde

Befund 1: Im Durchschnitt zahlen Eltern mit einem Bruttohaushaltseinkommen von 45.000 Euro und einem Kind Elternbeiträge in Höhe von 814 Euro pro Jahr; bei dem Haushalt mit 80.000 Euro Einkommen sind es 1.280 Euro. Im Fall von zwei Kindern zahlen die Bezieher mittlerer Einkommen für beide Kinder zusammen durchschnittlich 935 Euro pro Jahr, die Bezieher höherer Einkommen 1.468 Euro.

Befund 2: Elternbeiträge streuen nach wie vor regional massiv. Auch für das Kindergartenjahr 2009/2010 ergibt sich für Deutschland das Bild eines bunten

Gebührenflickenteppichs. Wie sehr die Elternbeiträge deutschlandweit streuen, lässt sich anhand der geringsten und höchsten Elternbeiträge in den jeweiligen Modellfamilien ablesen: Bei der Modellfamilie mit mittlerem Einkommen und einem Kind liegt die Spanne zwischen null und 1.752 Euro (vier Stunden Mindestbuchungszeit täglich) und bei der Modellfamilie mit mittlerem Einkommen und zwei Kindern immerhin zwischen null und 2.672 Euro (sechs Stunden Mindestbuchungszeit täglich). Bei Einkindfamilien mit hohem Einkommen streuen die Elternbeiträge zwischen null und 2.520 Euro (fünf Stunden Mindestbuchungszeit täglich). Besonders ausgeprägt fällt die Spanne bei Zweikindfamilien mit hohem Einkommen aus; hier schwanken die Preise für beide Kinder zusammengekommen zwischen null und 3.696 Euro pro Jahr (6,8 Stunden Mindestbuchungszeit täglich).

Befund 3: Es gibt ein ausgesprochen heterogenes Preisbild pro Stadt. Nur wenige Großstädte – die Siegerstädte in allen Modellfamilien – können den gleichen Rang bei der Reihung für die Modellfamilie mit zwei Kindern und die Modellfamilie mit einem Kind einnehmen. Bei dem Gros der Kommunen variieren die Platzierungen deutlich: So erreicht Bergisch Gladbach z. B. bei der Modellfamilie mit 45.000 Euro Einkommen und einem Kind Rang 53, bei gleichem Einkommen und zwei Kindern Rang 76, bei 80.000 Euro Einkommen und einem Kind Rang 56 und bei 80.000 Euro Einkommen und zwei Kindern Rang 91.

Befund 4: Die Elternbeiträge sind seit dem Erhebungsjahr 2007/2008 im Durchschnitt über alle Modellfamilien gesunken. Der Rückgang bei den Zweikind-Modellfamilien mit mittlerem Einkommen beträgt rund 16 Prozent und bei jenen mit hohem Einkommen zwölf Prozent. Dafür gibt es mehrere Gründe: Eine wachsende Anzahl von Kommunen stellt nicht nur das dritte, sondern auch schon das zweite und erste Kindergartenjahr komplett beitragsfrei. In anderen Städten geht dieser Rückgang nicht auf eine Absenkung der Betreuungskosten, sondern auf eine Verringerung der Mindestbuchungszeiten zurück. Vor allem in Nordrhein-Westfalen wird aufgrund einer rechtlichen Änderung (Kinderbildungsgesetz) nun auch ein kleineres Wochenstundenpaket angeboten, das mit einer geringeren finanziellen Belastung verbunden sein kann aber nicht sein muss. Denn in einigen NRW-Städten sind trotz Verringerung der Mindestbuchungszeit die Elternbeiträge für Bezieher hoher Einkommen gestiegen: So sind einige Kommunen dazu übergegangen, kleinteiligere Einkommensklassen für die Beitragsfestsetzung einzuführen, so dass die Modellfamilien mit hohem Einkommen in eine höhere Einkommensstufe gerutscht sind.

Befund 5: Es gibt Fälle, in denen die Elternbeiträge gestiegen sind. Gründe hierfür sind u. a., dass es insbesondere in den von Haushaltsnot, Verschuldung und von konjunkturell bedingten Einnahmeausfällen infolge der Wirtschaftskrise geplagten Städten auch schon während des laufenden Kindergartenjahres 2009/2010 zu Erhöhungen von Elternbeiträgen gekommen ist. Beispiele hierfür sind die Stadt Chemnitz, die mit Wirkung zum 01.05.2010 eine Änderung der Satzung von Elternbeiträgen erlassen hat, welche für unsere Modellfamilien mit einem Kind ab Mai 2009/2010 mit einem Anstieg um rund 19 Prozent

Prozent der Chemnitzer Eltern auf Grund ihrer wirtschaftlichen Situation ohnehin keine Beiträge.¹³

Festgehalten werden kann also, dass nicht nur der Wunsch von Kommunalpolitikern zur Förderung von Kindern und finanziellen Entlastung von Familien, sondern vielmehr die Haushaltslagen der Kommunen ganz wesentlich die Höhe der Elternbeiträge beeinflussen. Vergleichsweise hohe Elternbeiträge sollten also nicht per se zu dem Rückschluss auf ein mangelndes Bemühen der Kommunen zurückgeführt werden.

5 Stellgrößen für die Höhe von Elternbeiträgen

Ein valider Vergleich und ein Ranking von Elternbeiträgen stellen vor allem deshalb eine Herausforderung dar, weil die Höhe von **Elternbeiträgen von vielen Stellgrößen abhängig** ist. Welche Stellgrößen einschlägig sind, variiert nicht nur von Kommune zu Kommune, sondern auch zum Teil von Eltern zu Eltern stark. Das Bemühen um eine interregionale Vergleichbarkeit zwingt daher notwendig zu stilisierten Modellannahmen. Diese Modellannahmen können naturgemäß nicht jede individuell vorliegende Besonderheit berücksichtigen, die prinzipiell vom Jugendamt anerkannt werden könnte. Insofern Eltern sich durch die Höhe der Elternbeiträge unbotmäßig finanziell belastet fühlen, sollten alle Eltern von Kindern, die in Tageseinrichtungen oder der Tagespflege betreut werden, die Chance wahrnehmen, die finanzielle Belastung durch Elternbeiträge im Jugendamt auf individuelle Zumutbarkeit gemäß Sozialgesetzbuchregelungen prüfen zu lassen.¹⁴

Zu den **Stellgrößen im Detail:**

1. Lebensalter der Kinder, welche die Kindertageseinrichtung besuchen:

- Die Art und Intensität der Betreuung in Kinderkrippen (unter Drei- bzw. Zweijährige) unterscheiden sich von jener in Kindergärten (über Drei- bzw. Zweijährige bis zum Schuleintritt). In Kinderkrippen werden in der Regel noch weitere Zahlungen fällig, z. B. für den Verbrauch von Windeln und anderer Hygienemittel während des Aufenthalts in der Krippe.
- Abhängig vom Lebensalter der Kinder und den Kindergartenjahren, in denen sie sich befinden können, gewähren Bundesländer und auch Städte unabhängig von den jeweiligen Landesregelungen für die Betreuungsleistung im dritten, zweiten oder auch ersten Kindergartenjahr eine Beitragsfreistellung oder Subvention, infolge der die Elternbeiträge zwar geringer ausfallen, aber nicht auf null Euro sinken (vgl. Kapitel 7).

¹³ Vgl. Stadtrat Chemnitz (2010), Niederschrift über die Sitzung des Stadtrats am 27.01.2010 vom 08.02.2010.

¹⁴ Nähere Erläuterungen dazu siehe weiter unten.

Berlin, 17. Mai 2010

ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor Ergebnisse der Studie für das Kindergartenjahr 2009/2010

Berlin. – Zum zweiten Mal haben Wissenschaftler der *Institut der deutschen Wirtschaft Consult* (IW Consult) die Höhe der Kindergartengebühren in den 100 größten Städten Deutschlands untersucht. Die Studie wurde durchgeführt im Auftrag der Zeitschrift ELTERN und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Ermittelt wurde die Jahresgebührenhöhe für zwei Modellfamilien mit einem Kind im Alter von 4 Jahren sowie mit zwei Kindern im Alter von 3,5 und 5,5 Jahren. Diese drei Altersgruppen repräsentieren das pädagogisch wichtige frühkindliche Lernfenster. Die Förderung von Kindern in dieser Zeit ist mitentscheidend für den späteren schulischen Erfolg oder Misserfolg.

Die Gebühren wurden jeweils für ein Brutto-Familieneinkommen von 45.000 Euro (orientiert sich am Einkommens-Durchschnitt im verarbeitenden Gewerbe) und 80.000 Euro (höheres Bruttoeinkommen) ermittelt.¹ Die Studie hat die Gebührenhöhe für die jeweilige Mindestbuchungszeit errechnet. Diese beläuft sich in der Regel auf vier bis fünf Stunden. Dort, wo die Mindestbuchungszeit höher liegt, wurden die entsprechenden Beiträge berechnet.

Der ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor soll Eltern einen objektiven Preisvergleich ermöglichen. Aufgrund der sehr unterschiedlichen und teilweise hoch komplexen Gebührensatzungen ist dies im Regelfall für Laien nicht zu leisten.

Kindergartengebühren belasten das Familienbudget je nach Wohnort erheblich. Die hier untersuchten Modellfamilien müssen nach den Berechnungen der Wissenschaftler im Schnitt zwischen 1,6 und 2,1 Prozent ihres Bruttoeinkommens für die Halbtags-Kindergartenbetreuung aufwenden – im Extremfall bis zu 5,9 Prozent bei einer Zweikindfamilie mit mittlerem Einkommen.

Gebühren-Trends 2010

Für die Modellfamilien ergaben sich folgende Durchschnittswerte:

Im Schnitt liegt der aktuelle Jahresbeitrag für die Normalverdiener-Familie (45.000 Euro Jahresbrutto) mit einem Kind (4 Jahre) bei 814 Euro.

Die Ein-Kind-Familie mit einem höheren Bruttoeinkommen (80.000 Euro) bezahlt im Schnitt 1.280 Euro.

¹ Die Gebührensatzungen der Kommunen sind sehr unterschiedlich. Um dennoch Kostenvergleiche zwischen den Kommunen zu ermöglichen, haben die Wissenschaftler zwei Modellfamilien gewählt. Das angenommene Alter der Kinder in diesen Modellfamilien, 3,5, 4 und 5,5 Jahren spiegelt das erste, zweite und dritte (letzte vor der Einschulung) Kindergartenjahr wider.

Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern im Alter von 3,5 und 5,5 Jahren zahlen im Mittel 935 Euro für beide Kinder.

Die Zwei-Kind-Familie mit höherem Familienbruttoeinkommen hat im Schnitt 1.468 Euro zu berappen.

ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor 2010: Elternbeiträge nach Modellfamilien				
	Mittleres Einkommen (45.000 €)		Hohes Einkommen (80.000 €)	
	1 Kind	2 Kinder	1 Kind	2 Kinder
Minimum	0 €	0 €	0 €	0 €
Durchschnitt	814 €	935 €	1.280 €	1.468 €
Maximum	1.752 €	2.672 €	2.520 €	3.696 €
Änderung zu 2007/2008	-16 %	-16 %	-13 %	-12 %

Von Stadt zu Stadt unterscheiden sich die Gebühren extrem stark – von null Euro bis zu 2.672 Euro für eine Normalverdiener-Familie mit zwei Kindern sowie 3.696 Euro für eine Zwei-Kind-Familie mit hohem Einkommen.

Im Schnitt sind die Gebühren für das Kindergartenjahr 2009/2010 gegenüber 2007/2008 gesunken, und zwar bei den Zweikind-Modellfamilien mit mittlerem Einkommen (45.000 Euro) um rund 16 Prozent sowie um 12 Prozent bei der Zweikind-Modellfamilie mit dem hohen Einkommen (80.000 Euro). Die Einnahmeausfälle der Kommunen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise haben demnach bislang nicht zu einem bundesweiten Gebührens Schub geführt. Die Studie berücksichtigt hierbei letzte Datenänderungen bis zum Stichtag 12. März 2010.

Der durchschnittliche Gebührenrückgang hat mehrere Gründe:

1. Neun von 100 Städten haben die letzten drei Kindergartenjahre vor der Schule beitragsfrei gestellt.

Im Kindergartenjahr 2007/2008 war dies nur Heilbronn. Beitragsfreiheit bieten nun auch Düsseldorf, Hanau, Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Salzgitter und Trier.

Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat 2009 die letzten drei Kindergartenjahre vor der Schule komplett beitragsfrei gestellt. Aus diesem Grund werden Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier unter den beitragsfreien Städten aufgeführt. Rheinland-Pfalz kompensiert weitgehend die Einnahmeausfälle der Kommunen durch Zahlungen aus dem Landeshaushalt. Düsseldorf, Hanau, Heilbronn und Salzgitter haben dagegen die Beitragsfreiheit für alle drei Kindergartenjahre eigenständig beschlossen und tragen hierfür auch die Kosten.

2. Eine wachsende Zahl von Kommunen stellt nicht nur das dritte, sondern auch schon das zweite und erste Kindergartenjahr komplett beitragsfrei.

3. Neun von 16 Bundesländern stellen das letzte Kindergartenjahr vor Schuleintritt beitragsfrei oder subventionieren es wenigstens. Im Kindergartenjahr 2007/2008 waren es erst fünf.

Insgesamt zeigt der aktuelle ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor, dass sich viele Kommunen bemühen, frühkindliche Förderung im Kindergarten erschwinglicher zu machen. Sie nehmen dabei auch erhebliche Einnahmeausfälle in Kauf.

Ein Beispiel dafür ist die Stadt Heilbronn: Die Beitragsfreiheit verursacht in Heilbronn nach städtischen Angaben Einnahmeausfälle in Höhe von 3,3 Millionen Euro pro Jahr. Die Stadt erlebte nach Einführung der Beitragsfreiheit im Kindergartenjahr 2007/2008 für die Regelbetreuung einen deutlichen Anstieg der Kindergarten-Anmeldungen.

Düsseldorf, wo man ebenfalls Beitragsfreiheit für alle drei in dieser Studie betrachteten Kindergartenjahre eingeführt hat, rechnet ab 2010 mit Einnahmeausfällen von 19,5 Millionen Euro jährlich. Die Landeshauptstadt kann sich das auch deshalb leisten, weil sie durch entschlossene Privatisierung Haushaltsspielräume geschaffen hat. Das kommt nun auch der frühkindlichen Förderung zugute.

Einen Sonderweg geht die Stadt Aachen. Hier hat man das erste Kindergartenjahr für die Altersgruppe im vierten Lebensjahr beitragsfrei gestellt. Aachen will so einen Anreiz für den Einstieg in die Kindergartenbetreuung setzen. Die Stadt selbst teilt dazu mit, dass vor allem Eltern mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten motiviert werden sollen, ihre Kinder früh in den Kindergarten zu geben. Auf diese Weise sollen auch „Defizite in der Sprache“ und „Hemmschwellen“ beseitigt werden.

Beitragserhöhungen aus Haushaltsgründen

Allgemein ist zwar noch kein umfassender krisenbedingter Gebührenschaub festzustellen. In Einzelfällen hat die prekäre Haushaltslage vieler Kommunen dies jedoch bereits erzwungen.

So musste Duisburg auf Weisung der Bezirksregierung Düsseldorf die Beitragsfreistellung für Geschwister zurück nehmen: Geschwister zahlen seit dem 1. März 2010 nun 25 Prozent des Regelbeitrags. Duisburg hatte sich auf dem Klageweg vergeblich gegen die Verschlechterung bei der Geschwister-Freistellung zu wehren versucht.

Chemnitz hat zum Mai 2010 seine Gebührensatzung geändert. Die Beiträge der in dieser Studie unterstellten Ein-Kind-Familie steigen dadurch für beide Einkommensklassen um 19 Prozent.

Weitere Ergebnisse

Nach Einkommen gestaffelte Gebühren sind in den nördlichen Bundesländern stärker verbreitet als in südlichen. 62 von 100 Städten erheben nach Einkommen gestaffelte Gebühren – darunter sind alle 38 nordrhein-westfälischen Städte im Ranking. Tendenziell sind die Gebühren in den Städten aus nördlichen Bundesländern höher als in den südlichen.

Für Normalverdiener ist die Kindergartenbetreuung in ostdeutschen Städten im Schnitt teurer als im Westen. Besonders betroffen: Die Zwei-Kind-Modellfamilie mit 45.000 Euro Jahres-Brutto. Sie muss 417 Euro mehr zahlen als ihr Pendant in den alten Ländern.

ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor 2010:				
Durchschnittliche Elternbeiträge in den alten und neuen Bundesländern				
	Mittleres Einkommen (45.000 € Jahresbrutto)		Hohes Einkommen (80.000 € Jahresbrutto)	
	1 Kind	2 Kinder	1 Kind	2 Kinder
Neue Bundesländer	898 €	1.294 €	1.113 €	1.677 €
Alte Bundesländer	801 €	877 €	1.308 €	1.433 €

Gebühren-Bürokratie-Chaos

Die Gebührensatzungen der Städte unterscheiden sich so stark und sind so kompliziert, dass die Bürger kaum eine Chance zum Preisvergleich haben. Einige Satzungen sind im Vergleich zur Lage vor zwei Jahren noch komplexer geworden.

In einigen Fällen fehlen zur Orientierung sogar eine Gebührentabelle oder auch klar verständliche Gebührengerüste, die auch für ökonomische Laien verständlich sind. Hier sollten die Gemeinden Voraussetzungen für mehr Gebührentransparenz schaffen.

Ein Grund für die Intransparenz bei den Kindergartengebühren ist auch die in vielen Städten praktizierte Gebührenberechnung nach Einkommenshöhe. Aufgrund des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung gibt es hier keinen bundesweit einheitlichen Maßstab.

Manche Städte ziehen das verfügbare Nettoeinkommen heran, andere beziehen sich auf das Bruttoeinkommen und ziehen einen Pauschalbetrag ab, um auf ein bereinigtes Nettoeinkommen zu kommen.

Einige Städte bestimmen die Gebührenhöhe durch lineare Interpolation. Die mathematischen Formeln für diese Berechnung veröffentlichen sie aber nicht oder nur die dazugehörigen Eckwerte. Um hier konkrete Preise für die Modellfamilien zu ermitteln, mussten die mit dem ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor beauftragten Wissenschaftler teilweise zeitaufwendigere Simulationsrechnungen anstellen.

Immerhin: Jena hat einen Online-Gebührenrechner, der nach Eingabe der persönlichen Daten eine Gebührevorschau liefert. Dies ermöglicht Klarheit über die Gebühren in Jena selbst.

In allen Fällen gilt: Gebührenvergleiche sind für Eltern, die nicht auf die Infrastruktur eines wissenschaftlichen Instituts zurückgreifen können, kaum möglich.

Informationshürden

Im Vergleich zum ersten ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor ist der Informationswiderstand bei den kommunalen Behörden vielerorts gewachsen.

Ein Beispiel dafür ist die Gemeinde Gera, welche keine städtischen Kindergärten mehr betreibt, sondern diese Aufgabe von freien Trägern erledigen lässt. Auskunft vom Amt über die Gebühren vor Ort war in Gera trotz mehrfacher Versuche nicht zu erhalten. Die Recherche führte hier erst über den Umweg eines auskunftswilligen Kindergartens zum Erfolg.

Auch in Rostock und Schwerin betreiben freie Träger die Kindergärten. Diese Städte veröffentlichen in ihren Ratsinformationssystemen aber detaillierte Entgeltübersichten. Ein Lichtblick im Kindergarten-Gebühren-Dschungel.

Tabellen – Preisspannen für die vier Modellfamilien

ELTERN-INSM-Kindergartenmonitor 2010:	
Durchschnittsverdiener-Familie mit einem Kind (4 Jahre)²	
45.000 €	
Stadt	Gebühr 2010
Düsseldorf, Hanau, Heilbronn, Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Salzgitter, Trier, Wiesbaden, Zwickau	0 €
Berlin	365 €
Mannheim	418 €
Leipzig	498 €
Stuttgart	561 €
(...)	(...)
Flensburg	1.524 €
Cottbus	1.572 €
Hamburg	1.656 €
Lübeck	1.716 €
Bremen	1.752 €

² Vgl. Endbericht Seite 53 f.

**Elternbeiträge in Tageseinrichtungen
(Kindergärten und Kinderkrippen)**

Az. 460.13
Versandtag 24.03.2011
INFO 0252/2011

Fortschreibung der Gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der Kommunalen Landesverbände zur Festsetzung der Elternbeiträge für die Kindergartenjahre 2011/12 und 2012/2013**1. Allgemeines**

Die Vertreter/-innen der Erzdiözese Freiburg, der Diözese Rottenburg/Stuttgart, der Ev. Landeskirche in Baden, der Ev. Landeskirche in Württemberg, des Diakonischen Werks der Ev. Landeskirche in Baden, des Ev. Landesverbands für Kindertagesstätten in Württemberg, des Caritasverbands für die Erzdiözese Freiburg, des Landesverbands Kath. Kindertagesstätten in der Diözese Rottenburg/Stuttgart sowie des Gemeindetags Baden-Württemberg und des Städtetags Baden-Württemberg sind übereingekommen, die Gemeinsamen Empfehlungen zur Höhe der Elternbeiträge in Kindergärten für die Kindergartenjahre 2011/12 und 2012/13 anzupassen.

Die landesweiten Empfehlungen der Elternbeiträge für Kindergärten folgen seit 2009/10 dem sogenannten württembergischen Erhebungs-System: Die Berechnung der Elternbeiträge erfolgt nach der sog. familienbezogenen Sozialstaffelung, bei der alle im selben Haushalt lebenden Kinder bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres berücksichtigt werden.

Ausgangslage für die Erhebung der Elternbeiträge bleibt, dass landesweit weiterhin angestrebt wird, rd. 20 % der tatsächlichen Betriebsausgaben durch Elternbeiträge zu decken. Die neuen Empfehlungen orientieren sich an den aktuellen Tarifierhöhungen des TVöD (durchschnittlich 2 % je Kindergartenjahr) und bewirken damit keine grundsätzliche Erhöhung des Kostendeckungsgrades.

Das Präsidium sowie der Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg haben der Fortschreibung der gemeinsamen Empfehlungen zur Höhe der Elternbeiträge in Kindergärten sowie den Empfehlungen zur Höhe der Elternbeiträge in Kinderkrippen zugestimmt.

Alle Gt-infos sind ausschließlich für den internen Gebrauch durch die Mitglieder bestimmt.
Weitergabe ist nur mit Zustimmung des Gemeindetags zulässig.

Herausgeber Gt-info:

Gemeindetag Baden-Württemberg
Panoramastr. 33, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711 22572-0
Telefax: 0711 22572-47
Internet: <http://www.gemeindetag-bw.de>
E-Mail: zentrale@gemeindetag-bw.de

2. Elternbeiträge in Regelkindergärten

	Kiga-Jahr 2011/2012		Kiga-Jahr 2012/2013	
	12 Mon.	11 Mon.*	12 Mon.	11 Mon.*
für das Kind aus einer Familie mit einem Kind**	89 €	97 €	91 €	99 €
für ein Kind aus einer Familie mit zwei Kindern unter 18 Jahren**	68 €	74 €	70 €	76 €
für ein Kind aus einer Familie mit drei Kindern unter 18 Jahren **	45 €	49 €	46 €	50 €
für ein Kind aus einer Familie mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren**	15 €	16 €	15 €	16 €

* Bei Erhebung in elf Monatsraten wird der Jahresbetrag entsprechend umgerechnet.

** Berücksichtigt werden nur Kinder, die im gleichen Haushalt wohnen.

Wie bislang handelt es sich bei diesen auf Landesebene abgestimmten Elternbeiträgen um Empfehlungen für den kommunalen Bereich, im kirchlichen Bereich gelten die Beträge im Regelkindergarten als sogenannte Landesrichtsätze.

3. Elternbeiträge bei verlängerten Öffnungszeiten, Halbtagsgruppen, Betreuung von unter 3-jährigen Kindern in altersgemischten Gruppen

Bei Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten (durchgehend 6 Stunden) kann für die festgelegten/empfohlenen Beträge ein Zuschlag von bis zu 25 %, bei Halbtagsgruppen eine Reduzierung von bis zu 25 % gerechtfertigt sein.

Für die Betreuung von unter 3-jährigen Kindern in altersgemischten Gruppen muss nach der Betriebserlaubnis je Kind unter 3 Jahren gegenüber der Regelgruppe ein Kindergartenplatz unbesetzt bleiben. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Festlegungen der Elternbeiträge für Kinderkrippen ist in diesem Fall ein Zuschlag von 100 % gegenüber dem Beitrag in Regelgruppen gerechtfertigt.

Die Zu-/Abschläge können kumulativ verwendet werden (z. B. bei Aufnahme bei unter 3-jährigen Kindern in einer Gruppe mit verlängerter Öffnungszeit).

Basis für die Zu- und Abschläge sowie für deren Höhe ist, dass ein jeweils erhöhter bzw. reduzierter Aufwand vorhanden ist.

Für sonstige Angebotsformen, insbesondere für die Ganztagesbetreuung erfolgt derzeit (noch) keine Empfehlung zur Höhe der Elternbeiträge.

Alle Gt-Infos sind ausschließlich für den internen Gebrauch durch die Mitglieder bestimmt.
 Weitergabe ist nur mit Zustimmung des Gemeindetags zulässig.

4. Beitragssätze für Kinderkrippen

	Kiga-Jahr 2011/12		Kiga-Jahr 2012/13	
	12 Mon.	11 Mon.*	12 Mon.	11 Mon.*
für das Kind aus einer Familie mit einem Kind**	263 €	287 €	268 €	292 €
für ein Kind aus einer Familie mit zwei Kindern unter 18 Jahren**	195 €	213 €	199 €	217 €
für ein Kind aus einer Familie mit drei Kindern unter 18 Jahren**	132 €	144 €	135 €	147 €
für ein Kind aus einer Familie mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren**	53 €	58 €	54 €	59 €

* Bei Erhebung in elf Monatsraten wird der Jahresbetrag entsprechend umgerechnet.

** Berücksichtigt werden nur Kinder, die im gleichen Haushalt wohnen.

Ausgangslage für die Berechnung der Krippenbeitragssätze ist eine Betreuungszeit von 6 Std/Tag. Bei Betreuungszeiten über sechs Stunden können die Beträge entsprechend den sich erhöhenden Kosten angepasst bzw. umgerechnet werden.

Alle Gt-Infos sind ausschließlich für den internen Gebrauch durch die Mitglieder bestimmt.
Weitergabe ist nur mit Zustimmung des Gemeindeflags zulässig.

Herausgeber Gt-info:

Gemeindeflag Baden-Württemberg, Panoramastr. 33, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711 22572-0, Telefax: 0711 22572-47
Internet: <http://www.gemeindeflag-bw.de>
E-Mail: zentrale@gemeindeflag-bw.de